

# 11. BETEILIGUNGSBERICHT



### <u>Impressum</u>

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Heidi Schwartz, Finanzdezernentin

Uwe Hermanns, Amtsleiter Kämmerei

Bearbeitung: Stephanie Schwarzkopf, stv. Amtsleiterin Kämmerei

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis

Kämmerei

Glärnischstraße 1 - 3 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 204-5324

Friedrichshafen, im Januar 2012

Vorwort 2

### Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum elften Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2010 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2009/2010) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein (www.bodenseekreis.de).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Mit ihm gibt die Kreiskämmerei einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushaltes. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- > Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. Der Bodenseekreis wird in den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen durch den Landrat vertreten.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben sowie den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen.

Friedrichshafen, im Januar 2012

Lothar Wölfle Landrat

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
I. Vorbemerkungen	4
II. Abkürzungsverzeichnis	6
III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick  1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss 2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen 3. Abschlussprüfer	<b>8</b> 9 10 11
IV. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
Energiewirtschaft OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke Entsorgung und Verkehr	12
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Flughafen Friedrichshafen GmbH	18 26
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH	36
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	50
Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH	60
Wirtschaftsförderung	00
Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	66 74
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	86
Energieagentur Bodenseekreis GbR	94
Soziales	
Klinik Tettnang GmbH	96
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH	114 126
Kultur	120
Bodensee-Festival GmbH	138
V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises	
Energieagentur Ravensburg gGmbH	146
frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH	160
Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH	168
Gesundheitsakademie Tettnang GmbH	174
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH Waldburg-Zeil Personalservice GmbH	176 178
Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH	180
VI. Sonstige Mitgliedschaften des Bodenseekreises  Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	182
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	184
Baugenossenschaft Überlingen eG	186
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	188
Zweckverband PROTEC Orsingen	192
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm	194
VI. Stiftungen des Bodenseekreises	
Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises	196
KOB – Stiftung Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee NAZ – Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch	198 200
Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis	200
	202
VII. Anhang Auszug aus der Gemeindeordnung	204
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	205

### I. Vorbemerkungen

### **Rechtliche Grundlage**

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:

Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunal-rechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzugreifen.

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren."

### Erläuterungen zum Bericht

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Ausgenommen ist hiervon die Flughafen Friedrichshafen GmbH. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung des Unternehmens wird der Jahresabschluss trotz der oben genannten Beteiligungsquote dargestellt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

### **Allgemeines**

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2010 vom 01.01.2010 bis 31.12.2010. Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH das Geschäftsjahr vom 01.10.2009 bis 30.09.2010.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

Die Angaben unter Nr. 10 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

Aufgrund der gerundeten Darstellung in T € können Zwischen- oder Endsummen Differenzen aufweisen. Die Summenwerte sind in diesem Fall korrekt.

Zusätzlich zum gesetzlichen Umfang erfolgt die Darstellung von Baugenossenschaften, Zweckverbänden und Stiftungen.

Mitgliedschaften an Vereinen sind nicht enthalten.

### Neuerungen im Beteiligungsbericht 2010

Neu aufgenommen wurde die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH. An dieser hat sich der Bodenseekreis neu beteiligt. Die Kapitaleinlage wurde 2010 vollständig eingezahlt.

Ebenso wurde die mittelbare Beteiligung Flughafen Personal und Service GmbH aufgenommen.

Nicht mehr enthalten ist die ARKuS gGmbH, die mit Eintragung im Handelsregister vom 28. August 2009 aufgelöst wurde. Herr Ingo Kanngießer wurde als Liquidator bestellt.

### II. Abkürzungsverzeichnis

Abs. Absatz
a.D. außer Dienst
AG Aktiengesellschaft

ALG II Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbs-

fähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)

ARGE Arbeitsgemeinschaft
AVA Abfallverbrennungsanlage

AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee

äzq Ärztliches Zentrum für Qualität

betr. betreffend, betreffs
BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BOB Bodensee-Oberschwaben-Bahn

Bodo Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund

BW Baden-Württemberg bzw. beziehungsweise

ca. circa d.h. das heißt

DING Donau-Iller-Nahverkehrsverbund

Diplom

Dr.

DIVA Dialoggesteuertes Informations- und Verkehrsmanage-

mentsystem Doktor/in

EDV Elektronische Datenverarbeitung

EK Eigenkapital

E-mail E-Mail-Adresse bzw. Internet-Adresse EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Fa. Firma

Fax Telefaxnummer ff. fortfolgende

FFG Flughafen Friedrichshafen

FN Friedrichshafen

GbR Gesellschaft bürgerlichen Rechts

GemO Gemeindeordnung
GG Grundgesetz
ggf. gegebenenfalls

gGmbH gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GnR Genossenschaftsregister

GpZ Gemeindepsychiatrisches Zentrum

HGB Handelsgesetzbuch HR Handelsregister

IHK Industrie- und Handelskammer

i.H.v.in Höhe vonIng.Ingenieurinkl.inklusiveinsg.insgesamt

KEZO Hinwil Kehrichtverwertung Zürcher Oberland

KG Kommanditgesellschaft
KHEntgG Krankenhausentgeltgesetz
KHG Krankenhausgesetz

km Kilometer

KOB Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee

KStG Körperschaftssteuergesetz

KVA Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz

LKrO Landkreisordnung

Mio. Million

MVZ Medizinisches Versorgungszentrum

MZV Müllabfuhr-Zweckverband

m<sup>2</sup> Quadratmeter

naldo Neckar-Alb-Donau-Verkehrsverbund

NAZ Naturschutzzentrum

Nr. Nummer

o.g. oben genannte
OB Oberbürgermeister

OEW Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke

ÖPNV Öffentlicher Personennahverkehr

p.a. per anno

RAB Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben

rd. rund

RHB Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

sog. sogenannte SoPo Sonderposten

SPNV Schienenpersonennahverkehr Stv. Stellvertreter/Stellvertretender

 $\begin{array}{lll} \text{s.u.} & \text{siehe unten} \\ \text{T} \in & \text{Tausend} \in \\ \text{to.} & \text{Tonne} \end{array}$ 

TWF Technische Werke Friedrichshafen GmbH

u. und

u.a. und andere vgl. vergleiche

VIE Vienna International Airport

Vi. Vorjahr

WFB Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen WFG Wirtschaftsförderungsgesellschaft

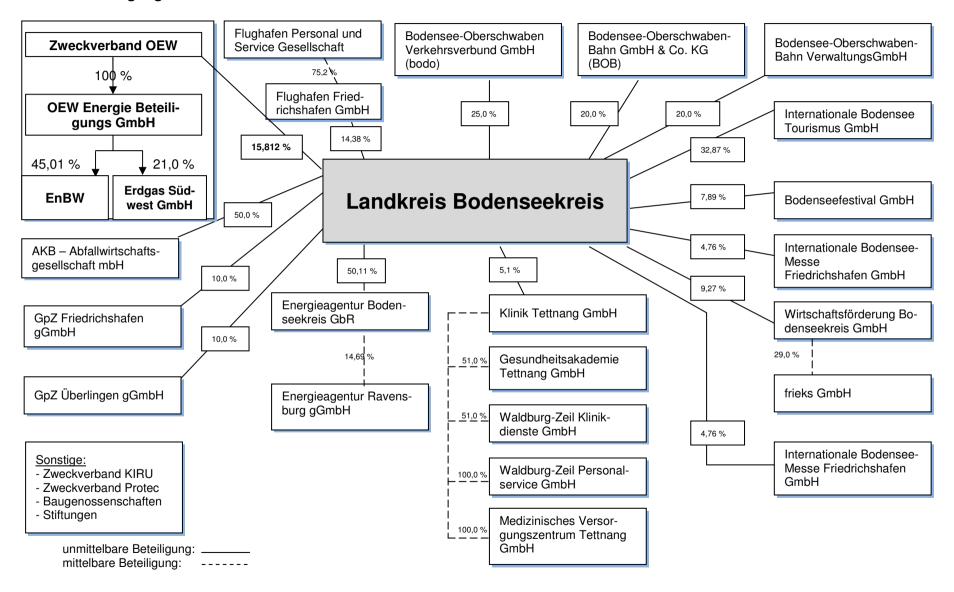
Württ. Württembergischen

z.B. zum Beispiel

ZF Zahnradfabrik Friedrichshafen ZfP Zentrum für Psychiatrie

z.T. zum Teil ZV Zweckverband

### III. Beteiligungsunternehmen auf einen Blick



# Beteiligungsbericht 2010

# 1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Bilanzzahlen (in T€)

Unternehmen	Stamm- kapital	Anteil Boden- seekreis	Eigenkapital	Bilanzsumme		Umlaufver- mögen	Verbind- lichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresfehl- betrag/ -über- schuss (-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	67.024 €	1.083.394 €	0 €	1.083.394 €	972.870 €	9.652.998 €	-2.610,07 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	14.751.954 €	49.078.438 €	46.958.389 €	1.883.973 €	32.947.804 €	10.659.666 €	-2.659.201,11 €
BODO Verkehrsverbund- gesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	97.376 €	721.564 €	30.442 €	689.370 €	594.824 €	4.613 €	-21.571,02 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	5.993.956 €	9.705.169 €	6.315.581 €	3.378.840 €	2.540.994 €	7.128.522 €	904.526,66 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	28.204 €	30.509 €	0€	30.484 €	5€	0€	-1.436,52 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.700 €	280.700 €	39.910 €	235.600 €	119.500 €	55.600 €	0,00 €
Klinik Tettnang GmbH	300.000 €	15.300 €	11.395.931 €	31.641.277 €	21.579.211 €	5.383.393 €	10.235.508 €	23.813.411 €	-207.817,66 €
Gemeindepsychatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	2.908.002€	6.390.036 €	4.809.873 €	1.579.429 €	2.126.966 €	2.048.416 €	298.106,78 €
Gemeindepsychatriezentrum Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	998.133 €	2.799.178 €	1.894.546 €	904.632 €	1.052.107 €	1.697.337 €	71.187,46 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	176.838 €	215.907 €	1.200 €	213.798 €	26.819 €	263.142 €	-22.036,10 €
Internationale Bodensee- Messe FN GmbH	3.150.000 €	150.000 €	44.210.017 €	118.485.114 €	112.471.913€	2.483.311 €	72.955.038 €	5.008.382 €	-28.660.308,26 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	431.000 €	141.500 €	113.521 €	299.074 €	46.503 €	238.793 €	104.834 €	513.690 €	3.384,98 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	nur mittelbar über Energie- agentur Boden- seekreis GbR	327.975 €	598.363 €	33.569 €	564.723 €	136.430 €	415.497 €	37.300,65 €

# 2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Anlagen- intensität	Umlauf- intensität	Eigenkapital- quote	Fremdkapital- quote	Anlage- deckung	Umsatz- rentabilität	Eigenkapital- rentabilität	Gesamtkapital- rentabilität	Kosten- deckung	Cash Flow in T €
Abfallwirtschaftsgesell- schaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	AV = 0	100,00%	6,19%	93,81%	AV = 0	0,03%	-3,89%	-0,24%	98,25%	33.290 €
Flughafen Friedrichsha- fen GmbH	95,68%	3,84%	30,06%	69,94%	31,41%	-11,64%	-18,03%	-2,82%	69,86%	275.511 €
BODO Verkehrsverbund- gesellschaft mbH	4,22%	95,54%	13,50%	86,50%	319,88%	-11.321,29%	-22,15%	-2,99%	0,53%	-7.927 €
BOB GmbH & Co. KG	65,07%	34,81%	61,76%	38,24%	94,91%	15,28%	15,09%	9,88%	112,03%	1.129.261 €
BOB VerwaltungsGmbH	AV = 0	99,92%	92,45%	7,55%	AV = 0	Umsatz = 0	-5,09%	-4,71%	Umsatz = 0	-637 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	14,22%	83,93%	44,42%	55,58%	312,45%	-3,96%	0,00%	0,00%	7,25%	26.870 €
Klinik Tettnang GmbH	68,20%	17,01%	36,02%	63,98%	52,81%	-4,30%	-1,82%	0,13%	92,14%	2.173.754 €
Gemeindepsychatrie- zentrum FN gGmbH	75,27%	24,72%	45,51%	54,49%	60,46%	16,75%	10,25%	5,36%	110,20%	519.174 €
Gemeindepsychatrie- zentrum ÜB gGmbH	67,68%	32,32%	35,66%	64,34%	52,68%	5,55%	7,13%	3,51%	101,72%	254.041 €
Bodensee Festival GmbH	0,56%	99,02%	81,90%	18,10%	14742,49%	-7,13%	-12,46%	-10,21%	32,51%	-13.197 €
Internationale Bodensee- Messe FN GmbH	94,92%	2,10%	37,31%	62,69%	39,31%	-43,37%	-64,83%	-21,31%	68,96%	-22.693.581 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	15,55%	79,84%	37,96%	62,04%	244,11%	-0,17%	2,98%	1,13%	36,40%	32.004 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	5,61%	94,38%	54,81%	45,19%	977,02%	10,05%	11,37%	6,23%	50,42%	78.243 €

# 3. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2010	Abschlussprüfer 2009	Abschlussprüfer 2008
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	WIBERA AG, Niederlassung Stuttgart
Flughafen Friedrichshafen GmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
BOB GmbH & Co. KG	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
BOB VerwaltungsGmbH	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Kanzlei Keller, Orwingen	Kanzlei Keller, Orwingen	Kanzlei Keller, Orwingen
Klinik Tettnang GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychatriezentrum Überlingen gGmbH	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	Kanzlei Keller, Orwingen	Kanzlei Keller, Orwingen	SWR Revision, Baden
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart	Ernst & Young AG, Stuttgart
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Walter Pilz, Wirtschaftsprü- fer, Konstanz	Prof. Dr. Werner Nann, Willingen-Schwenningen	Prof. Dr. Werner Nann, Willingen-Schwenningen
Energieagentur Ravensburg gGmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH	Dr. Gretter & Partner GmbH

### IV. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

### Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

Mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW) an der EnBW Energie Baden Württemberg AG

### 1. Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke

### a) Aufgaben

Der Zweckverband OEW hat die Aufgabe, das Vermögen des Verbandes zu verwalten, die Belange seiner Mitglieder zu vertreten und zu fördern und die Interessen der Energieabnehmer wahrzunehmen. Der Verband kann nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes einen Teil der Vermögenserträge zur Förderung kultureller Zwecke im Verbandsgebiet verwenden.

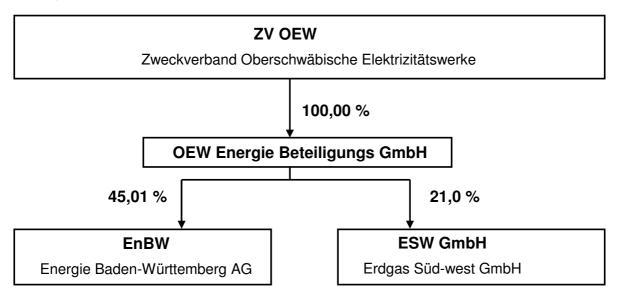
### b) Verbandsvermögen

	<u>Anteil</u>
Alb-Donau-Kreis	20,989 %
Landkreis Biberach	11,126 %
Bodenseekreis	15,812 %
Landkreis Freudenstadt	5,007 %
Landkreis Ravensburg	21,821 %
Landkreis Reutlingen	3,825 %
Landkreis Rottweil	6,479 %
Landkreis Sigmaringen	6,229 %
Zollernalbkreis	8,712 %
	100,000 %

### c) Beteiligungen

Der Bodenseekreis ist mit 15,812 % am Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW) beteiligt.

Der ZV OEW ist zu 100 % an der OEW Energie GmbH beteiligt. Die OEW Energie GmbH hält ihrerseits 45,01 % der Anteile an der Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe (kurz: EnBW), sowie 21 % der Anteile an der ESW GmbH.



### 2. OEW Energie-Beteiligungs GmbH

### 2.1 Allgemeine Unternehmensdaten der OEW Energie GmbH

### a) Gegenstand des Unternehmens und Geschäftsjahr

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### b) Stammkapital

Das Stammkapital in Höhe von 1 Mio. € ist voll eingezahlt.

### c) Organe der OEW Energie GmbH

Geschäftsführung Frau Barbara Endriss (seit 12. April 2007)

Generalvollmacht Kurt Widmaier

Ein Aufsichts- oder Verwaltungsrat besteht nicht.

### 2.2 Wesentliche Verträge zwischen dem ZV OEW und der OEW Energie GmbH

### a) Darlehensverträge

Der ZV OEW hat der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2010 insgesamt 13 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2010 auf insgesamt 873,0 Mio. € und werden mit einem Zinssatz zwischen 2,8 % und 5,4 % p. a. verzinst.

Zu den Restlaufzeiten der Darlehen vgl. Abschnitt 3.3 c) Vermögens- und Finanzlage.

### b) Bürgschaften

Zum 31. Dezember 2010 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 475,0 Mio. €. Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2010 Avalprovisionen in Höhe von 2,4 Mio. € von der OEW Energie GmbH.

### 2.3 Wirtschaftliche Lage der OEW Energie GmbH und Konsequenzen für den ZV OEW

### a) Kennzahlenübersicht OEW Energie GmbH

Einen Überblick über die wesentlichen wirtschaftlichen Daten vermitteln die folgenden Kennzahlen zum Jahresabschluss der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2010:

	2010	2009	Veränderung
	T€	T€	(%)
Bilanz			
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn	2.176,5	2.027,0	7,4
Eigenkapitalquote (%)	63,0	61,0	2,0
Bilanzsumme	3.675,2	3.628,0	1,3
Gewinn- und Verlustrechnung			
Ergebnis nach Steuern	118,4	165,6	-28,50
Beteiligungserträge	174,5	228,3	-23,57
Zinsergebnis	-54,4	-61,7	-11,83
<ul> <li>davon gegenüber ZV OEW</li> </ul>	-40,8	-45,3	-9,93
Außerordentliche Aufwendungen	118,4	165,6	-28,50
Finanz-/Liquiditätskennzahlen			
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	150,6	102,4	47,1

### b) Ertragslage OEW Energie GmbH

Einziger Unternehmenszweck der OEW Energie GmbH ist das Halten der Beteiligung an den oben genannten Unternehmen. Die Erträge des Unternehmens ergeben sich daher nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie Beteiligungserträge aus der ESW GmbH. Nennenswerte Aufwendungen sind vor allem Zinszahlungen an Kreditinstitute und an den alleinigen Gesellschafter ZV OEW für verschiedene Darlehen. Außerordentliche Aufwendungen fielen im Berichtsjahr nicht an.

Aus diesen Gründen ist die Ertragslage in erster Linie abhängig von der Ergebnisentwicklung und Ausschüttungspolitik der EnBW.

	2010	2009	Veränderung
	T€	T€	T€
Beteiligungserträge	174.478	228.271	-53.793
Abschreibungen	1	1	0
Personalaufwand	88	30	58
Sonstiger Betriebsaufwand			
./. übrige betriebliche Erträge	875	797	78
Betriebsergebnis	173.514	227.443	-53.929
Finanzergebnis	-54.902	-62.112	7.210
Neutrales Ergebnis	109	808	-699
Ertragsteuern	352	546	-194
Jahresüberschuss	118.369	165.593	-47.224

Das Ergebnis des Berichtsjahres ergibt sich aus den Beteiligungserträgen von der EnBW und der ESW GmbH, dem Finanzergebnis sowie dem neutralen Ergebnis. Das neutrale Ergebnis stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2010	2009
	T€	T€
Aufwendungen		
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	570	78
Aufwendungen aus Steueranpassungen Betriebsprüfung	0	34
	570	112
Erträge		
Erträge aus Steueranpassung Betriebsprüfung	0	502
Kursgewinne aus Veräußerung von Wertpapieren	166	0
Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	496	413
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	15	5
Periodenfremde Erträge	2	0
-	679	920
Neutrales Ergebnis	109	808
•		

Die für 2011 erwarteten Zinseinnahmen des ZV OEW aus den Darlehen an die OEW Energie GmbH betragen laut Wirtschaftsplan rund 37,3 Mio. €, die Einnahmen aus Avalprovisionen für die Bürgschaftsgewährung durch den Zweckverband 2,4 Mio. €. Der Wirtschaftsplan des ZV OEW ist stark abhängig von der Leistungsfähigkeit der OEW Energie GmbH, denn das Einnahmevolumen des Erfolgsplanes wird größten Teils durch die laufenden Zinszahlungen und die Ausschüttung der OEW Energie GmbH bestimmt.

### c) Vermögens- und Finanzlage OEW Energie GmbH

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (95,7 % der Bilanzsumme).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögens des ZV OEW.

	2010 T €	2009 T €	Veränderung T €
Vermögen	1 €	1 €	1 €
Immaterielles und Sachanlagevermögen	2	3	-1
Beteiligungen	3.518.444	3.518.444	0
Langfristige Forderungen	4.959	5.393	-434
Kurzfristige Forderungen	1.244	1.777	-533
Wertpapiere des Umlaufvermögens	145.914	90.389	55.525
Flüssige Mittel	4.688	11.994	-7.306
	3.675.251	3.628.000	47.251
Kapital			
Eigenkapital	2.314.914	2.212.545	102.369
Langfristige Verbindlichkeiten	1.272.061	1.218.013	54.048
Kurzfristige Verbindlichkeiten	88.276	197.442	-109.166
	3.675.251	3.628.000	47.251

Die langfristigen Forderungen betreffen ein gemäß § 37 Abs. 5 KStG aktiviertes Körperschaftsteuerguthaben. Der Anstieg der kurzfristigen Forderungen in 2009 ergab sich im Wesentlichen aus der Aktivierung der Steuererstattungsansprüche, die sich aus der 2009 abgeschlossenen Betriebsprüfung ergaben. Dieser Effekt ist im Berichtsjahr wieder entfallen.

Die Position Wertpapiere des Umlaufvermögens ist weiter ausgebaut worden. Damit soll ein Teil des Ende 2012 endfällige Darlehen bei der L-Bank getilgt werden. Die flüssigen Mittel wurden weiter reduziert.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeitsposten der OEW Energie GmbH und damit die zeitliche Staffelung der Verpflichtung zur Bereitstellung von Mitteln zur Darlehenstilgung sind in folgender Übersicht zusammengefasst:

Stand 31.12.2010	Summe	Restlaufzeit	Restlaufzeit
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	475,0	0,0	475,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	873,0	75,9	797,1
Sonstige Verbindlichkeiten	11,6	11,6	0,0
Gesamt	1.359,6	87,5	1.272,1

Die Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbands ist unmittelbar davon abhängig, ob die OEW Energie GmbH ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die vom Verband gewährten Darlehen nachkommen kann. Diese Zahlungsfähigkeit ist wiederum hauptsächlich abhängig von der Ertragslage und der Ausschüttungspolitik der EnBW. Eine genauso große Rolle spielt die Bereitschaft von Kreditinstituten, der OEW Energie GmbH Fremdkapital zur Verfügung zu stellen. Solange die Gesellschaft aus diesen beiden Quellen schöpfen kann, ist die Tilgungsfähigkeit hinsichtlich der Gesellschafterdarlehen gegeben.

### 3. Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des ZV OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des ZV OEW eng mit der der OEW Energie GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gesellschaft und damit auch für die Einnahmesituation des ZV OEW ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.

### ABK -Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise

Bodenseekreis und Konstanz mbH

Geschäftsstelle: Glärnischstr. 1-3, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541/204 - 5492 Fax: 07541/204 - 7492

E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de

Gründungsdatum: 19. Februar 1997

Eintragungsdatum HR: 20. Juni 1997

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 7. November 2000

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der ABK GmbH von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	<u> Anteil</u>
Landkreis Bodenseekreis	13.000	50 %
Landkreis Konstanz	13.000	50 %
	26.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Berthold Restle, Verwaltungsdezernent

Heidi Schwartz, Finanzdezernentin

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen 10 T €.

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat stv. Vorsitzender Frank Hämmerle, Landrat

Dr. Gerhard Barisch, Rektor a. D. Birgit Brachat-Winder, Bankkauffrau

Werner Endres, Gastwirt

Volker Fouquet, Bürgermeister a.D. Bernd Gerber, Bürgermeister

Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D. Dieter Hornung, Bürgermeister a.D. Helmut Kennerknecht, Bürgermeister

Franz Moser, Bürgermeister

Artur Ostermaier, Bürgermeister Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt Bernhard Volk, Bürgermeister

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 44 T €.

### 5. Öffentlicher Zweck

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von §§ 13 Abs. 1, 15 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 06.10.1994 (Krw/AbfG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

## 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keines

### 7. Wesentliche Verträge

- ⇒ <u>Kooperationsvertrag</u> zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.
- ⇒ Behandlungsvertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002 und Ergänzungsvertrag zur Behandlung von Abfällen im Kehrichtheizkraftwerk Josefstraße in Zürich vom 11./17. März 2010.
- ⇒ <u>Vertrag</u> mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.
- ⇒ <u>Behandlungsvertrag</u> mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden/Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Vereinbarung über Rückvergütung vom 08. November 2010.
- ⇒ <u>Dienstleistungsvertrag</u> über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen, vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis 31. Dezember 2011.
- Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettnang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Nachtrag vom 19. Januar/01. März 2011 und Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Schmid GmbH und Stark GmbH und Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.
- Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/

- 3. Dezember 2004 und Nachtrag vom 23. September/22. Oktober 2010.
- ⇒ <u>Dienstleistungsvertrag</u> über Ferntransporte mit der Bahn zur Kehrichtverbrennungsanlage Weinfelden mit der Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen vom 14. Oktober/8. November 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Vereinbarung zwischen der ABK GmbH, Rethmann Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Süd, Buggingen und der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen vom 14./29. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.

### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Landkreis erhielt 2010 für den geleitsteten Personaleinsatz 29.712 € von der ABK. Im Gegenzug hat der Regiebetrieb Abfallwirtschaft 5.391.912 € für die Restabfallbehandlung an die ABK gezahlt.

9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen Neben den beiden Geschäftsführern waren zwei Prokuristen sowie eine weitere Mitarbeiterin beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt.

### 10. Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2010 der ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 3 T €.

Es wurden insgesamt 65.021 to Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Die Restabfälle wurden im Restmüllheizkraftwerk (RMHKW) Stuttgart-Münster und in der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) Thurgau, Weinfelden/Schweiz behandelt. Eine Teilmenge von 13.250 to wurde im Auftrag der TPLUS GmbH in den Anlagen von Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) und Kehrrichtentsorgung Züricher Oberland (KEZO) Hinwil, behandelt.

a) Mengenbilanz 2010

a) Mengenbhanz zord	•		
Behandlung: Abfallherkunft:	TPLUS GmbH (RMHKW Stuttgart-Münster und KHKWs Zürich und Hinwil)	KVA Thurgau (KVA Weinfelden)	Insgesamt
Bodenseekreis Landkreis Konstanz	30.520 to 2.137 to	0 to 32.364 to	30.520 to 34.501 to
Insgesamt	32.657 to	32.364 to	65.021 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

<u>Logistik:</u> Die KVA Thurgau hat der ABK GmbH die Möglichkeit der LKW-Anlieferung für eine Teilmenge von 3.641 to. in Weinfelden eingeräumt.

<u>Kosten:</u> Den Landkreisen wurde im Jahr 2010 ein Mischpreis von 148,46 €/to berechnet. Dieser Preis lag um 3,96 €/to höher als der kalkulierte Wert von 144,50 €/to. Die Gründe für diese Mehrkosten sind im Wesentlichen ein hoher Wechselkurszuschlag im Behandlungspreis bei der KVA Thurgau auf Grund des schwachen Eurokurses.

<u>Verträge:</u> Mit der TPLUS GmbH wurde ein Ergänzungsvertrag abgeschlossen, der für die Jahre 2011 bis 2020 die thermische Behandlung der Restabfälle im Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Zürich-Josef-Straße vorsieht.

Die Verträge mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH und F. Riester GmbH, Rielasingen-Worblingen, über das Containerpooling sowie mit der ARGE Hans Schmid GmbH und Stark GmbH und Zwisler GmbH & Co. KG, Tettnang, über LKW-Ferntransporte um vier Jahre bis 31. Dezember 2015 verlängert.

Die Bahntransportleistungen wurden mit Wirkung ab 1. Januar 2012 EU-weit neu ausgeschrieben. Die Vergabe dieser Leistungen ist im ersten Halbjahr 2011 vorgesehen.

### b) Geschäftsjahr 2011

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen bislang stabil. Die bei den Behandlungsanlagen angemeldeten Mengenbandbreiten (57.000 to bis 68.000 to) können eingehalten werden.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt im Jahr 2011 bei folgenden Anlagen:

⇒ TPLUS GmbH: KHKW Zürich-Josefstraße

⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

### c) Risikobericht

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der TPLUS GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet. Abweichungen von den angemeldeten Mengenfenstern bei den Behandlungsanlagen sind nach derzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungsoder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zum RMHKW Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann. Durch die im Rahmen des Ergänzungsvertrages mit der T-plus GmbH vereinbarten Behandlung der Abfälle in der Schweiz wird dieses Risiko bis zum Jahr 2020 deutlich minimiert.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen, aufgrund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen sowie bei Änderungen des Wechselkurses zum Schweizer Franken.

Da jedoch alle Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium hat jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrags mit der KVA Thurgau (bis 31. Dezember 2025) von dem Vorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Know-how-Verlust Risiken vorhanden.

Friedrichshafen, den 15. März 2011 Berthold Restle Heidi Schwartz

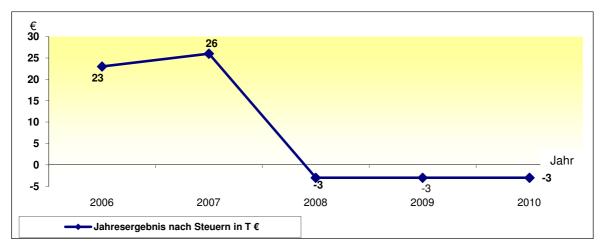
### 11. Abschlussprüfer

**RSW Treuhand GmbH** 

### 12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2010	2009	Abweichung 2010 - 2009 in %
Entsorgter Abfall / Einwohner im ABK-Gebiet	133,13 kg	140,52 kg	- 7,4
Entsorgter Abfall insgesamt	65.021 to	68.119 to	- 3,1

### 13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



### Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010		2010	)	200	9	2008	
Ak	tiva	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Anlagevermögen  I. Immaterielle Vermögensgegenstände  II. Sachanlagen  III. Finanzanlagen						
B.	Umlaufvermögen I. Vorräte						
	<ul> <li>II. Forderungen u. sonstige         Vermögensgegenstände         1. Forderungen aus Lieferung und Leistung         </li> <li>2. Forderung gegen verbunden Unternehmen</li> <li>3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</li> <li>4. Forderungen gegen Gesellschafter</li> <li>5. Sonstige Vermögensgegenstände</li> </ul>	0,0 988,7 0,8	91,3	453,3	40,1	0,0 357,9 334,5	0,0 42,0 39,3
	III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	93,9	8,7	326,0	28,8	159,7	18,7
		1.083,4	100,0	1.130,8	100,0	852,2	100,0
C.	Rechnungsabgrenzungsposten  I. Disagio  II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten						
Bil	anzsumme	1.083,4	100,0	1.130,8	100,0	852,2	100,0

### Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010	201	10	2009		2008	
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital I. Gezeichnetes Kapital	26,0	2,4	26,0	2,3	26,0	3,1
I. Gezeichnetes Kapital II. Kapitalrücklage	20,0	2,4	20,0	2,3	20,0	٥,١
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	43,6	4,0	46,8	4,1	50,1	5,9
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	•	-0,2			•	-0,4
	67,0	6,2	69,6	6,2	72,8	8,5
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
o. Emplangene Entragszasenasse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und						
ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,1
III. Sonstige Rückstellungen	43,5	4,0	7,6			0,7
	43,5	4,0	7,6	0,7	7,1	0,8
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und	877,0	81,0	1.010,7	89,4	731,6	85,9
Leistung						
III. Verbindlichkeiten gegenüber ver- bundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unter-						
nehmen, mit denen ein						
Beteiligungsverhältnis besteht	00.0	2.0	40.0	0.0	40.0	4.0
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesel schaftern	I- 32,6	3,0	42,9	3,8	40,6	4,8
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	63,2	5,8	0,0	0,0	0,0	0,0
	972,9	89,8	1.053,6	93,2	772,3	90,6
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	1,083.4	100.0	1.130,8	100.0	852.2	100,0

# Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	201	0	2009		200	8
		T€	%	T€	%	T€	%
1. 2.	Umsatzerlöse Erhöhung oder Verminderung des Be- standes an unfertigen Leistungen	9.653,0	98,2	10.062,5	99,8	9.489,2	99,9
3. 4.	andere aktivierte Eigenleistungen Sonstige betriebliche Erträge	174,9	1,8	18,4	0,2	11,2	0,1
5.	Gesamtleistung	,		10.080,9			
6.	Materialaufwand  a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
7.	<ul><li>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</li><li>Personalaufwand</li></ul>	9.654,1	98,3	9.913,0	98,3	9.369,2	98,6
	a) Löhne und Gehälter	19,0	0,2	20,1	0,2	21,6	0,2
8.	b) Soziale Abgaben Abschreibungen auf immaterielle Ver- mögensgegenstände und Anlagevermögen	3,8	0,0	4,0	0,0	4,0	0,0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	147,9	1,5	143,4	1,4	107,6	1,1
	Gesamtaufwand	9.824,9		·			
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	3,0		0,4		-2,0	
	Ausleihungen des Finanzanlagever-						
	mögens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme	2,5		4,8		6,1	
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
18.	Finanzergebnis	2,5		4,8		6,1	
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,4		5,2		4,2	
	Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag Sonstige Steuern	8,1		8,4		7,5	
23.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-2,6		-3,1		-3,3	

### Flughafen Friedrichshafen GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Flughafen Friedrichshafen GmbH Geschäftsstelle: Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen

> Tel.: 07541 / 284-01 Fax: 07541 / 284-119 E-Mail: info@fly-away.de Homepage: www.fly-away.de

Gründungsdatum: 6. Juni 1928

Eintragungsdatum Handelsregister: 14. September 1928

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 2. Mai 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
VIE International Beteiligungsmanagement Ges.m.b	o.H. 5.350	25,15 %
Stadt Friedrichshafen	3.059	14,38 %
Landkreis Bodenseekreis	3.059	14,38 %
Land Baden-Württemberg	2.647	12,44 %
ZF Friedrichshafen AG	1.994	9,37 %
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.897	8,92 %
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.635	7,69 %
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschw	waben 731	3,43 %
Dornier GmbH	450	2,12 %
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen Gmb	H 450	2,12 %
	21.272	100.00 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Hans Weiss

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Dieter Hornung, Stadt Friedrichshafen

1. stv. Vorsitzender Dr. Michael Fazekas, VIE International Beteiligungsmanagement

Ges.m.b.H., Wien

2. stv. Vorsitzender Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben Mitglieder: Prof. Georg Fundel, Flughafen Stuttgart GmbH

Werner Hackenberg, Immobilien und Center Management der

Flughafen Wien AG

Hans-Georg Härter, ZF Friedrichshafen AG Hans-Peter Kaldenbach, Luftschiffbau Zeppelin GmbH Dr. Stefan Köhler, Stadt Friedrichshafen Joachim Kruschwitz, Landratsamt Bodenseekreis Alfred Müllner, Technische Werke Friedrichshafen GmbH

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2010 Vergütungen in Höhe von 39 T €.

### 5. Öffentlicher Zweck

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Drei-Länder-Region Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen (Einlage: 18.800 €, Anteil: 75,2 %)

### 7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Laut Vereinbarung vom 15. Dezember 1997 (1. Änderung vom 2./11. Februar 1999) erstattet das Land Baden-Württemberg der FFG gemäß § 29 Abs. 1 LuftVG bzw. § 27d LuftVG pauschal die von der FFG für das Land erbrachten Luftaufsichtsdienste bzw. Flugsicherungsbetriebsdienste.
- Die Erstattung für Fluggastkontrolldienste wurde mit Vertrag vom 22./29. Juni 2009 zwischen dem Land Baden-Württemberg und der FFG neu geregelt. Seit 1. Januar 2010 vergütet das Land Baden-Württemberg der FFG eine Pauschalvergütung pro eingesetztem Luftsicherheitsassistenten und Einsatzstunde zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Pauschalvergütung setzt sich grundsätzlich aus dem tariflichen Stundenlohn, den lohnabhängigen Kosten und den sonstigen Kosten zusammen.

### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis gewährte der Flughafen Friedrichshafen GmbH Ausfallbürgschaften zusammen mit der Stadt Friedrichshafen (je 50%), damit die FFG zinsverbilligte Darlehen in Anspruch nehmen konnte. Der aktuelle Stand der Darlehen zum 31.12.2010 beträgt 2.700.043,89 €. Die Bürgschaften betragen zum 31.12.2010 entsprechend 1.350.021,95 €.

Weitere Finanzbeziehungen gab es im Jahr 2010 nicht.

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2010 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 156 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt: Verkehr 110, Kaufmännische Dienste/Personal 10, Vertrieb/Parkplatz- und Infoservice 32 und allgemeine Verwaltung/Unternehmensleitung 4.

### 10. Lagebericht

### a) Vorstellung des Unternehmens

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen. Die Bodenseeregion gilt als wirtschaftlich überdurchschnittlich stark mit einer Vielzahl innovativer Unternehmen. Das persönlich verfügbare Einkommen ist überdurchschnittlich hoch und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig. Seit über 20 Jahren versorgt der Flughafen Friedrichshafen diese Region mit wichtigen Flugverbindungen und kompensiert teilweise den Verkehrsschatten der Region, charakterisiert durch mangelhafte Infrastruktur der übrigen Verkehrsträger. Vom Flughafen profitieren sowohl die heimische Industrie als auch die Einwohner im Einzugsgebiet durch ein Angebot an attraktiven Urlaubsflügen. Die navigatorische Ausstattung des Flughafens besteht aus moderner Technik, und die Dimensionierung der Flugbetriebsflächen entspricht internationalem Standard. Der Flughafen ist somit für jede Fluggesellschaft mit allen Mittelstreckenflugzeugen anfliegbar.

### b) Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche

Der starke Einfluss der Wirtschaftskrise auf den Luftverkehr war im ersten Quartal 2010 noch deutlich zu spüren. Weiterhin stagnierende Zahlen in der Gesamtbranche machten die Auswirkungen in allen Bereichen deutlich. Die FFG wurde zusätzlich durch den Ausfall der Tafa-Air mit bis zu 80.000 geplanten Passagieren aufgrund einer mangelhaften Finanzausstattung der Fluggesellschaft, belastet. Hinzu kommen die Spätfolgen durch den Einbruch im Geschäftsreisebereich und die entsprechenden Nachwirkungen in der Touristik. Die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull bremste den ersten erkennbaren Aufschwung der Branche im April nochmals erheblich. Erst im zweiten Quartal konnten dann deutliche Wachstumsraten erzielt werden. Diese hielten sich dann stabil auf gutem Niveau bis zum Ende des Jahres. Der starke und frühe Winterbeginn zu Ende 2010 bremste das Wachstum zum Jahresende etwas ab.

Im gleichen Maß traf es die Luftverkehrsgesellschaften und Reiseveranstalter. Streckenoptimierungen und -streichungen wurden vorgenommen und wirkten sich verstärkt auf die
Passagierzahlen aus. Der Ergebnisdruck der Airlines und die sinkenden Marktpreise sorgten
für entsprechende Konsequenzen. Der Ergebnisdruck bei den Airlines sorgt für verhaltene
Entscheidungen zu Neustrecken und Ausbau von bestehenden Streckenverbindungen. Nicht
zuletzt die Insolvenz der Hamburg International zeigte die Auswirkung sinkender Marktpreise
und hatte starke Effekte auf den Markt Friedrichshafen. Daraus folgte der Wegfall des geplanten Drehkreuzes im Winter, die Verschiebung potentieller Neustrecken und die damit
verbundene Attraktivitätssteigerung des Flughafens Friedrichshafen.

Der Geschäftsverlauf entsprach aufgrund der Vielzahl an negativen Ereignissen somit nicht den Erwartungen, konnte aber aufgrund der generellen Markterholung nunmehr ein Plus von 3,2% des Passagiervolumens bei Linien- und Touristikverkehren erzielen. Der nach wie vor schwache Bereich "General Aviation" senkte das Passagiervolumen des gesamten Jahres auf ein Plus von 2,1%. Umsatzerlöse und Ergebnis bleiben aufgrund der beschriebenen Sonderereignisse hinter den Planungen zurück, konnten aber im Vergleich zum Vorjahr verbessert werden. Oberstes Ziel bleibt weiterhin die Ansiedlung neuer Airlines und der Ausbau der Streckenverbindungen. Ein rentables Wachstum bedingt Passagierwachstum zu marktgerechten Preisen. Die Konkurrenzsituation hat sich verändert. Airberlin hat sich aus Memmingen zurückgezogen. Somit gilt für den innerdeutschen Verkehr wieder das Alleinstellungsmerkmal für Friedrichshafen (Ausnahme: Bremen, Einstellung im März 2011). Mit Germanwings hat sich einer der führenden deutschen Low-Cost-Carrier für Friedrichshafen entschieden.

### c) Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 9.330 T € um 1.330 T € oder rd. 14 % auf 10.660 T € gestiegen. Bei Würdigung der Steigerung ist zu berücksichtigen, dass im Berichtsjahr die Werbeeinnahmen von den sonstigen betrieblichen Erträgen zu den Umsatzerlösen umgegliedert wurden. Die Werbeinnahmen betrugen im Berichtsjahr 161 T €. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzerlöse" und "Non Aviation-Erlöse" zusammen. Umsatzsteigerungen haben im Berichtsjahr in allen drei Bereichen stattgefunden.

Die operativen Kernerlöse sind deutlich gegenüber dem Vorjahr um rd. 15 % gestiegen. Die Steigerung steht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Wachstum ab dem 2. Quartal 2010. Die Steigerungen sind auf das wachsende Airlineportfolio und steigende Passagierzahlen aufgrund der besseren Marktsituation zurückzuführen.

Die operativen Zusatzerlöse sind im Berichtsjahr um rd. 19 % gestiegen. Die operativen Zusatzerlöse umfassen Provisionen, Erlöse aus der Enteisung, Abstellungen und Erlöse aus Flugzeugreinigungen sowie Nutzungsentgelte. Während die Erlöse aus Provisionen weitgehend konstant waren, konnten andere Erlösgruppen, wie z.B. die Erlöse aus der Enteisung, die Erlöse aus Abstellungen und die Erlöse aus Flugzeugreinigungen gesteigert werden.

Die Steigerung der Non Aviation-Erlöse ist mit rd. 9 % am niedrigsten ausgefallen. Die Parkerlöse konnten deutlich um rd. 18% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dem entgegen steht ein Rückgang der Mieten und Pachten sowie Konzessionen aufgrund der Umbaumaßnahmen sowie Änderungen im Bereich Gastronomie am Flughafen Friedrichshafen.

### d) Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 9.204 T € (vor Kürzung von Zuschüssen, 321 T €) durchgeführt worden. Diese entfallen

- in Höhe von 56 T € auf immaterielle Vermögensgegenstände,
- in Höhe von 2.794 T € auf Grundstücke und Bauten,
- in Höhe von 761 T € auf technische Anlagen,
- in Höhe von 325 T € auf Start- und Landebahnen, Rollwege und Vorfelder.
- in Höhe von 971 T € auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und
- in Höhe von 3.197 T € auf Anlagen im Bau.

Ferner wurde im Berichtsjahr einer Fluggesellschaft ein Überbrückungsdarlehen in Höhe von 1.100 T € gewährt, welches unter den Finanzanlagen (sonstige Ausleihungen) erfasst ist. Insbesondere die Fertigstellung des Ankunftsterminals Teil A, der Baubeginn Teil B des Ankunftsterminals sowie die Fertigstellung des Wartungshangars haben zu hohen Zahlungsabflüssen in 2010 geführt. Die Terminalerweiterung ist wichtig, um die jetzt schon bestehenden und für die Zukunft erwarteten Passagierströme entsprechend einem guten "Service-Level" abwickeln zu können. Der Wartungshangar wurde an die Tochtergesellschaft (Sechste HI Verwaltungsgesellschaft mbH) der Airline HI. Hamburg International Luftverkehrsgesellschaft mbH & Co Betriebs KG zum Zwecke der Flugzeugwartung vom Typ A 319 vermietet.

Die FFG hat im Berichtsjahr Zuschüsse der öffentlichen Hand und Kostenbeteiligungen Dritter für Investitionsmaßnahmen in Summe von 321 T € erhalten. Diese werden aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gekürzt. Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte aus der Liquidität des Unternehmens und durch die Neuaufnahme von zinspflichtigem Fremdkapital. In 2010 wurden Darlehen in Höhe von 9.500 T € (einschließlich Gesellschafterdarlehen) neu aufgenommen.

Auch im nächsten Jahr werden nochmals Investitionen von Gewicht anfallen. Diese betreffen insbesondere die Fertigstellung der Erweiterung des Ankunftsterminals Teil B (Gastronomie) und Teil C (Ausweitung der Sicherheitskontrollstellen von zwei auf drei Positionen sowie die Schaffung einer Ladefläche). Des Weiteren sind Investitionen in den Bereich der Start- und Landebahn erforderlich. Die Finanzierung wird durch einen Landeszuschuss (5.000 T €) und die Einlagen stiller Gesellschafter (5.000 T € in Summe) sichergestellt.

### e) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Berichtsjahr durchgeführten und oben unter Gliederungspunkt d) beschriebenen Investitionen haben zu einer deutlichen Erhöhung des Anlagevermögens der FFG geführt. Das Anlagevermögen hat sich in 2010 gegenüber dem Vorjahr um 5.700 T € erhöht.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 2.659 T € auf rd. 14.752 T € verringert. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2010 rd. 30 %.

Der Rückgang der Pensionsrückstellung gegenüber dem Vorjahr ist auf die erstmalige Saldierung des Verpflichtungswerts mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung zurückzuführen.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr reduziert. Ursächlich sind insbesondere die Abnahmen bei der Rückstellung für Altersteilzeit und der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Der Anstieg steht im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen und den hierfür erforderlichen Neuaufnahmen an zinspflichtigem Fremdkapital in Höhe von 9.500 T € (einschließlich Gesellschafterdarlehen).

Die Bilanzsumme hat sich in 2010 gegenüber dem Vorjahr um 5.518 T € erhöht.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt in 2010 837 T € (Vj. 966 T €). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt in 2010 -8.810 T € (Vj. -7.362 T €) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt in 2010 7.886 T € (Vj. 5.445 T €).

Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist im Detail unter Gliederungspunkt c) dargestellt. Im Zuge des Ausbaus der Kapazitäten der FFG haben sich die Material- und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Zinsaufwand gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die höheren Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf höhere Verbrauchsmengen (Gas, Fernwärme und Enteisungsmittel) und teilweise gestiegene Preise, sowie auf Maßnahmen zur Vertriebsunterstützung und des Kapitalbedarfs für Investitionen. Da sich im Berichtsjahr die Anzahl der Fluggäste im Linien-und Touristikverkehr erhöht hat, kam es zu einer Verbesserung des operativen Ergebnisses vor Zinserträgen und -aufwendungen sowie Steuern (EBIT) gegenüber dem Vorjahr. Das EBIT hat sich von -1.844 T € auf -1.242 T € verbessert. Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 2.659 T € (Vj. 2.766 T €).

### f) Risikobericht

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotenziale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die Geschäftsführung. Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG. Im Berichtsjahr 2010

wurden insgesamt zwei Risikoberichte erstellt. Der Risikomanager ist für die Einheitlichkeit des Standards bei der Risikobeurteilung und Risikodokumentation verantwortlich.

Im Geschäftsjahr 2010 haben sich Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko "Luftfahrthaftpflicht, Krieg und Terror" angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann. Ferner wurde das Risiko "Liquidität" im Berichtsjahr erstmals als existenzbedrohend eingestuft.

### g) Nachtragsbericht

Anfang April 2011 gewährte das Land Baden-Württemberg einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 5.000 T €. Ferner erfolgten Einzahlungen von Einlagen stiller Gesellschafter ebenfalls in Höhe von 5.000 T €. Die Kapitalzuflüsse haben zu einer Entspannung der zuletzt angespannten Liquiditätslage geführt.

### h) Ausblick - Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Im neuen Terminal mit deutlich verbesserter Infrastruktur, dem starken Wirtschaftsmarkt und den weiteren Potentialen im Einzugsgebiet liegen die Chancen für die kommenden Monate. Die Anzahl verkaufter Flugtickets im Einzugsgebiet liegt deutlich höher als die tatsächliche Passagierzahl in Friedrichshafen. Hier gilt es weitere Drehkreuzanschlüsse zu bieten um das Angebot markt- und bedarfsgerecht auszubauen. Der hohe Anteil an Premiumbuchungen (Business, First und nicht reduzierte Economy) liefert gute Argumente für den Standort.

So kann mit <u>Airberlin</u> zum April 2011 eine neue Fluggesellschaft begrüßt werden. Die Strecke Palma de Mallorca und der Anschluss darüber zu momentan 7 spanischen Destinationen zeigen gute Anbuchungszahlen und versprechen den gewünschten Erfolg für Airline und Airport.

Die <u>Deutsche Lufthansa</u> baut ihr Engagement in Friedrichshafen um eine 4. Frequenz nach Frankfurt aus und bekennt sich somit auch zu unserem Markt und seinen wirtschaftlichen Chancen.

Mit der Fluggesellschaft <u>Germania</u> konnte ein am Markt etablierter Carrier als Ersatz für Hamburg International gewonnen werden. Auch als strategischer Partner möchte Germania den Standort weiter stärken und das Streckenportfolio ergänzen und sukzessive ausbauen.

Beginnend im Juli wird der Reiseveranstalter <u>Air Prishtina</u> zwei neue Verbindungen nach Skopje und Pristina bedienen. Geflogen wird einmal wöchentlich mit der deutschen Fluggesellschaft XL Airways.

Als unbekannte Größe gilt allerdings die Auswirkung der Luftverkehrsabgabe. Diese könnte den Aufschwung noch mal deutlich abschwächen.

Die Konkurrenzsituation am <u>Flughafen Memmingen</u> besteht weiterhin. Allerdings auf verändertem Niveau. Es gibt keine parallelen Bedienungen im Linienverkehr mehr. Das innerdeutsche Portfolio in Memmingen wird mit der Einstellung der Strecke Bremen im März dieses Jahres nicht mehr vorhanden sein. Ryan Air reduziert aufgrund der Luftverkehrsabgabe zudem ihr weiteres Engagement. Für die Strecke Friedrichshafen-Wien wird es durch die Airline-Neugründung am Flughafen Altherein allerdings weiteren Wettbewerb geben.

Die Fertigstellung des Terminals und damit verbunden die Chancen, auch im Non-Aviation-Bereich, stellen nach wie vor wichtige Säulen des Geschäftserfolges dar.

Das Potenzial für neue Streckenentwicklungen ab Friedrichshafen und den Ausbau der bestehenden Verbindungen ist nicht erschöpft. Die Gespräche mit am Markt erfolgreich agierenden Fluggesellschaften laufen intensiv und versprechen Möglichkeiten. Der Schlüssel

liegt im Ausbau der Anbindung an die Drehkreuze, der Verstärkung im touristischen Verkehr und der Stärkung des Home-Carriers InterSky.

Risiken bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der hohen Fixkostenbelastung des Flughafens. Wenn es nicht gelingen sollte rentables Umsatzwachst um in den nächsten Jahren zu generieren, wird die derzeitige Verlustsituation anhalten. Dies hätte erhebliche Finanzierungsprobleme zur Folge.

Der Wirtschaftsplan 2011 (Stand November 2010) veranschlagt einen erwarteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 1.850 T €. Ab dem Jahr 2015 werden wieder Überschüsse erwartet.

Friedrichshafen, den 4. April 2011 Hans Weiss, Geschäftsführer

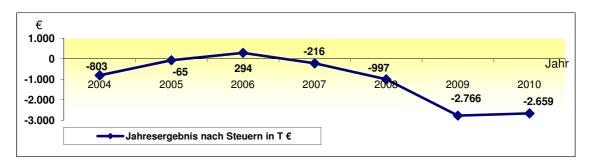
### 11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

### 12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2010	2009	2008	2007	Abweichung 2010 - 2009 in %
Start- u. Landebewegungen	43.503	44.605	44.705	47.242	- 0,25 %
Fluggäste	590.640	578.475	649.646	655.689	2,10 %

### 13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010 Aktiva		2010		2009		200	
Ak	tiva	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0,0	0,0	0,0	0,0	1.121,0	2,7
B.	Anlagevermögen  I. Immaterielle Vermögensgegenstände  1. Software  2. Nutzungsrechte  3. Geleistete Anzahlungen	122,4 7,4 0,0	0,2 0,0 0,0	•	-		0,6 0,0 0,0
	II. Sachanlagen  1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.650,0	76,7	28.426,4	65,3	28.197,1	67,8
	2. Technische Anlagen 3. Start-und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	2.168,4 1.504,5	4,4 3,1	1.551,8 1.379,1	,		0,6 3,7
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.284,9	6,7	3.551,3	8,2	3.901,5	9,4
	5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	1.102,0	2,2	6.147,0	14,1	2.570,6	6,2
	III. Finanzanlagen  1. Beteiligungen  2. Sonstige Ausleihungen	18,8 1.100,0 <b>46.958,4</b>	0,0 2,2 <b>95,7</b>	•	0,0 0,0 <b>94,7</b>	18,8 0,0 <b>36.755,5</b>	0,0 0,0 <b>88,4</b>
C	Umlaufvermögen						
O.	<ul><li>I. Vorräte</li><li>1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</li></ul>	92,4	0,2	107,1	0,2	125,9	0,3
	II. Forderungen und sonstige Ver- mögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferung	905,8	1,8	872,7	2,0	1.212,2	2,9
	und Leistung  2. Forderung gegen verbundene	55,0	0,1	24,4	0,1	68,8	0,2
	Unternehmen 3. Forderungen gegen Gesell-	110,9	0,2	146,6	0,3	170,8	0,4
	schafter 4. Sonstige Vermögensgegen- stände	349,3	0,7	551,1	1,3	566,2	1,4
	III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	370,5	0,8	458,5	1,1	1.409,0	0,0 <b>3,4</b>
		1.884,0	3,8	2.160,4	5,0	3.553,0	8,5
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	236,1	0,5	142,0	0,3	140,0	0,3
Bil	anzsumme	49.078,4	100,0	43.559,9	100,0	41.569,4	100,0

# Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010		201	0	200	9	200	8
Pa	ssiva	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Eigenkapital						
	I. Gezeichnetes Kapital	21.272,0	•	21.272,0		21.272,0	51,2
	II. Kapitalrücklage	277,6	0,6		,	,	0,7
	III. Andere Gewinnrücklagen	245,6	0,5				0,6
	<ul><li>IV. Verlustvortrag</li><li>V. Jahresüberschuss/ Jahresfehl-</li></ul>	-4.384,0		-1.618,3	-		-1,5
	betrag	-2.659,2	-5,4	-2.765,8	-6,3	-997,2	-2,4
	betrag	14.752,0	30,1	17.411,2	40,0	20.176,9	48,5
_	Condemnator wit Büaldanaan						
В.	Sonderposten mit Rücklagean- teil						
C.	Rückstellungen						
	I. Rückstellungen für Pensionen	34,2	0,1		,	188,4	0,5
	II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	,	0,0		0,1
	III. Sonstige Rückstellungen	1.096,9	2,2		•		2,0
		1.131,1	2,3	1.607,6	3,7	1.060,1	2,6
E.	Verbindlichkeiten						
	I. Verbindlichkeiten gegenüber	30.926,7	63,0	23.041,5	52,9	18.718,0	45,0
	Kreditinstituten	4 005 0	0.0	005.7	0.4	704.4	4.0
	II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.285,0	2,6	895,7	2,1	731,1	1,8
	III. Verbindlichkeiten gegenüber	513,2	1,0	97,6	0,2	207,6	0,5
	Gesellschaftern						
	IV. Sonstige Verbindlichkeiten	222,8	0,5				0,6
		32.947,8	67,1	24.221,9	55,6	19.890,1	47,8
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	247,6	0,5	319,2	0,7	442,3	1,1
Ril	anzsumme	49 078 4	100.0	43 550 O	100 0	41.569,4	100 0
	anzoanniic	13.070,7	.00,0	-5.555,5	.00,0	+1.000, <del>T</del>	.00,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	201	0	2009	9	200	8
		T€	%	T€	%	T€	%
1.	Umsatzerlöse	10.659,7	76,0	9.330,2	73,3	10.149,2	73,4
	abzgl. Mineralölsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	95,9	0,7	83,1	0,7		0,8
4.	Sonstige betriebliche Erträge	3.261,7	23,3				25,8
5.	Gesamtleistung	14.017,2	100,0	12.723,4	100,0	13.827,4	100,0
6.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs-	1.333,5	8,7	1.089,7	7,5	848,4	6,1
	und Betriebsstoffe und für bezo-						
	gene Waren	1 670 7	11.0	1 704 0	11.0	1 050 7	10.0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.673,7	11,0	1.734,8	11,9	1.852,7	13,3
7.	Personalaufwand						
.	a) Löhne und Gehälter	4.351,3	28,5	4.426,4	30,4	4.318,6	30,9
	b) Soziale Abgaben	921,6	6,0	833,5	5,7		6,3
8.	Abschreibungen auf immaterielle	2.863,7	18,8	2.856,6	19,6	2.848,6	20,4
	Vermögensgegenstände und Anla-						
	gevermögen	4 4 4 =	c= -	0.005.5	<u> </u>	0.04 : =	
9.	Sonstige betriebliche Aufwendun-	4.115,1	27,0	3.626,3	24,9	3.211,7	23,0
10	gen Gesamtaufwand	15.258,9	100.0	14.567,4	100.0	13 953 4	100.0
		<u>,                                      </u>	100,0		100,0	-	100,0
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1.241,7		-1.844,0		-126,0	
12.	Erträge aus Ausleihungen des Fi-	0,0		0,0		0,0	
	nanzvermögens						
13.	Erträge aus Gewinnabführungsver-						
11	trag Erträge aus anderen Wertpapieren						
14.	und Ausleihungen des Finanzanla-						
	gevermögens						
15.	Sonstige Zinsen und ähnliche Er-	2,9		8,4		44,3	
	träge					•	
16.	Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme						
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.277,6		-884,1		-848,3	
	Finanzergebnis	-1.274,7		-875,7		-804,0	
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Ge-	-2.516,3		-2.719,7		-930,0	
	schäftstätigkeit					,•	
20.	Außerordentliche Erträge/ Aufwen-	97,0		0,0		0,0	
	dungen						
21.	Steuern vom Einkommen und vom	0,0		0,0		20,1	
00	Ertrag	45.0		40.4		47 4	
22.	Sonstige Steuern	45,9		46,1		47,1	
23.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-2.659,2		-2.765,8		-997,2	

#### Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)

#### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft

mbH

Geschäftsstelle: Schussenstr. 22, 88212 Ravensburg

Tel.: 0751 / 3614141 Fax: 0751 / 3614151 E-Mail: info@bodo.de Homepage: www.bodo.de

Gründungsdatum: 24. Februar 2003

Eintragungsdatum Handelsregister:11. September 2003

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 24. Februar 2003

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV in diesen Landkreisen.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	8.000	25,00 %
Landkreis Ravensburg	8.000	25,00 %
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RA	B) 8.100	25,31 %
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	3.300	10,31 %
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	1.600	5,00 %
Stadtverkehr Friedrichhafen GmbH	1.600	5,00 %
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	1.400	4,38 %
	32.000	100,00 %

#### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Jürgen Löffler

### Gesellschafterversammlung:

Vertreter aller Gesellschafter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Kurt Widmaier, Landrat Landratsamt Ravensburg stv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Landratsamt Bodenseekreis

Mitglieder Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Kreisrat

Manfred Foss, Dipl.-Verw.- Betriebswirt, BOB GmbH & Co.KG

Reimund Hausmann, Bürgermeister

Jutta Koch, Kreisrätin

Dieter Krattenmacher, Bürgermeister
Edgar Lamm, Bürgermeister
Silvio Matt, DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
Alfred Müllner, Stadtverkehr Friedrichshafen
Margarete Peipp-Koch, Umweltministerium (ab 5. Mai 2010)
Wolfgang Pfefferle, Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH
Andreas Pfingst, Geschäftsführer RAB
Dr. Andreas Thiel-Böhm, rundumbus Ravensburg Weingarten GmbH
Dieter Unseld, Leiter Geschäftsfeld Bus
Hermann Vogler, Oberbürgermeister, Landratsamt Ravensburg
Alexander Wolny, Umweltministerium (bis 4. Mai 2010)
Dr. Josef Zeiselmair, Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben GmbH

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 1.560 € (Aufwandsentschädigung).

## 5. Öffentlicher Zweck

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes bodo wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

#### <u>6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</u> Keine

#### 7. Wesentliche Verträge

- Die Vereinbarung über die Finanzierung des bodo mit dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg trat zum 12. Dezember 2003 in Kraft und endete zum 31. Dezember 2007. Mittels Zusatzvereinbarung vom 16. Mai/ 1. Juni 2007 haben der Landkreis Bodenseekreis und Ravensburg die in der Vereinbarung vorläufig festgelegten Verteilungsschlüssen der verbundbedingten Belastungen endgültig festgelegt. Mit Schreiben vom 30. November 2007 hat das Land der Verlängerung der bisherigen Finanzierungsvereinbarung bis zum 31. Dezember 2010 unter bestimmten Auflagen zugestimmt.
- Der Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo wird ausgeschlossen. Im Jahr 2009 wurde die 4. Ergänzung zu diesem Vertrag abgeschlossen.
- ⇒ Der Vertrag über die Einnahmeaufteilung zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo vom 12. Dezember 2003 kann von dem Verkehrsunternehmen mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Eine Kündigung durch bodo ist während der Dauer des Verbundes ausgeschlossen. Im Jahr 2009 wurde die 1. Ergänzung zu diesem Vertrag abgeschlossen.
- ⇒ Der <u>Vertrag über den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr</u> nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das verbundweit gültige Semesterticket (StudiTicket) zwischen dem Land Baden-Württemberg und bodo vom 22. November 2004 trat mit

Einführung des Semestertickets im bodo zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft und lief zunächst bis zum Ende des Sommersemesters 2006. Der Vertrag verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn nicht mindestens elf Monate, d.h. zum 30. September, vor Ende des Sommersemesters, zum 31. August des Folgejahres, gekündigt wird. Durch Vertragsänderung vom 12./17. September 2008 wurden die Auszahlungen zu jeweils 50 % auf den 15. Juli und 15. November des jeweiligen Vertragsjahres festgelegt.

- Der Vertrag über die Pauschalierung der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG zwischen dem Land Baden-Württemberg und den im Verbund tätigen Verkehrsunternehmen, vertreten durch bodo, vom 26. Februar/31. März 2008 trat mit Unterzeichnung rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2011. Am 21. April/5. Mai 2008 wurde eine Vertragsveränderung unterzeichnet.
- Der <u>Vertrag über die Einführung eines StudiTickets</u> zwischen dem Studentenwerk Konstanz und bodo vom 10./15. September 2003 galt zunächst bis zum 30. September 2006. Er verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr, wenn ihn die Vertragsparteien nicht bis zum 15. Mai des Vorjahres schriftlich kündigen.
- Die <u>Vereinbarung über die Anerkennung und den Verkauf des Baden-Württemberg-Tickets (BWT)</u>, des BWT Single und des BWT Nacht vom 29. September/ 6.Oktober 2008, die die bisher gültige Vereinbarung vollständig aufhob, halt ab dem 1. Januar 2009 und endete am 12. Dezember 2009. Mit dem ersten Nachtrag vom 2./3. November 2009 erfolgte eine Anpassung des Vertrags, u.a. wurde die Laufzeit um ein Jahr verlängert.
- Der <u>Dienstleistungsvertrag</u> zwischen der TWS KG und bodo vom 30. Dezember 2003 lief ursprünglich bis 31. Dezember 2005. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein Kalenderjahr, wenn er nicht sechs Monate vor dessen Ablauf von einer der Vertragsparteien gekündigt wird. Mit Vertrag vom 27. Oktober 2008 haben die Vertragsparteien den Vertrag ersetzt. Der Vertrag kann frühestens zum 31. Dezember 2010 mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Mit Vertrag vom 30. Juli 2010 haben die Vertragsparteien den Vertrag vom 27. Oktober 2008 ersetzt. Der Vertrag kann frühestens zum 31. Dezember 2011 mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.
- Am 11. September 2007 haben die TWS KG und bodo einen Mietvertrag über Räume sowie PkW-Stellplätze im Geschäftshaus in Ravensburg, Schussenstraße 22, abgeschlossen. Der Mietvertrag begann am 1. September 2006 und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann von jedem Teil zum Schluss eines Kalendermonats unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden. Mit Schreiben vom 15. Januar 2010 hat die TWS KG den Mietvertrag fristgerecht zum 31. Juli 2010 gekündigt. Mit Vertrag vom 18. November 2010 mietet bodo von der TWS KG einen Kellerraum in der Georgstraße 25 (ab 1. August 2010). Der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit. Mit Vertrag vom 19. November/17. Dezember 2010 mietet bodo von der TWS KG einen Stellplatz (ab 1. August 2010). Der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit.
- Am 14./21. Juni 2010 haben die DB Station&Service AG (Vermieter) und bodo (Mieter) einen Mietvertrag über Büroräume im Bahnhof Ravensburg abgeschlossen. Das Mietverhältnis begann am 1. Juli 2010 und hat eine Dauer von drei Jahren. Am 28. Januar 2011 wurde zu diesem Vertrag ein Nachtrag abgeschlossen.
- ⇒ Es besteht je ein Vertrag über die Anwendung des Verbundtarifs im Schülerverkehr Ettenkirch-Ailingen und im Schülerverkehr zur Bodenseeschule St. Martin. Die Verträge zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, der Stadtverkehr Friedrichshafen GmbH und bodo vom 16./23. Februar/29. März 2005 bzw. zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, der RAB und bodo vom 26. Januar/9./15. Februar 2005 können mit einer Frist von sechs Monaten auf das Jahresende gekündigt werden.

- ⇒ Es bestehen <u>Beförderungsverträge</u> über die Beförderung von Schülern
  - o der Berufsschulen Leutkirch zwischen dem Landkreis Ravensburg, dem Beförderungsunternehmen Hutter-Reisen, Leutkirch, und bodo vom 1. Februar 2005,
  - auf der Strecke Hiltensweiler-Laimnau zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, dem Beförderungsunternehmen Strauss GmbH Co. KG, Tettnang, und bodo vom 6. Juli 2005.
  - zu den Grund- und Hauptschulen in Neukirch zwischen dem Landkreis Bodenseekreis, dem Beförderungsunternehmen Strauss GmbH Co. KG, Tettnang, und bodo vom 24. Juni 2005,
  - o nach Leutkirch zu den weiterführenden Schulen, zur Schule für Lernbehinderte, zur Grund- und Hauptschule Wuchzenhofen und zur Grundschule Ausnang zwischen der Großen Kreisstadt Leutkirch im Allgäu, dem Beförderungsunternehmen Hutter-Reisen, Leutkirch, und bodo vom 11. August 2005.
  - der Grundschule Oberer Graben sowie den weiterführenden Schulen in Leutkirch zwischen der Großen Kreisstadt Leutkirch im Allgäu, dem Beförderungsunternehmen Hutten-Reisen, Leutkirch, und bodo vom 15. November 2005.

Die Verträge können vom Schulträger und vom Beförderungsunternehmen mit einer Frist von drei Monaten jeweils auf das Ende des Schuljahres gekündigt werden. Es besteht ein Vertrag über die Überwachung der Qualität der zum Verkehrsgebiet der bodo gehörenden Linien. Der Vertrag zwischen der Fa. Dienstleistungen im ÖPNV, Bad Wurzach, und bodo vom 14./18. Januar 2005 galt zunächst bis zum 15. April 2005. Er verlängert sich automatisch um jeweils sechs Monate, sofern er nicht mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten gekündigt wird.

- ⇒ Es besteht eine <u>Vereinbarung über den Weiterbetrieb der landesweiten telefonischen Fahrplanauskunft Baden-Württemberg</u>. Die Vereinbarung zwischen der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH (NVBW) und bodo vom 15./25. Juli 2005 läuft auf unbestimmte Zeit. Sie kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum 30. Juni eines Jahres gekündigt werden, erstmals zum 30. Juni 2007.
- Es besteht eine Vereinbarung über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen von zum 1. Januar 2009 realisierten Verbundtariferweiterungen im Bereich bodo, DING und naldo. Mit Vertrag vom 9. November 2009 haben die Verkehrsverbünde bodo, DING und naldo sowie die Landkreise, in denen die drei Verkehrsverbünde tätig sind, einen Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen von den zum 1. Januar 2009 realisierten Verbundtariferweiterungen im Bereich bodo, DING und naldo abgeschlossen.

#### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis hat folgende Zahlungen im Jahr 2010 an BODO geleistet:

⇒ an BODO für Eigenaufwand: 123.625,00 €

⇒ an BODO für Ausgleich verbundbedingter Belastungen: 655.807,00 €

⇒ an BODO für Sonstiges: 12.893,71 €

#### 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2010 neben dem Geschäftsführer vier Gehaltsempfänger und eine geringfügig beschäftigte Angestellte. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft vier Mitarbeiter.

#### 10. Lagebericht

#### b) Fahrpreis- und Tarifentwicklung

Zum 1. Januar des Berichtsjahres wurden die Fahrpreise des Verbundtarifs um durchschnittlich 2,5 % angehoben. Dabei wurden die Preise der Tageskarten ebenso auf dem Niveau des Vorjahres belassen wie die Preise der Einzelfahrscheine der Preisstufe 1, letztere wegen der in den Nahentfernungen höheren Preissensibilität. Neben dieser Preismaßnahme wurden folgende Neuerungen bei den Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen eingeführt: Das Angebot 'Jahreskarte', das bei einer Zahl von 150 Kunden stagnierte, wurde aufgehoben und als persönliche Variante mit monatlicher Zahlungsmöglichkeit in die bestehende Abokarte integriert. Die Umstellung der Jahreskarten konnte zur Zufriedenheit der betroffenen Kunden durchgeführt werden. Als weitere Änderungen wurden eine Mobilitätsgarantie für Monatskarten- und Abokarteninhaber und die unentgeltliche Hundemitnahme eingeführt. Bei der Mobilitätsgarantie hat der Kunde ab einer Verspätung von 30 Minuten Anspruch auf Entschädigung bzw. Ersatz seiner Auslagen für die Ersatzbeförderung (z.B. Taxi). Diese Regelung wurde im Laufe des Berichtsjahres nur wenige Male von Fahrgästen in Anspruch genommen.

#### b) Fahrgast- und Einnahmeentwicklung

(vorläufiges Ergebnis, Stand Feb. 2011, ohne StudiTicket-Verkäufe)

Fahrgastentwicklung Mio. beförderte Fahrgäste	2010	2009	Veränderung %
VE 1 Verbundtarif einschließlich Stadtverkehre Friedrichshafen und Überlingen	26,0	26,2	-0,85
EZV-Stadtverkehre Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg Weingarten, Tettnang und Wangen mit besonderem Stadt- tarif	7,3	7,2	+ 1,50
VE 2 Gesamtverbund (= VE 1 + EZV-Verkehre; ohne Studierende)	33,3	33,4	-0,35

Für den Bereich des Verbundtarifs (VE 1) ergibt sich erstmals seit Bestehen des Verbundes ein Fahrgastrückgang. Nach der im Vorjahr, bedingt durch die Wirtschaftskrise, gedämpften Nachfrage hat sich im Berichtsjahr hauptsächlich die sinkende Schülerzahl auf die Fahrgastentwicklung ausgewirkt. Zudem ist nach Jahren der dynamischen Aufwärtsentwicklung und bei nahezu unverändertem Fahrtenangebot eine zunehmende Marktsättigung feststellbar.

Die im EZV-Status zusammengefassten Stadtverkehre konnten dagegen von der im Berichtsjahr einsetzenden wirtschaftlichen Belebung profitieren. Die in diesem Bereich des Verbundes steigende Verkehrsnachfrage, die aus innerstädtischen Fahrten mit eher kürzerer Reiseweite besteht, kann nach Jahren eher unterproportionaler Entwicklung als Trendumkehr gelten. Hier dürfte die zunehmende Attraktivität und Wirtschaftskraft städtischer Siedlungsräume eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Insgesamt ging von den in der zweiten Jahreshälfte steigenden Benzinkosten ein deutlicher Nachfrageschub zugunsten des ÖPNV aus, der die anfänglich eher schwächelnde Fahrgastentwicklung deutlich belebte und durch den Wintereinbruch im Monat Dezember nochmals eine Verstärkung erfuhr.

Im Gesamtergebnis (VE 2) ergibt sich ein Fahrgastrückgang im Berichtsjahr von ca. 115.000 Fahrgästen entsprechend - 0,35 %. Die bundesdeutsche Entwicklung im Berichtsjahr im Personennahverkehr mit Bussen und Bahnen liegt bei 0,3 % Fahrgastzuwachs gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Die Fahrgastentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten ist in Tabelle 2 dargestellt:

Fahrgastentwicklung in Marktsegmenten	2010	2009	Veränderung
Mio. beförderte Fahrgäste			%
Gelegenheitsverkehr	5,179	5,182	-0,06
Berufsverkehr	7,064	6,983	1,16
Ausbildungsverkehr Schüler	21,060	21,253	-0,91
GESAMTERGEBNIS	33,303	33,418	-0,35

Im Gelegenheitsverkehr (Fahrten mit Einzelfahrscheinen und Tageskarten) ist der mehrjährige Fahrgastrückgang, der im Vorjahr 2009 (im Vergleich zu 2008) noch -3,19 % betrug, zum Stillstand gekommen.

Der Berufsverkehr (Pendlerverkehr) verzeichnet im Berichtsjahr einen Fahrgastanstieg von 81.000 Beförderungen entsprechend + 1,16 %. Ausschlaggebend hierfür sind die Besserung der Wirtschaftslage sowie die steigende Preissensibilität der Verbraucher gegenüber den in der zweiten Jahreshälfte anziehenden Benzinpreisen. Auch die Bemühungen um Kundenerhalt und -neugewinnung, die im Berichtsjahr weiter intensiviert wurden, machten sich bezahlt.

Demografisch bedingt sank die Beförderungsleistung im Schülerverkehr um 193.000 Beförderungen entsprechend - 0,9 %, nachdem im Vorjahr noch ein Anstieg um 1,4 % zu verzeichnen war. Durch den hohen Anteil des Ausbildungsverkehrs an der Gesamtfahrgastzahl fällt diese Veränderung statistisch entsprechend stark ins Gewicht.

## Einnahmeentwicklung

Die Entwicklung der Fahrgeldeinnahmen ist in Tabelle 3 darges	stellt:		
Einnahmeentwicklung	2010	2009	Verände-
Mio. € einschl. ges. Mehrwertsteuer			rung %
VE 1 Verbundtarif einschließlich	23,6	23,3	1,33
Stadtverkehre Friedrichshafen und Überlingen			
EZV-Stadtverkehre	4,8	4,7	4,07
Bad Waldsee, Immenstaad, Isny, Leutkirch, Ravensburg			
Weingarten, Tettnang und Wangen mit besonderem Stadttarif			
VE 2 Gesamtverbund (= VE 1 + EZV-Verkehre)	28,4	28,0	1,78

Die Einnahmesteigerung im Verbundergebnis 1 betrug +1,33% und blieb damit einen guten Prozentpunkt unter der Zielgröße von +2,5%. Die signifikante Belebung der Nachfrage bei den EZV-Stadtverkehren verhalf diesen zu einer überproportionalen Einnahmesteigerung von +4,07% und zog das Gesamtergebnis (VE 2) nach oben, das mit knapp +1,8% abschließt.

Für das Angebot StudiTicket liegen zwar noch keine Ergebnisse vor, jedoch kann von einem weiteren Anstieg der StudiTicket-Verkäufe im Berichtsjahr ausgegangen werden. Diese Entwicklung wird sich nochmals positiv auf das endgültige Gesamtergebnis auswirken.

#### c) Bedienungsangebot

#### <u>Schienenverkehr</u>

Auf der neuen Kursbuchstrecke 752 Aulendorf - Bad Wurzach verkehrte im Sommer erstmals der RadExpress Oberschwaben als Regelangebot an 15 Sonntagen. Dieses neue Angebot wurde von insgesamt 3.000 Fahrgästen frequentiert, was als Erfolg zu bewerten ist. Besonders hervorzuheben ist die rechtzeitige Bereitstellung einer neuen Bahnsteiganlage am Endbahnhof Bad Wurzach, welche die Stadt Bad Wurzach finanziert hat.

#### Busverkehr

Im Stadtverkehr Friedrichshafen wurden zum 5. Juni ein Abendliniennetz mit 6 Linien im Taktverkehr und zum Fahrplanwechsel im Dezember Linienerweiterungen eingeführt. Im Stadtverkehr Überlingen erfuhr die Stadtbuslinie 5 eine deutliche Aufwertung durch die Einrichtung eines AnrufSammelTaxi-Angebots an Sonn- und Feiertagen.

Auf der Linie 30 (BarockLinie) in der Städteverbindung Bad Waldsee - Weingarten - Ravensburg wurde ein abendliches Schnellbus-Fahrtenpaar Bad Waldsee - Ravensburg eingeführt. Auch auf der Linie 31 Ravensburg - Bergatreute - Alttann wurde das Abendangebot durch die Einführung einer Fahrt Ravensburg (20.05 h) - Alttann erweitert.

Auf den Linien 6 0 / 1 1 0 / 1 1 1 im Raum Bad Wurzach wurden zahlreiche bislang unveröffentlichte Schulbusse in den öffentlichen Linienverkehr integriert, dadurch die neue Omnibuslinie 111 geschaffen sowie samstags Rufbus-Verbindungen eingerichtet. Das Fahrtenangebot der Linie 7378 zwischen Überlingen und Pfullendorf wurde durch die Einrichtung zusätzlicher Fahrmöglichkeiten im Berufsverkehr deutlich aufgewertet. Die Linie 7535 Ravensburg - Bad Wurzach erhielt eine weitere Abendverbindung zwischen Ravensburg und Vogt.

Auf der Linie 7542 (AllgäuLinie) wurde an Sonn- und Feiertagen in der attraktiven Fahrlage um 10.55 Uhr ab Wangen eine weitere Fahrt nach Ravensburg angeboten sowie in der Gegenrichtung die Taktlücke um 12.20 Uhr ab Ravensburg nach Wangen geschlossen. Auf der Linie 7545 (HopfenUnie) wurde das Fahrtenangebot an Sonn- und Feiertagen von bisher drei auf sieben Fahrten aufgestockt und neu strukturiert. Damit konnte das Ravensburger Spieleland in Liebenau optimal angebunden werden. Darüber hinaus entstanden durch die Verknüpfung mit der Montfort-Linie neue umsteigefreie Fahrmöglichkeiten zwischen Spieleland und dem Bodensee sowie sehr gute Zuganschlüsse am Bahnhof Ravensburg.

#### d) Betrieb im Schienen- und Omnibusverkehr

Der bogenschnelle Betrieb der Sprinter-Linie Ulm - Basel, die das Verbundgebiet durchquert, konnte weder im laufenden Berichtsjahr noch zum Fahrplanwechsel im Dezember des Berichtsjahrs (Jahresfahrplan 2011) wieder aufgenommen werden. Zudem führten am Ende des Berichtsjahres fehlende Triebzüge auf dieser Verbindung zu erheblichen Kapazitätsengpässen.

Durch die anhaltende Winterwitterung von Beginn des Berichtsjahres bis in den März hinein ergaben sich keine größeren Beeinträchtigungen, wohingegen es durch den schneereichen Wintereinbruch im Dezember zu ernsthaften Schwierigkeiten in der Durchführung des Schienen- und Omnibusverkehrs kam. Die Beeinträchtigungen betrafen jedoch nur einzelne Tage und hauptsächlich den morgendlichen Berufsverkehr.

Die bereits im Vorjahr zu verzeichnenden Kapazitätsengpässe haben sich im Berichtsjahr verschärft. Diese traten im Schienenverkehr vermehrt in den Hauptverkehrszeiten des Berufsverkehrs auf. Im Omnibuslinienverkehr waren die Kapazitäten besonders zum morgendlichen Schulbeginn sowie bei einzelnen Heimfahrten nach dem Nachmittagsunterricht voll ausgelastet und mussten teilweise verstärkt werden.

In der ersten Jahreshälfte ging der neue Omnibusbahnhof am Bahnhof Leutkirch in Betrieb, der die Abwicklung des Omnibusverkehrs verbessert und die Verknüpfungsfunktion der Verkehrsmittel Zug und Bus unterstützt. Mit dieser leistungsfähigen und gleichermaßen benutzerfreundlichen Omnibus-Haltestellenanlage konnte die Qualität im ÖPNV deutlich gesteigert werden.

#### e) Umweltbilanz

Gegenüber dem Vorjahr kann aufgrund fehlenden Fahrgastzuwachses keine weitere Verbesserung der Klimabilanz erreicht werden. Die im bodo-Verkehrsverbund seit 2003 hinzugewonnenen 5 Mio. Fahrgäste (um den Kooperationseffekt 2009 bereinigter Wert) ent-

falten jedoch eine nachhaltige Entlastungswirkung von jährlich ca. 7.300 Tonnen Kohlendioxid.

#### f) Verbundabrechnung

Das Testat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young über die Jahresabrechnung für das Vorberichtsjahr lag zur Jahresmitte des Berichtsjahres vor. Auf dieser Grundlage wurde der endgültige Einnahmenausgleich für das Vorberichtsjahr (2009) zeitnah und reibungslos vorgenommen.

#### g) Verbundübergreifende Zusammenarbeit

Die zum 1. Januar 2009 eingeführten Tarifkooperationen zwischen den Verbünden Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund (bodo). Donau-Iller-Nahverkehrsverbund (DING) und Neckar-Alb-Donau Verkehrsverbund (naldo) wurden von den Fahrgästen im zweiten Jahr ihres Bestehens gut angenommen. Auf der Grundlage dieser verbundübergreifenden Kooperation wurde im Berichtsjahr ein Anschlussnetzkartensystem für Studierende in Angriff genommen. Im Herbst haben die vorgenannten Verbünde verbindlich vereinbart, zum Sommersemester 2011 gegenseitige Anschluss-StudiTickets einzuführen. Die Verbünde verfolgen damit das Ziel, für die zahlenmäßig wachsende Zielgruppe der Studierenden einen Anreiz zur verstärkten Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen. Das Projekt einer tariflichen Verknüpfung mit dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee wurde im Berichtsjahr fortgeführt. Für das Teilprojekt Überlingen-Stockach erfolgte zu Jahresbeginn die konstituierende Projektsitzung mit anschließender Beauftragung der Beratungsleistungen bei der Fa. Planung Transport Verkehr AG Karlsruhe (PTV). Die Erhebungen für den Untersuchungskorridor fanden im Juni des Berichtsjahres statt. Für das Teilprojekt Städteschnellbus/Schiffsverbindungen konnten im Sommer eine konstituierende Sitzung organisiert und eine Planungsvereinbarung mit den beteiligten Verkehrsunternehmen und Landkreisen geschlossen werden. Im Zuge dieses Projekts erfolgten die Erhebungen Anfang Oktober, ebenfalls durchgeführt durch die Fa. PTV AG. Ein erstes Ergebnis wird im Folgejahr erwartet.

Den Bemühungen um eine tarifliche Zusammenarbeit zwischen bodo und dem Landkreis Lindau war im Berichtsjahr noch kein Erfolg beschieden. Der Landkreis Lindau nahm jedoch im Rahmen der Erstellung seines Nahverkehrsplanes die Aufgabenstellung einer tariflichen Kooperation mit dem bodo-Verkehrsverbund auf.

#### h) Fahrplandaten- und elektronisches Fahrgeldmanagement

Im Frühjahr des Berichtsjahres wurden erstmalig sog. Minifahrpläne als weiteres Produkt des dialoggesteuerten Informations- und Verkehrsmanagementsystems (DIVA) beim Verbund erarbeitet und in einer Auflage von 152.000 Stück ausgeliefert. Die Minifahrpläne, linienbezogene Taschenfahrpläne, bieten den Kunden eine schnelle und handliche Information. Die Minifahrpläne wurden von den Kunden und Verkehrsunternehmen begeistert aufgenommen. Dieses Fahrplanprodukt wird im Vierfarbdruck hergestellt. Dies erhöht nicht nur die Lesbarkeit, sondern ermöglicht auch ein werbewirksames und individuelles Titelbild.

Die Haltestellendaten wurden in der ersten Jahreshälfte gründlich überarbeitet und im Sommer der Fahrplanauskunftszentrale bei der Nahverkehrsgesellschaft in Stuttgart überspielt. In der zweiten Jahreshälfte bearbeitete der Verbund schwerpunktmäßig die geografischen Liniendaten sowie den Fahrplanwechsel. Erst nach Abschluss dieser aufwändigen Vorbereitungsphase werden die kompletten Verbunddaten Grundlage für die Beauskunftung auf dem Zentralrechner in Stuttgart bilden können. Die Übergabe dieser Daten ist für Anfang des Jahres 2011 geplant. Das Verbundfahrplanbuch 2011 wurde im Dezember des Berichtsjahres pünktlich zum Fahrplanwechsel und in guter Qualität zur Auslieferung gebracht.

Auf der Basis des im Herbst des Vorjahres erhaltenen Aufnahmebescheids in das 3. Innovationsprogramm des Landes Baden-Württemberg, an dem sich bodo mit einem Vorhaben zur

Einführung eines elektronischen Fahrgeldmanagementsystems (EFM) beworben hatte, wurden die Projektarbeiten im Berichtsjahr mit voller Kraft fortgeführt. Die Einführung eines EFM im bodo-Verkehrsverbund verfolgt die Ziele, die heutige kontaktbehaftete Chipkarte durch eine solche mit kontaktloser Technologie zu ersetzen und die elektronische Bezahlmöglichkeit an den Fahrscheinautomaten zu ermöglichen. Außerdem sollen der elektronische Fahrschein und damit auch die Möglichkeit der elektronischen Kontrolle eingeführt, die Kundenprozesse vereinfacht und der Service verbessert werden. Dabei soll der vom Land gestellten Anforderung der verbundübergreifenden Wirksamkeit (sog. Interoperabilität) entsprochen werden. Für die im Zusammenhang mit der Einführung von EFM benötigte Ausrüstung (Hard- und Software) wurden Projektunterlagen und ein Mengengerüst erarbeitet. Die Projektsteuerung und Herbeiführung der notwendigen Entscheidungen erfolgte durch den Arbeitskreis Technik, der im Berichtsjahr verstärkt tagte und von einem Ingenieurbüro unterstützt wurde. Für die verbundübergreifenden Aspekte formierte sich eine Kooperationsgemeinschaft der vier Verbünde bodo, DING, naldo und Heidenheimer Tarifverbund (htv), die im Berichtsjahr ebenfalls mehrfach tagte. Die von den Verbünden benötigte Entscheidung der DB AG über deren Teilnahme am EFM-Projekt sowie deren fachliche und technische Anforderungen wurden von der DB noch vor der Sommerpause geliefert. Zur Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der Einführung des investitionsintensiven EFM-Systems haben im Berichtsjahr die Kreisgremien beider Landkreise eine komplementäre finanzielle Förderung beschlossen und damit diesem Projekt einen zusätzlichen Schub gegeben. Die Zustimmung aller Verkehrsunternehmen konnte zu Ende des Berichtsjahrs erreicht werden. Ende November wurde als Ergebnis der intensiven Vorbereitungen eine mit den Verbünden DING, htv und naldo abgestimmte Projektskizze beim Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Städtebau (BMVBS) eingereicht. Im Dezember konnte der Projektantrag zum 3. Innovationsprogramm beim Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg abgegeben werden, der ebenfalls in der oben erwähnten Kooperationsgemeinschaft abgestimmt wurde. Das in den Anträgen bei Bund und Land bezeichnete Investitionsvolumen beträgt bezogen auf den bodo-Verbund 4,1 Mio. €, der Realisierungszeitraum ist von 2011 bis 2015 geplant.

#### i) Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb

Das Internetportal <a href="www.bodo.de">www.bodo.de</a> verzeichnet im Berichtsjahr 457.000 (Vj. 364.000) Zugriffe, was eine Steigerung um 93.000 (2009 geg. 2008: 70.000) Zugriffe, entsprechend + 25 % (2009 geg. 2008: + 23 %), bedeutet.

Mit zahlreichen Informationsterminen vor Ort in Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen bewarb der Verbund auch im Berichtsjahr sein Angebot. Auf den Verbrauchermessen Internationale Bodenseemesse in Friedrichshafen und Oberschwabenschau in Ravensburg sorgte der Gemeinschaftsstand zusammen mit der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH (NVBW) mit professioneller Gestaltung und durchgehender Moderation für hohe Aufmerksamkeit und viele Kontakte.

In einer Informationsveranstaltung am 22. März im Landratsamt Bodenseekreis konnten zahlreiche Vertreter von Verbänden und Vereinen über den aktuellen Sachstand im ÖPNV informiert werden und Anregungen für die laufenden Projekte und Planungen gesammelt werden.

Die Verkehrsunternehmen im bodo-Verbund unterstützten die Aktion "Wir helfen Afrika" mit einem Spendenbetrag in Höhe der Fahrgeldeinnahmen eines Samstags. Die Abschlussveranstaltung fand mit einem Omnibuskorso am 12. Juni vor der Oberschwabenhalle in Ravensburg statt.

Der bodo-Erlebnistag am 12. September mobilisierte bei angenehmem Herbstwetter wieder ca. 2.000 Gäste (2009: 2.000), die das Fahrtenprogramm mit Ringzügen, Radexpresszügen und Erlebnisbuslinie nutzten. Im Rathaus der Stadt Bad Waldsee fand die Eröffnung statt,

die durch Bürgermeister Weinschenk im Beisein zahlreicher Gäste vorgenommen wurde. Neu im Angebot des Erlebnistages waren die Sonderzüge auf der landschaftlich reizvollen, aber viele Jahre stillgelegten Strecke Altshausen - Pfullendorf, die von den Gästen des Erlebnistages begeistert angenommen wurden. Die Zugleistung für diese Wiederinbetriebnahme wurde von der Nahverkehrsgesellschaft bestellt.

#### j) Vertragswesen

Das Land fördert die Verkehrsverbünde aus Regionalisierungsmitteln mit einem Betrag in Höhe von 50 Mio. € jährlich. Für die Gewährung dieser Zuwendungen bestehen Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Baden-Württemberg, den Landkreisen und den Verbünden. Die Finanzierungsvereinbarung für den bodo-Verbund endete zum 31.12. des Berichtsjahres. Der bodo-Verkehrsverbund war aus Sicht des Landes einer Folgevereinbarung nach dem neuen landesweiten Fördersystem zu unterwerfen, das die Erfolgsabhängigkeit der Zuwendungen vorsieht und damit den Anforderungen des Landesrechungshofs nach einer effizienten Verwendung öffentlicher Mittel entspricht.

Die Verhandlung mit dem Land konnte im Sommer zum Erfolg geführt und eine Vereinbarung mit Wirkung ab dem Folgejahr geschlossen werden. Das Fördervolumen beläuft sich - beginnend in 2011 - auf 1,31 Mio. € und wird entsprechend der Fördersystematik des Landes jährlich abgeschmolzen. Die Landkreise als Partner der Fördervereinbarung konnten mit einer Vertragslaufzeit von 8 Jahren Planungssicherheit erreichen und das Fortbestehen des bodo-Verkehrsverbundes sichern.

#### k) Verkehrsplanung

Die Verbundgeschäftsstelle hat im Berichtsjahr, wie bereits im Vorjahr, die Landkreise bei der Erstellung der Nahverkehrspläne beraten. Die Entwurfsfassungen der Nahverkehrspläne wurden von den Landkreisen im Herbst fertiggestellt und in das Anhörverfahren gegeben. Die Beratungsleistungen wurden den Landkreisen in Rechnung gestellt.

Die Fahrplananhörung für das Fahrplanjahr 2011 wurde im Frühjahr des Berichtsjahres bereits zum zweiten Mal auf elektronischem Wege durchgeführt. Im Rücklauf waren 55 (Vj. 67) Fahrplananträge beim Verbund eingegangen, die von der Verbundgeschäftsstelle den betreffenden Verkehrsunternehmen zugestellt wurden. Diese haben 19 (Vj.14) Vorschläge zur Realisierung zugesagt.

#### I) Geschäftsstellenangelegenheiten

In der personellen Struktur haben sich im Berichtsjahr keine Änderungen ergeben. Durch den Eigenbedarf des Vermieters der bisherigen Geschäftsräume, der Technischen Werke Schussental, ergab sich die Notwendigkeit, nach neuen Geschäftsräumen zu suchen. Nach sechs Monaten Vorbereitungszeit konnten die neuen Räumlichkeiten im Empfangsgebäude des Bahnhofs Ravensburg nach gründlicher Renovierung zum 1. August planmäßig und nach nur kurzer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs bezogen werden. Die neue Geschäftsstelle präsentiert sich in runderneuertem Gewand und bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine förderliche Arbeitsatmosphäre.

## m) Fazit und Ausblick

Nennenswerte Fahrgastzuwächse waren im Berichtsjahr angesichts der demografischen Entwicklung, der Nachwirkungen der Wirtschaftskrise und des weitgehend unveränderten Leistungsangebots nicht mehr zu erwarten. Diese Rahmenbedingungen finden ihren Niederschlag im Einnahmeergebnis, welches erstmals die Einnahmeerwartung unterschreitet. Allerdings konnten im Berichtsjahr die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, vor allem ab der zweiten Jahreshälfte, überwunden werden, denn trotz Kapazitätsengpässen in den Hauptverkehrszeiten gelang es, im Berufspendlersegment Neuverkehr zu generieren. Auch die zunehmend kritische Einstellung der Verbraucher gegenüber den Mineralölkonzernen, die durch Preisschwankungen eine Gewöhnung an ein insgesamt höheres

Benzinpreisniveau zu erreichen suchen, wirkt sich in der zweiten Jahreshälfte auf die Verkehrsmittelwahl zugunsten des ÖPNV aus. Die anziehende Nachfrage machte sich u.a. auch durch vermehrte Abonnement-Bestellungen bemerkbar. Zuletzt war der Wintereinbruch am Jahresende eine zwar saisonal zu erwartende Rahmenbedingung, jedoch wegen seiner Heftigkeit ein überproportional positiv in das Gesamtergebnis fallender Umstand. Das Einnahmeergebnis im Berichtsjahr kann angesichts des formulierten Einnahmeziels zwar nicht zufriedenstellen, jedoch unter Berücksichtigung der moderaten Kostenentwicklung als ausreichend angesehen werden.

Im Folgejahr setzt sich der demografisch vorgezeichnete Fahrgastrückgang im Schülerverkehr fort. Die wirtschaftliche Belebung begünstigt eine steigende Verkehrsnachfrage in den Segmenten Gelegenheits- und Berufsverkehr und kann, zumindest teilweise, zu einem Ausgleich von im Schülerverkehr rückläufigen Fahrgastzahlen beitragen. Zur Gewinnung neuer Kunden ist es erforderlich, in den nächsten ein bis zwei Jahren attraktive Tarif- und Bedienungsangebote zu schaffen sowie die in den Hauptverkehrszeiten benötigten Kapazitäten bereitzustellen. Mittelfristig können weitere Kundenpotentiale auch durch verbesserte Serviceleistungen, komfortable Fahrzeuge, bedarfsorientierte ÖPNV-Angebotsformen und nutzerfreundliche, Regionen übergreifende Ticketsysteme erschlossen werden. Alle Aktivitäten dienen dem Erhalt der Einnahmebasis des Verbundes, die vor allem in naher Zukunft sicherstellen muss, dass die Verkehrsunternehmen ihre Verkehrsleistungen im bisherigen Umfang und unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit weiterführen können und dabei noch genügend Spielräume haben für weitere dringend benötigte Angebotsverbesserungen. Die Nahverkehrspläne der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg sowie die Konzepte der Verkehrsunternehmen und der Verbundgesellschaft auf den verschiedenen Geschäftsfeldern des ÖPNV bilden für dessen Fortentwicklung eine gute Basis.

Ravensburg, den 14. Februar 2011 Jürgen Löffler, Geschäftsführer

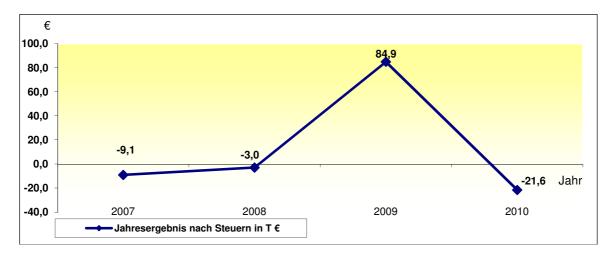
#### 11. Abschlussprüfer

Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

#### 12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2010 in T €/ Fahrgäste	2009 in T €/ Fahrgäste	2008 in T €/ Fahrgäste	Abweichung 2010 - 2009 in %
Verbundeinnahmen	28.400	28.260	26.020	0,50
Fahrgastzahlen	33.400	33.720	33.000	- 0,95

## 13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2010

Bil	anz zum 31.12.2010	201	0	200	19	2008	
	tiva	T €	%	T €	%	T €	%
AK	liva	1 €	70	1 €	70	1 €	70
A.	Anlagevermögen						
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,2	0,2	5,5	0,5	6,7	0,8
	II. Sachanlagen						
	<ol> <li>Bauten auf fremden Grundstücken</li> </ol>	2,6	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	26,6	3,7	12,5	1,1	25,5	3,0
		30,4	4,2	18,0	1,6	32,2	3,8
B.	Umlaufvermögen						
	<u>I. Vorräte</u>						
	1. Waren	7,1	1,0	6,6	0,6	7,6	0,9
	II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
	Forderungen aus Lieferung und Leistung	15,3	2,1	4,6	0,4	0,6	0,1
	Forderung gegen Gesellschafter	12,6	1,7	31,3	2,8	66,4	7,9
	3. Sonstige Vermögensgegenstände	20,6	2,9	11,8	1,1	14,0	1,7
	III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	633,8	87,8	1.046,1	93,5	716,4	85,6
		689,4	95,5	1.100,6	98,4	805,0	96,1
C.	C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,8	0,2	0,1	0,0	0,1	0,0
Bil	anzsumme	721,6	100,0	1.118,7	100,0	837,3	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2010

Bil	anz zum 31.12.2010	201	0	200	9	200	80
Pa	ssiva	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Eigenkapital						
	I. Gezeichnetes Kapital	32,0	4,4	32,0	2,9	32,0	3,8
	II. Rücklagen						
	<ol> <li>Gewinnrücklagen</li> </ol>	86,9	12,0	,	0,2	5,0	0,6
	III. Jahresfehlbetrag	-21,6	-3,0	84,9	7,6	-3,0	-0,4
		97,4	13,5	118,9	10,6	34,0	4,1
B.	Rückstellungen	29,4	4,1	29,6	2,6	23,7	2,8
	•						
C.	Verbindlichkeiten						
	I. Verbindlichkeiten aus Lieferung und	144,7	20,1	161,8	14,5	173,7	20,7
	Leistung						
	II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesell-	4,3	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	schaftern		00.4	4040		470.7	00 7
	III. Sonstige Verbindlichkeiten	144,7	20,1			173,7	20,7
		594,8	62,4	970,1	72,3	779,6	72,4
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bil	Bilanzsumme		79,9	1.118,6	85,5	837,3	79,3

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	2010		2009		200	)8
		T€	%	T€	%	T€	%
1.	Umsatzerlöse	4,6	1,3	5,8	1,8	5,6	1,7
2.	Erhöhung oder Verminderung des Be-						
	standes an unfertigen Leistungen						
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0.45.0	00.7	047.0	00.0	0400	00.0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	345,0	98,7	317,8		316,9	98,3
5.	Gesamtleistung	349,6	100,0	323,6	100,0	322,5	100,0
6	Motorialaufwand						
6.	Materialaufwand	61.0	7 1	26.0	4.0	5G 1	7.6
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Wa-	61,8	7,1	36,9	4,2	56,1	7,6
	ren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leistun-	126,2	14,5	51,7	5,9	49,8	6,7
	gen						
7.	Personalaufwand						
	a) Löhne und Gehälter	290,9	33,4	295,2	33,9	284,9	38,6
	b) Soziale Abgaben	45,0	5,2	45,2	5,2	42,4	5,8
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermö-	13,9	1,6	26,7	3,1	25,1	3,4
9.	gensgegenstände und Anlagevermögen Sonstige betriebliche Aufwendungen	334,1	38,3	243,5	27,9	279,5	37,9
10.	Gesamtaufwand	871,9		699,2	80,2	737,8	100,0
	oooamaa mana	0.1,0	100,0	000,2	00,2	. 0. ,0	100,0
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-522,3		-375,7		-415,2	
12.	Erträge aus Ausleihungen des Finanz- vermögens						
13.	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14.	Erträge aus anderen Wertpapieren und						
	Ausleihungen des Finanzanlagevermö-						
15	gens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0.0		0.1		0.4	
	Aufwendungen/Erträge aus Verlustüber-	2,2 498,5		2,1 458,5		2,4 410,0	
10.	nahme	490,5		430,3		410,0	
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		-0,1	
	Finanzergebnis	500,7		460,6		412,2	
	•			ŕ		ŕ	
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-21,6		84,9		-3,0	
20	Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
	Sonstige Steuern						
23.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-21,6		84,9		-3,0	

#### BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG

#### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG Geschäftsstelle:

Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen

Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de

Gründungsdatum: 5. Februar 2002

Eintragungsdatum HR: 26. Oktober 2009

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 23. September 2004

Wirtschaftsjahr: 1. Oktober - 30. September

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

An der BOB GmbH & Co.KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf die Kommanditisten wie folgt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	351.560	27,5 %
Stadt Ravensburg	319.600	25,0 %
Landkreis Bodenseekreis	255.680	20,0 %
Landkreis Ravensburg	223.720	17,5 %
Gemeinde Meckenbeuren	127.840	10,0 %
	1.278.400	100,0 %

#### 4. Organe des Unternehmens

#### Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, Friedrichshafen, vertreten. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB Verwaltungs-GmbH installiert.

#### Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

#### 5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

#### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Beteiligung an der Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (Anteil: 5%)

#### 7. Wesentliche Verträge

- → Vertrag über die technische Betriebsführung im Schienennahverkehr mit der Hohenzollerischen Landesbahn AG, Hechingen (HzL), und der DB ZugBus Regionalverkehr Alb Bodensee GmbH (RAB), Ulm, vom 30. September/5. Juli 1993. Der Vertrag trat am 1. Juli 1993 in Kraft und lief bis zum 30. September 2002 mit automatischer Verlängerung um ein Kalenderjahr bei unterlassener Kündigung.
- ⇒ Betriebsführungsvertrag mit der Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) über die kaufmännische Betriebsführung vom 19./15. April 1993 in der Fassung des 3. Nachtrags vom 25. Januar 2000. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Oktober 1991 in Kraft und lief bis zum 30. September 2002 mit automatischer Verlängerung um ein Kalenderjahr bei unterlassener Kündigung.
- Verkehrsvertrag über ein Verkehrsangebot auf der Eisenbahnstrecke zwischen Friedrichshafen (Hafenbahnhof) und Aulendorf mit dem Land Baden-Württemberg vom 22. November 1996 (in Kraft getreten am 1. Juni 1997) bezüglich Art, Umfang und Qualitätsmerkmalen des Schienenpersonennahverkehrs auf der Strecke Friedrichshafen (Hafenbahnhof) und Aulendorf sowie Bezuschussung und Betriebskosten.
- Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG vom 5./14. Februar 2002 (Trassennutzung). Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Oktober 2001 in Kraft und endete grundsätzlich mit Ablauf des Fahrplanjahres 2011/2002 am 14. Dezember 2002. Der Vertrag verlängert sich jedoch jeweils um ein Jahr, sofern er nicht frist- und/oder formgerecht gekündigt wird.
- ⇒ Rahmenvertrag über die Nutzung der Eisenbahninfrastruktur von Personenbahnhöfen (Stationsnutzungsvertrag) mit der DB Station&Service AG vom 9./23. Februar 2007. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2011.
- → Vertrag über die Durchführung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Ravensburg und Aulendorf als Ergänzung der bestehenden Verkehre der BOB (Zuschussvertrag) mit den Gebietskörperschaften des nördlichen mittleren Schussentals über die Bezuschussung der Erweiterung im Abschnitt Ravensburg Aulendorf vom 22. November 1996. Am 29. September 2004 wurde der 1. Nachtrag zu diesem Zuschussvertrag abgeschlossen, der rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft trat. Der Vertrag endet danach mit Ablauf des Fahrplanjahres 2011/2012 (voraussichtlich im Dezember 2012).
- → Vertrag über die anteilige Mitfinanzierung und Durchführung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Ravensburg und Aulendorf als Ergänzung der
  bestehenden Verkehre der BOB (Zuschussvertrag) mit der Gemeinde Fronreute über
  die Bezuschussung der Erweiterung im Abschnitt Ravensburg Aulendorf vom 22.
  November 1996. Am 20. Oktober/29. September 2004 wurde der 1. Nachtrag zu diesem Zuschussvertrag abgeschlossen, der rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft

- trat. Der Vertrag endet danach mit Ablauf des Fahrplanjahres 2011 /2012 (voraussichtlich im Dezember 2012).
- Vertrag über die Durchführung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen zwischen Friedrichshafen Stadtbahnhof und Friedrichshafen Hafenbahnhof als Ergänzung der geplanten Verkehrsausweitung der BOB (Zuschussvertrag) mit der Stadt Friedrichshafen vom 28./25. November 1996 betreffend die Bezuschussung der Erweiterung im Abschnitt Friedrichshafen Stadt Friedrichshafen Hafen. Am 30. September 2004 wurde der 1. Nachtrag zu diesem Zuschussvertrag abgeschlossen, der rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft trat. Der Vertrag endet danach mit Ablauf des Fahrplanjahres 2011/2012 (voraussichtlich im Dezember 2012).
- ⇒ Einzelnutzungsvertrag über die Nutzung von Serviceeinrichtungen der DB Netz AG zwischen der DB Netz AG und der BOB vom 15. Dezember 2008. Der Vertrag regelt die Nutzung von einzelnen Infrastrukturanlagen in den Betriebsstellen Aulendorf und Friedrichshafen (Gleise, Weichen).
- ⇒ Vertrag zur Übernahme von Dienstleistungen der BOB-Verkaufsorganisation mit der RAB. Der Vertrag trat am 1. April 1993 in Kraft und wurde auf drei Jahre abgeschlossen. Wird er nicht schriftlich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt, verlängert er sich jeweils um ein Jahr.
- Kooperationsvertrag über die Bildung einer Tarifgemeinschaft vom 6. Oktober/23. September 2004 mit der RAB. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und endete am 31. Dezember 2006. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht form- und fristgerecht gekündigt wird. Mit Datum vom 12. August/16. September 2009 wurde der Nachtrag 1 und mit Datum vom 16. September/17. November 2009 der Nachtrag 2 zum Kooperationsvertrag vereinbart.
- ⇒ <u>Dienstleistungsvertrag</u> über die Betreuung der BOB-Fahrausweisautomaten mit der Technische Werke Friedrichshafen GmbH. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2010 in Kraft und endet zum 31. Dezember 2014. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht mit einer Frist von 9 Monaten zum Kalenderjahresende gekündigt wird.
- ⇒ <u>Dienstleistungsvertrag</u> über den Vertrieb von Fahrkarten mit der DB Vertrieb GmbH. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2010 in Kraft und endet frühestens mit Ablauf des Jahres 2012. Er verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht mit einer Frist von 6 Monaten zum Ablauf eines Fahrplanjahres gekündigt wird.
- Mietverträge mit der DB Immobiliengesellschaft mbH vom 20./30. April 1999 sowie vom 7.15. März 2001 (mit verschiedenen Nachträgen). Mietgegenstände sind der Betriebshof in Friedrichshafen sowie das Betriebsgelände in Aulendorf. Die Mietverhältnisse begannen am 1. September 1998 bzw. am 1. März 1999 und endeten am 31. August 2008 bzw. 28. Februar 2009; nach Ablauf der Mietzeit steht der BOB ein zweimaliges Optionsrecht auf Verlängerung des Mietverhältnisses um jeweils fünf Jahre zu, wobei die Option mit einer Frist von 12 Monaten vor Vertragsablauf zu erklären ist. Die BOB hat für beide Vertragsverhältnisse die erste Verlängerungsoption ausgeübt. Die Vertragslaufzeit endet nun zunächst am 31. August 2013 bzw. am 28. Februar 2014.

Verträge im Zusammenhang mit der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg ('bodo'):

- Gesellschaftsvertrag vom 24. Februar 2003; Laufzeit unbefristet; Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Geschäftsjahres.
- Zusammenarbeitsvertrag vom 12. Dezember 2003 zwischen der BOB und der RAB einerseits und 'bodo' andererseits. Der Vertrag trat mit der Einführung des Verbundtarifs in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.
- ⇒ <u>Einnahmezuscheidungsvertrag</u> vom 12. Dezember 2003 zwischen 'bodo', RAB und BOB einerseits und verschiedenen Verkehrsunternehmen andererseits. Der Vertrag trat mit der Einführung des Verbundtarifs am 1. Januar 2004 in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres

- gekündigt werden. Zuscheidungsvertrag gilt derzeit in der 3. Ergänzungsvertrages vom April 2006.
- ⇒ Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB zur Regelung des Ausgleichs der Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Der Vertrag trat zum 1. Januar 2004 in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.
- ⇒ <u>Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung</u> vom 12. Dezember 2003 zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB zur Regelung der Beschaffung, Finanzierung und Instandhaltung von für den Verbund notwendigen Geräten und Ausrüstungen.

#### 8. Wesentliche Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis leistete 2010 folgende Zahlungen an die BOB:

⇒ Zuschüsse für die Umwelt-Abo-Karten:
 ⇒ für Schülermonatskarten:
 ⇒ für Ausgleich verbundbedingter Belastungen:
 rd. 19 T €
 rd. 75 T €
 rd. 26 T €

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags werden Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutgeschrieben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, Teile des Gewinns den Rücklagenkonten zuzuschreiben.

## 9. Anzahl der 2009/2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerrinnen

Neben dem Geschäftsführer war ein weiterer Mitarbeiter als Prokurist beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

#### 10. Lagebericht

### a) Geschäftsverlauf

Wiederum erfolgreich, und zwar unter verkehrs- als auch betriebswirtschaftlichen Aspekten, verlief für die Bodensee-Oberschwaben-Bahn das Geschäftsjahr 2009/10. Eine pünktliche und zuverlässige Betriebsdurchführung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise der positive Trend bei den Fahrgastzahlen fortgesetzt werden konnte. Daneben ist es der Gesellschaft erneut gelungen, einen signifikanten Gewinn zu erzielen.

Da die Verantwortung für den SPNV bei den Bundesländern angesiedelt ist, führt die Gesellschaft ihren Verkehr im Auftrag des Landes Baden-Württemberg durch. Die vertragliche Grundlage hierfür bildet ein Verkehrsvertrag, der mit Wirkung ab 01.01.2010 angepasst wurde. Danach werden die Kosten für die Inanspruchnahme der DB-Schieneninfrastruktur (Trasse und Bahnhöfe bzw. Haltepunkte) nunmehr vom Land separat abgegolten, sodass sich diese kostensteigernden Maßnahmen für die Gesellschaft nicht mehr auswirken. Für die Nutzung der Infrastruktur bestehen für die Trasse ein Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG sowie ein Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG. Aufgrund der exorbitanten Steigerungsraten bei den Stationspreisen in den zurückliegenden Jahren kürzt die Gesellschaft seit Anfang 2008 ihre Zahlungen an die DB Station & Service AG (die Einbuchung der entsprechenden Verbindlichkeiten wird aber in voller Höhe vorgenommen). Nachdem die Gesellschaft in diesem Rechtsstreit in erster Instanz unterlegen ist, läuft hier gegenwärtig das Berufungsverfahren. Diesbezüglich steht die Gerichtsentscheidung noch aus.

Die für die Betriebsdurchführung erforderlichen Dienstleistungen werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DBZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestellung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich. Eine wichtige Neuerung gibt es seit 01.01.2010 bei der Verkaufsorganisation. Die Gesellschaft hat in diesem Geschäftsjahr ihre bisherigen Fahrausweisautomaten zwischen Friedrichshafen und Aulendorf durch Automaten der neuesten Generation ersetzt und hierfür in Summe nahezu eine Mio. € investiert. Für die technische und kassenmäßige Betreuung dieser Verkaufsgeräte ist seit diesem Zeitpunkt die TWF (bisher DB Vertrieb) zuständig.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2009/2010 (13.12.2009 - 11.12.2010) im Grundsatz unverändert beibehalten. Demzufolge hat sich das Fahrleistungsvolumen im Geschäftsjahr (01.10.2009 - 30.09.2010) mit rd. 531.800 km auch nur geringfügig gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum mit rd. 532.500 km verändert.

Der Einsatz des einheitlichen Wagenparks bewirkt neben den betriebswirtschaftlichen Vorteilen bei der Instandhaltung auch positive Effekte bei der Betriebsabwicklung. Beispielhaft dafür steht die weiterhin hohe Pünktlichkeitsquote, die wie im Vorjahr auch im laufenden Kalenderjahr 2010 (01.01. - 30.09.10) erneut 98,4% erreicht - ein Ergebnis, welches bundesweit zur Spitzengruppe zählt.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund "bodo", der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 01.01.2004 gestartet ist. Wie im Vorjahr ist das verbundweite Fahrgastaufkommen im Jahr 2010 (Januar bis August) erneut rückläufig; vorrangig sinkende Schülerzahlen und ein Rückgang bei den Gelegenheitsfahrten sind hierfür verantwortlich und bewirken gegenüber dem Vorjahr einen verbundweiten Fahrgastschwund um 1,2%.

Demgegenüber ist bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn auch im laufenden Jahr eine positive Fahrgastentwicklung festzustellen. Die durchschnittliche Anzahl der Fahrgäste hat sich entsprechend den Zählungen im März, Juni und September 2010 um rd. 2,4 % gegenüber den entsprechenden Zählungen des Vorjahres erhöht. Damit wird auch der bundesweite ÖPNV-Wert (+ 0,6%) deutlich übertroffen.

#### b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2009/10 auf 1,04 Mio. € (Vorjahr 1,11 Mio. €). Die Umsatzerlöse erhöhten sich bei geringfügig angestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,34 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen hauptsächlich aufgrund höherer Preise im Treibstoffbezug um 0,11 Mio. €, wogegen sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen aufgrund höherer Ausgaben für die technische Betriebsführung, sowie höherer Trassen- und Stationsentgelte lediglich um 0,05 Mio. € erhöhten. Der Aufwand aus Abschreibungen macht sich aufgrund der annähernd ganzjährigen Nutzung der neuen Fahrausweisautomaten mit einem Anstieg um 0,13 Mio. € bemerkbar. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich ebenfalls um 0,13 Mio. € erhöht.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2009/10 beläuft sich nach Steuern auf 0,90 Mio. €. Er liegt damit geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2009/10 weiterhin konstant. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bankguthaben zum 30.09.2010 in Höhe von rd. 2,9 Mio. € dokumentiert wird. Unter voller

Einrechnung des Jahresüberschusses 2009/10, der zur Hälfte in die Rücklagen eingestellt werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 63 % (30.09.2009: 56 %). Neben der planmäßigen Darlehenstilgung von 0,3 Mio. € wurden auch in diesem Geschäftsjahr weitere 0,25 Mio. € als Sondertilgung geleistet. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betrugen rd. 0,59 Mio. €; der überwiegende Teil entfiel auf die neuen Fahrausweisautomaten.

#### c) Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Zur Beherrschung und Kontrolle der Risiken hat die TWF im Rahmen ihrer Aufgabenstellung als kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführerin der BOB KG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es finden halbjährlich Risikoinventuren statt. Gemäß dem letzten Risikobericht mit Stand Juli 2010 bestehen bei der Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken. Als Hauptrisiken (nicht bestandsgefährdend) für die Zukunft werden angesehen: Anstieg der Treibstoffkosten und steigende Personalkosten, die sich über die entsprechenden Dienstleistungsverträge auch bei der BOB niederschlagen können.

#### d) Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2010/11 wird mit einer verhalteneren Entwicklung gerechnet. Steigerungen im Aufwandsbereich (Instandhaltung Fahrzeuge, höhere Personalkosten Triebwagenführer, Entwicklung Treibstoffpreise) stehen geringere Erlöse gegenüber. Hier machen sich insbesondere die ab 2011 geringeren Zahlungen der regionalen Zuschussgeber (Gebietskörperschaften des nördlichen mittleren Schussentales sowie Stadt Friedrichshafen) um 170 T € bemerkbar; im Gegenzug werden diese Verträge bis Ende 2016 verlängert und beinhalten damit für die Gesellschaft für diesen Zeitraum Planungssicherheit. Unter diesen Rahmenbedingungen wird auch im Geschäftsjahr 2010/11 mit einem Gewinn in einer sechstelligen Größenordnung gerechnet.

Gemäß mittelfristiger Finanzplanung werden sich die Unternehmensergebnisse im Planungszeitraum bis zum Geschäftsjahr 2014/15 verschlechtern. Insbesondere die Hauptuntersuchungen der sieben Triebwagen in den Geschäftsjahren 2012/13 bis 2014/15 wirken aufwandssteigernd und belasten damit die Ergebnisse der betreffenden Geschäftsjahre entsprechend. Dennoch wird auch in diesem Zeitraum - mit einer Ausnahme - weiterhin mit positiven Unternehmensergebnissen gerechnet.

#### e) Nachtragsbericht

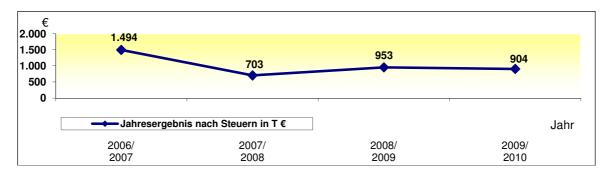
Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

Friedrichshafen, den 18. November 2010 Manfred Foss, Geschäftsführer

#### 11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

## 12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2010

Bilanz zum 30.09.2010		2009/2	2010	2008/2	009	2007/2008		
Ak	tiva		T€	%	T€	%	T€	%
١.	_							
Α.		lagevermögen						
	<u>l.</u>	Immaterielle Vermögensgegenstände	46,2	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
		stance	40,2	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
	II.	Sachanlagen						
		Bauten auf fremden Grund-						
		stücken	290,2	3,0	302,3	2,9	328,1	3,4
		2. Technische Anlagen und Maschinen	5.319,0	54,8	5.747,8	55,9	0,0	0,0
		3. Andere Anlagen, Betriebs-	5.515,0	54,0	3.747,0	55,5	0,0	0,0
		und Geschäftsausstattung	658,6	6,8	42,2	0,4	6.176,5	63,6
		4. Geleistete Anzahlungen und						
		Anlagen im Bau	0,0	0,0	223,4	2,2	48,8	0,5
	Ш	<u>Finanzanlagen</u>						
	<u></u>	Beteiligungen	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
			6.315,6	65,1	6.317,3		6.555,0	67,4
			0.010,0	00,1	0.017,0	01,4	0.000,0	07,4
B.	Um	nlaufvermögen						
	<u>l.</u>	<u>Vorräte</u>						
		1. Waren		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	<u>II.</u>	Forderungen und sonstige Ver- mögensgegenstände						
		Forderungen aus Lieferung						
		und Leistung	0,0	0,0	216,9	2,1	365,2	3,8
		2. Forderung gegen Gesell-	21.0	0.0	16.1	0.0	22.0	0.0
		schafter 3. Forderungen gegen Unter-	21,9	0,2	16,1	0,2	23,8	0,2
		nehmen, mit denen ein						
		Beteiligungsverhältnis be-	2.2			2.2	2.2	
		steht 4. Sonstige Vermögensgegen-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
		stände	436,8	4,5	354,7	3,4	300,1	3,1
			, -	,	,	,	,	
	<u>III.</u>	Kassenstand, Guthaben bei Kre-	0.000	00.4	0.074.5	00.0	0.400.0	05.4
		ditinstituten	2.920,1	30,1	3.374,3		2.469,8	25,4
			3.378,8	34,8	3.962,0	38,5	3.159,1	32,5
C.	Re	chnungsabgrenzungsposten	10,7	0,1	4,6	0,0	4,9	0,1
	_	3 3 3 3-11-1-3-1	10,7	0, 1	7,0	0,0	7,5	٥, ١
Bil	anz	summe	9.705,2	100,0	10.283,9	100,0	9.719,0	100,0

## Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2010

Bila	Bilanz zum 30.09.2010		2009/2	2010	2008/2	009	2007/2008	
Pas	ssiva	1	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Eige	enkapital Feste Kapitaleinlagen der Kom-						
		manditisten	1.278,4	13,2	1.278,4	12,4	1.278,4	13,2
	II.	Rücklagen	3.810,9	39,3	3.525,0	34,3	3.032,7	31,2
	III.	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	904,6	9,3	953,1	9,3	703,3	7,2
			5.994,0	61,8	5.756,5	56,0	5.014,4	51,6
B.	Sor	nderposten für Investitionszu-						
		üsse	199,5	2,1	264,3	2,6	328,6	3,4
C.	Rüc	ckstellungen						
	l. 	Steuerrückstellungen	0,0	0,0	99,1	1,0		1,4
	II.	Sonstige Rückstellungen	961,8	9,9	1.229,2		821,4	8,5
			961,8	9,9	1.328,2	12,9	1.288,4	9,9
D.	Ver	bindlichkeiten						
	I.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.175,0	12,1	1.725,0	16,8	2.275,0	23,4
	II.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.003,6	10,3	1.176,9	·	839,5	8,6
	III.	Verbindlichkeiten gegen Gesellschaftern	258,7	2,7	2,1	0,0	263,3	2,7
	IV.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein	236,7	2,1	۷,۱	0,0	203,3	2,1
		Beteiligungsverhältnis besteht	71,8	0,7	23,9	0,2	31,8	0,3
	V.	Sonstige Verbindlichkeiten -davon aus Steuern: 284,39 (Vj. 143,47)	31,9	0,3	3,6	0,0	3,1	0,0
			2.541,0	26,2	2.931,5	28,5	3.412,8	35,1
E.	Rec	chnungsabgrenzungsposten	9,0	0,1	3,4	0,0	3,4	0,0
Bila	anzs	umme	9.705,2	100,0	10.283,9	100,0	9.719,0	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2010

Gev	Gewinn- und Verlustrechnung		2009/2010		2008/2009		2007/2008	
		T€	%	T€	%	T€	%	
	11							
1.	Umsatzerlöse	7.128,5	95,7	6.789,4	95,8	6.608,9	94,2	
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen							
3.	andere aktivierte Eigenleistungen							
4.	Sonstige betriebliche Erträge	323,9	4,3	299,6	4,2	403,8	5,8	
5.	Gesamtleistung	7.452,5		·		7.012,8	-	
	-	,	100,0	. 1000,0	100,0	,	100,0	
6.	Materialaufwand							
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und							
	Betriebsstoffe und für bezogene Waren	774,8	13,1	662,8	11,2	869,3	14,6	
	b) Aufwendungen für bezogene Leis-	774,0	10,1	002,0	11,2	003,5	14,0	
	tungen	4.246,7	71,6	4.195,9	70,7	4.020,3	67,7	
7.	Personalaufwand							
	a) Löhne und Gehälter	15,5	0,3	10,6	0,2	9,4	0,2	
	b) soziale Abgaben	2,4	0,0	1,0	0,0	0,9	0,0	
8.	Abschreibungen auf immaterielle Ver-							
	mögensgegenstände und Anlagevermögen	E01 1	10.0	461.4	70	460.1	7.0	
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	591,1 732,5	10,0 12,3	461,4 603,0	7,8 10,2		7,8 13,3	
	Gesamtaufwand	6.363,0		•		6.149,7		
.0.	dosamaanvana	0.303,0	107,2	5.934,7	100,0	0.149,7	103,6	
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergeb-							
	nis)	1.089,5	14,6	1.154,3	16,3	863,1		
12	Erträge aus Ausleihungen des Finanz-							
	vermögens							
	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag							
14.	Erträge aus anderen Wertpapieren und							
	Ausleihungen des Finanzanlagever-							
15	mögens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	OF F		EO O		CO 7		
	Aufwendungen/Erträge aus Verlust-	25,5		53,3		69,7		
10.	übernahme	-19,0		-18,9		-14,9		
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-54,6		-76,2		-98,5		
	Finanzergebnis	-48,1		-41,8		-43,7		
	•	-,-		,,,		- , -		
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Ge-	1 0/1 0		1 110 5		010 4		
	schäftstätigkeit	1.041,3		1.112,5		819,4		
20.	Außerordentliche Erträ-							
	ge/Aufwendungen							
21.	Steuern vom Einkommen und vom Er-							
	trag	-136,3		-159,1		-114,6		
22.	Sonstige Steuern	-0,4		-0,3		-1,5		
23	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	004.6		0F2 1		702.0		
۷٠.	Janic Juber John Janic Hay (-)	904,6		953,1		703,3		

#### Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

Geschäftsstelle: Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen

Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de

Gründungsdatum: 12. Dezember 2001

Eintragungsdatum HR: 27. Oktober 2009

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 23. September 2004

Wirtschaftsjahr: 1. Oktober - 30. September

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
1. Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8.250	27,5 %
2. Stadt Ravensburg	7.500	25,0 %
3. Landkreis Bodenseekreis	6.000	20,0 %
4. Landkreis Ravensburg	5.250	17,5 %
5. Gemeinde Meckenbeuren	3.000	10,0 %
	30.000	100,0 %

#### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt

<u>Beirat:</u>

Vorsitzender: Lothar Wölfle, Landrat (ab 01.01.2010)
Mitglieder: Andreas Brand, Oberbürgermeister

Peter Hauswald, Bürgermeister Alfred Müllner, Geschäftsführer

Hermann Vogler, Oberbürgermeister (bis 31.05.2010) Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister (ab 21.06.2010)

Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister Dr.-Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer Kurt Widmaier, Landrat (ab 01.01.2010) Gerd Hägele, Regierungsdirektor Norbert Schültke, Dipl.-Ingenieur€ Andreas Schmid, Bürgermeister (ab 01.01.2010)

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung.

Auch der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung; die Personalaufwendungen der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG betreffen dagegen den Geschäftsführer und den Prokuristen.

#### 5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

#### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

#### 7. Wesentliche Verträge

Es bestehen keine wichtigen Verträge.

#### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Es bestehen keine direkten Finanzbeziehungen.

# 9. Anzahl der 2009/2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

#### 10. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschaben-Bahn GmbH & Co. KG ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der BOB übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die ihr für die Geschäftsführung und Vertretung der BOB entstehen. Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der BOB derzeit nicht zu erwarten. Für die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

Friedrichshafen, den 15. November 2010 Manfred Foss, Geschäftsführer

## 11. Abschlussprüfer

Friedrichshafener Treuhand GmbH Wirtschaftprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen.

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2010

Bilanz zum 30.09.2010		2009	2009/2010		2008/2009		//2008
Ak	Aktiva		%	T€	%	T€	%
A.	Anlagevermögen  I. Immaterielle Vermögensgegenstände  II. Sachanlagen						
В.	Umlaufvermögen						
	I. Vorräte						
	<ul> <li>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</li> <li>1. Forderungen aus Lieferung und Leistung</li> <li>2. Forderung gegen Gesellschafter</li> <li>3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</li> <li>4. Sonstige Vermögensgegenstände</li> </ul>	0,0 0,1	0,0 0,4	,	•		6,8 1,2
	III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	30,4	99,5	28,8	92,2	28,9	91,9
		30,5	•	31,2		31,5	99,9
	Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Bil	anzsumme	30,5	100,0	31,2	100,0	31,5	100,0

## Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2010

Bilanz zum 30.09.2010		2009/	2010	2008/	2009	2007/2008		
Passiva		T€	%	T€	%	T€	%	
A. Eigenk	•							
<u>I. Ge</u>	zeichnetes Kapital	30,0	98,3	30,0	96,1	30,0	95,2	
	cklagen							
1.	Gewinnrücklagen	-0,4	-1,2	0,0	-0,1	-0,8	-2,5	
III. Jah	nresfehlbetrag	-1,4	-4,7	-0,3	-1,0	0,7	2,3	
		28,2	92,4	29,6	95,0	30,0	95,1	
B. Rücks	tellungen	2,3	7,5	1,5	4,8	1,5	4,8	
<u>I. Vei</u>	dlichkeiten rbindlichkeiten gegenüber Kredit- tituten							
II. Vei	rbindlichkeiten aus Lieferung und stung							
III. Soi	nstige Verbindlichkeiten	0,0 <b>0,0</b>	0,0 0,0	0,1 <b>0,1</b>	0,2 0,2	0,0 <b>0,0</b>	0,1 0,1	
D. Rechn	ungsabgrenzungsposten							
Bilanzsum	nme	30,5	100,0	31,2	100,0	31,5	100,0	

Gewinn- und Verlustrechnung Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	2009/2010		9/2010 2008/2009		2007/2008	
		T€	%	T€	%	T€	%
1. 2. 3. 4. <b>5.</b>	Umsatzerlöse Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen andere aktivierte Eigenleistungen Sonstige betriebliche Erträge <b>Gesamtleistung</b>	1,8 <b>1,8</b>	100,0 100,0		100,0 100,0		
<ul><li>6.</li><li>7.</li></ul>	<ul> <li>Materialaufwand</li> <li>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</li> <li>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</li> <li>Personalaufwand</li> <li>a) Löhne und Gehälter</li> </ul>						
8.	b) Soziale Abgaben Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Anlagevermögen						
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3,3	128,3	2,6	100,0	2,0	76,9
10.	Gesamtaufwand	3,3	128,3	2,6	100,0	2,0	76,9
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-1,5	-28,3	-0,8	0,0	0,2	23,1
13.	Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens Erträge aus Gewinnabführungsvertrag Erträge aus anderen Wertpapieren und Aus-						
	leihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,1	4,8	0,5	25,9	0,9	51,5
18.	Finanzergebnis	0,1	4,8	0,5	25,9	0,9	51,5
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1,4	-23,5	-0,3	25,9	0,7	74,6
21.	Außerordentliche Erträge/Aufwendungen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag Sonstige Steuern						
23.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	-1,4	-79,8	-0,3	-17,9	0,7	40,9

#### Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH

#### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH

Geschäftsstelle Friedrichshafen: Neue Messe 1, 88046 Friedrichshafen

Tel.: +49 7541 708-0 Fax: +49 7541 708-110 E-Mail: info@messe-fn.de

Homepage: www.messe-friedrichshafen.de

Gründungsdatum: 10. Juni 1992

Eintragungsdatum Handelsregister: 28. Dezember 1992

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 24. Juni 2004, Änderung 3. Dezember 2009

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die Erstellung von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen für Messezwecke und die Verwaltung dieses Grundbesitzes, insbesondere die Vermietung an die MESSE FRIED-RICHSHAFEN GmbH zur Durchführung von Messen und Veranstaltungen.

Die Maßnahmen und Geschäfte der Gesellschaft haben sich auf das kommunalrechtlich Zulässige zu beschränken.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3.150.000,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	<u> Anteil</u>
1. Stadt Friedrichshafen	2.940.000	93,34 %
2. Landkreis Bodenseekreis	150.000	4,76 %
3. Industrie und Handelskammer		
Bodensee-Oberschwaben	30.000	0,95 %
4. Handwerkskammer Ulm	30.000	0,95 %
	3.150.000	100,00 %

#### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Herr Klaus Wellmann

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender: Andreas Brand, Oberbürgermeister

stv. Vorsitzender

Mitglieder Vertreter aller Gesellschafter

### 5. Öffentlicher Zweck

Das Messewesen wird in Deutschland traditionell als eine öffentliche Aufgabe angesehen, der sich hauptsächlich Länder und Gemeinden annehmen.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 1991/1992 veranstaltete die Internationale Messe Friedrichshafen GmbH (INTERNATIONALE) Messen und Ausstellungen hauptsächlich in eigener Regie. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 1992 wurde von der bis dahin einheitlichen Gesellschaft das operative Messegeschäft abgespalten und auf die neue Messe Friedrichshafen GmbH (MESSE) übertragen. Im Rahmen dieser Betriebsaufspaltung fungiert die INTERNATIONALE ab dem Geschäftsjahr 1992/1993 als Besitzgesellschaft. Der Bau des neuen Messegeländes nahe dem Flughafen wurde im Geschäftsjahr 2001/2002 fertiggestellt. Die "Neue Messe" wurde am 26. Juli 2002 eröffnet. Inzwischen gibt es verschiedene Erweiterungshallen (2002/2003 Halle A6, 2003/2004 Halle B4, 2009 Hallen A7 und B5).

## <u>6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</u> keine

#### 7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Mit Kaufvertrag vom 30. Juni 1992 verkaufte die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH an die Messe Friedrichshafen GmbH sämtliche dem operativen Bereich zuzuordnenden Aktiven und Passiven nach dem Stand am 1. August 1992 (Übernahmestichtag). Nicht mit verkauft wurden die Grundstücke einschließlich der Gebäude, die grundstücksgleichen Rechte (insbesondere die Erbbaurechte), die mit den nicht verkauften Immobilien zusammenhängenden Verbindlichkeiten sowie die laufenden Pensionsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Arbeitnehmern einschließlich der damit zusammenhängenden Rückstellungen. Das Messegelände wurde von der INTERNATIONALE an die MESSE vermietet.
- ⇒ Zum 1. Juli 2002 wurde ein neuer Mietvertrag (Vertrag vom 28. Juni 2002) mit der MESSE (Mieter) abgeschlossen. Mietgegenstand ist die "Neue Messe Friedrichshafen 2002" mit den Grundstücken und Bauten, dem Zubehör, den Einrichtungen und Geräten einschließlich der vom Vermieter von dritter Seite angemieteten Parkplätze für das Messegelände. Der zu entrichtende Mietzins wurde in der Folgezeit durch verschiedene Nachträge zum Mietvertrag mehrfach angepasst.
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei <u>Pachtverträge</u> vom 7./22. Dezember 2005 über die Parkplätze P 2 Ost und P 5. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2033 (P 2 Ost) bzw. vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2013 (P 5). Die Jahrespacht beträgt 37.706 € (P 2 Ost) bzw. 11.612 € (P 5). Für beide Pachtverhältnisse besteht eine Preisanpassungsklausel in Verbindung mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller Haushalte.
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei <u>Pachtverträge</u> vom 20. Dezember 2006 über die Parkplätze P 7 und Maierhöfle/Zirkusplatz. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2015 (P 7) bzw. vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2016 (Maierhöfle/Zirkusplatz).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 15. Dezember 2010 über die Parkplätze P Ost 2 und P West 2. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2008 bis zum 28.Februar 2033 (P Ost 2) bzw. vom 1. Juli 2008 bis zum 31. Dezember 2017 P West 2).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE besteht eine <u>Vereinbarung über die Bereitstellung von Ausgleichsflächen</u> vom 3. März 2008. Eine weitere Vereinbarung wurde am 14./21. Dezember 2010 getroffen.

#### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Im Jahr 2010 wurde die zweite Rate von 500.000 € an die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH ausgezahlt. Die Zahlung wurde komplett in die Kapitalrücklage eingestellt.

Weitere Zahlungen erfolgten nicht.

## 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Beschäftigt war im Geschäftsjahr ein Angestellter.

#### 10. Lagebericht

#### a) Allgemeines

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2010 wie in den Vorjahren mit der Verwaltung und Vermietung ihres Grundbesitzes und der Messeimmobilien beschäftigt. Die Mieterin, die Messe Friedrichshafen GmbH, hatte im Berichtszeitraum ein dem Messeturnus entsprechend sehr erfolgreiches Messejahr.

Die Messe Friedrichshafen GmbH hat im Geschäftsjahr 2010 eine Gesamtmiete inkl. Übernahme der Grundsteuer von 4.973 T €geleistet (davon 4.565 T € Miete sowie 408 T € Übernahme Grundsteuer 2010).

Für das Geschäftsjahr 2010 wird ein Fehlbetrag von 5.971 T € ausgewiesen.

#### b) Instandsetzungsarbeiten

Die gewöhnlichen laufenden Instandhaltungs- und Wartungsaufgaben wurden gemäß Mietvertrag von der Messe Friedrichshafen GmbH durchgeführt und bewegten sich im budgetierten Rahmen.

#### d) Beteiligung Landkreis Bodenseekreis

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 3. Dezember 2009 wurde der Landkreis Bodenseekreis als neuer Gesellschafter der Internationalen Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH aufgenommen. Die Restzahlung der Einlage ist im Jahr 2010 erfolgt.

Im Vorfeld des Beschlusses wurde bei Ernst & Young ein Wertfindungsgutachten in Auftrag gegeben, welches im Ergebnis auf der Basis von Prämissen und Planzahlen als Gegenwert für die vereinbarte Beteiligungssumme von 1 Mio. € eine Beteiligung am Gesellschaftsvermögen von 4,76 % und eine damit verbundene Stammeinlagenerhöhung um 150 T € als betriebswirtschaftlich sinnvoll erachtet.

In der Folge wurden im Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen und im Kreistag des Bodenseekreises die entsprechenden Beschlüsse gefasst und die Zustimmung des Regierungspräsidiums eingeholt.

Die gesellschaftsrechtliche Beteiligung des Landkreises Bodenseekreis ist trotz weiterhin eindeutigem Mehrheitsgesellschafter Stadt Friedrichshafen als wichtiges Signal für die Bedeutung der Messe auch über die Stadtgrenzen hinaus zu deuten.

#### e) Sicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung langfristiger Darlehen werden vereinzelt Swapgeschäfte abgeschlossen. Aufgrund des geringen Umfangs solcher Transaktionen sind spezielle Risikomanagementregelungen hierfür unseres Erachtens nicht erforderlich.

#### f) Schlussbemerkungen

Der Mietvertrag mit der Messe Friedrichshafen GmbH berücksichtigt die Aufrechterhaltung der Liquidität der Internationalen Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH wie auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Messe Friedrichshafen GmbH. Die gesamte Mietzahlung

reichte nicht aus, die laufenden Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen zu decken. Für die kommenden Geschäftsjahre wird aufgrund der vereinbarten, nicht kostendeckenden Miete mit Jahresfehlbeträgen gerechnet. Weiterhin werden entsprechend unserer Finanzplanung Mittelzuführungen in Form eines Liquiditätsdarlehens durch den Hauptgesellschafter erforderlich sein.

Friedrichshafen, 18. März 2011 Die Geschäftsführung

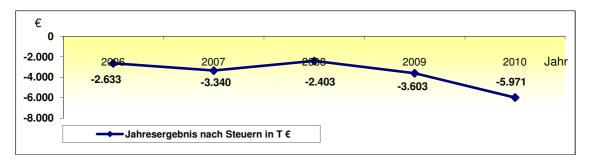
## 11. Abschlussprüfer

Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

#### 12. Kennzahlen

Kennzahlen	2010 in T €	2009 in T €	2008 in T €	2007 in T €	2006 in T €
Mieterträge	5.008	6.417	5.715	3.612	4.482
derivate Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken	3.765	4.276	4.442	4.689	3.034

## 13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2010

	Bilanz zum 31.12.2010		)	2009		
Ak	tiva	T€	%	T€	%	
Δ	Anlagevermögen					
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
	II. Cookenlager					
	<ul><li>II. Sachanlagen</li><li>1. Grundstücke und Bauten einschließlich der</li></ul>	112.471,9	94.9	117.757,3	94,3	
	Bauten auf fremden Grundstücken	, o	0 1,0		0 1,0	
	III. Einenzenlegen					
	III. Finanzanlagen	112.471,9	94.9	117.757,3	94,3	
			0 1,0		01,0	
B.	Umlaufvermögen					
	<u>I. Vorräte</u>					
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegen-					
	stände	٥٢. ٦	0.4	004.7	0.0	
	<ol> <li>Forderungen aus Lieferung und Leistung</li> <li>Forderung gegen verbunden Unternehmen</li> </ol>	95,5	0,1	381,7	0,3	
	3. Forderungen gegen Unternehmen, mit de-					
	nen ein Beteiligungsverhältnis besteht					
	4. Forderungen gegen Gesellschafter	2.2	0.0	40.0		
	5. Sonstige Vermögensgegenstände	6,9	0,0	10,6		
	III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.380,9	2,0	3.000,5	2,4	
		2.476,4	2,1	3.392,8	2,7	
	Dealers was a base and a second	0.500.0	0.0	0.740.0	0.0	
Ċ.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.529,9	3,0	3.719,2	3,0	
Bil	anzsumme	118.485,1	100,0	124.869,2	100,0	

Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2010

Bil	anz z	anz zum 31.12.2010		2010		
Pa	ssiva		<b>T</b> € %		T€	%
_	Figo	nkapital				
Α.	Lige I.	Gezeichnetes Kapital	3.150,0	2,7	3.000,0	2,4
	ii.	Rücklagen	69.720,3	58,8	68.870,3	55,2
	III.	Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0
	IV.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-22.689,2	-19,1	-19.082,9	-15,3
	٧.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5.971,1	-5,0	-3.606,3	-2,9
			44.210,0	37,3	49.181,1	39,4
В.		Durchführung der am 3. Dezember 2009 chlossenen Kapitalerhöhung geleistete agen	0,0	0,0	500,0	0,4
C.	Rücl	kstellungen				
	I.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtung	145,6	0,1	160,2	0,1
	II.	Steuerrückstellungen	0,0	0,0	1.136,0	0,9
	III.	Sonstige Rückstellungen	1.174,5	1,0		0,0
			1.320,1	1,1	1.296,2	1,0
<b>D</b>	Vorh	sindlichkeiten				
D.	l.	erhaltene Anzahlung		0,0		0,0
	II.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leis-	44,0	0,0	653,7	0,5
	III.	tung Verbindlichkeiten gegenüber verbunde-		0,0		0,0
	IV.	nen Unternehmen Verbindlichkeiten gegenüber Unterneh- men		0,0		0,0
	V.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,0		0,0
	VI.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	10.323,2	8,7	6.485,1	5,2
	VII.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	51.247,1	43,3	52.638,1	42,2
	VIII.	Sonstige Verbindlichkeiten	11.340,8	9,6	14.114,9	11,3
			72.955,0	61,6	73.891,9	59,2
E.	Recl	nnungsabgrenzungsposten		0,0		0,0
Bil	anzsı	umme	118.485,1	100,0	124.869,2	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	2010		2009	
	<b>3</b>	T€ %		7 €	%
		. •	,0		70
1.	Umsatzerlöse	5.008,4	98,4	6.417,1	98,4
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an	,	,	,	,
	unfertigen Leistungen				
3.	andere aktivierte Eigenleistungen		0,0		0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	82,7	1,6	107,2	1,6
5.	Gesamtleistung	5.091,1	100,0	6.524,3	100,0
6.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs-	0,0	0,0		0,0
	stoffe und für bezogene Waren				
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0		0,0
7.	Personalaufwand	110.0	4 7	110.0	4.0
	a) Löhne und Gehälter	119,9	1,7	119,6	1,6
	<ul><li>b) Soziale Abgaben</li><li>c) Aufwendungen für Altersvorsorge</li></ul>	11,8 8,8	0,2 0,1	12,7 30,3	0,2 0,4
8.	Abschreibungen auf Sachanlagen	5.942,8	81,8	5.266,3	72,5
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.179,9	16,2	995,0	13,7
10.	Gesamtaufwand	7.263,2		6.423,8	88,4
10.	desamaanvana	7.200,2	100,0	0.420,0	00,4
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-2.172,1		100,5	
		,		<b>,</b> -	
12.	Erträge aus Beteiligungen				
	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag				
	Erträge aus anderen Wertpapieren und Auslei-				
	hungen des Finanzanlagevermögens				
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26,2		40,3	
	Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme				
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.412,1		-3.430,7	
18.	Finanzergebnis	-3.385,9		-3.390,4	
10	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	_E EE0 1		_2 200 O	
19.	Eigebins der gewoninichen Geschaftstatigkeit	-5.558,1		-3.289,9	
20.	Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	-5,3			
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0			
	Sonstige Steuern	-407,8		-316,4	
	<u> </u>	, ,		,	
23.	Jahresfehlbetrag	-5.971,1		-3.606,3	
24.	Verlustvortrag	-22.689,2		-19.082,9	
	-				
	Bilanzverlust	-28.660,3		-22.689,2	

# Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH Geschäftsstelle Friedrichshafen: Leutholdstraße 30, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541 / 385 88-0 Fax: 07541 / 385 88-33

E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen

Niederlassung Überlingen: Heiligenbreite 34, 88662 Überlingen

Tel.: 07551 / 9471-937 Fax: 07551 / 9471-939

Gründungsdatum: 1. Januar 2006

Eintragungsdatum Handelsregister: 8. Dezember 2006

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 2. August 2006

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

#### Dazu gehören insbesondere:

# ⇒ Existenzgründungsberatung

d. h. die Beratung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und - umstellung sowie die Unterstützung und Koordination im Umgang mit Behörden und Ämtern

### ⇒ Beratung und Betreuung von klein- und mittelständischen Unternehmen

z. B. bei der Standortwahl sowie bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen usw. Ausgenommen sind Rechts-, Steuerrechts- und Finanzberatungen

# ⇒ Standortmarketing

d. h. die Erarbeitung und Umsetzung von Standort- und Regionalmarketingprojekten mit dem Ziel, den Bodenseekreis überregional als herausragenden Technologiestand- ort bekannt zu machen und dadurch Produktions- und Dienstleistungsunternehmen für eine Ansiedlung im Bodenseekreis zu interessieren und sie in Zusammenarbeit mit den Gesellschafterkommunen bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken, bei der vorbereitenden Planung und bei der Durchführung von Projekten zu beraten und zu unterstützen

# ⇒ Unterstützung von Außenwirtschaftsaktivitäten

d. h. die Mitwirkung beim Aufbau und der Pflege von Wirtschaftskontakten der Gesellschafter, der Gesellschafterkommunen und der angesiedelten Betriebe zu Unternehmen und Institutionen im Ausland

# ⇒ Technologietransfer

d. h. die Konzeption und Umsetzung von Förderungsmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die ansässigen Unternehmen z. B. durch Veranstaltungen zu den Themenbereichen Innovations- und Technologiepolitik, Tech-

- nologietransfer, Verkehrsinfrastruktur sowie Unternehmensgründung bzw. durch die Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen
- ⇒ Schaffung eines Netzwerkes von Gründer- und Technologiezentren im Bodenseekreis sowie das Management ausgewählter Zentren
- ⇒ Beratung der beteiligten Kommunen
  - d. h. die Beratung und Unterstützung der Gesellschafterkommunen bei ihren Planungen, insbesondere bezüglich der aktuellen Anforderungen an die wirtschaftliche Infrastruktur
- ⇒ Förderung weicher Standortvorteile; z. B. Ansprechpartner für Landschaftsparkprojekte
  - d. h. die Mitwirkung bei der Schaffung und Verbesserung weicher Standortfaktoren (Einrichtungen für Kinderbetreuung, Ausbildung, Freizeit und Versorgung)
- ⇒ Intensivierung und Ausbau von Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland
  insbesondere zur Schweiz und zu Österreich sowie zu den benachbarten Landkreisen
  Konstanz, Lindau, Ravensburg und Sigmaringen
- ⇒ Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Region gegenüber Institutionen
  - d. h. die Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Bodenseekreises gegenüber Bund, Land, Kammern und Verbänden sowie sonstigen von der Wirtschaftsförderung berührten Institutionen
- ⇒ Koordination, Projektentwicklung und –abwicklung von Fördermaßnahmen

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt.

	Stammkapital	Anteil
Städte/Gemeinden/Kreise		_
Stadt Friedrichshafen	20.650,00 €	21,50%
Landkreis Bodenseekreis	8.900,00 €	9,27%
Stadt Überlingen	7.150,00 €	7,44%
Stadt Tettnang	5.850,00 €	6,09%
Gemeinde Meckenbeuren	4.000,00 €	4,16%
Stadt Markdorf	3.950,00 €	4,11%
Gemeinde Salem	3.250,00 €	3,38%
Gemeinde Immenstaad	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Kressbronn	2.500,00 €	2,60%
Gemeinde Langenargen	2.200,00 €	2,29%
Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen	2.100,00 €	2,19%
Stadt Meersburg	1.700,00 €	1,77%
Gemeinde Eriskirch	1.200,00 €	1,25%
Gemiende Deggenhausertal	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Oberteuringen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Owingen	1.150,00 €	1,20%
Gemeinde Bermatingen	1.050,00 €	1,09%
Gemeinde Heiligenberg	900,00 €	0,94%
Gemeinde Herdwangen-Schönach	900,00 €	0,94%
Gemeinde Neukirch	800,00 €	0,83%
Gemeinde Frickingen	750,00 €	0,78%
Gemeinde Hagnau	400,00 €	0,42%
Gemeinde Daisendorf	400,00 €	0,42%
Gemeinde Stetten	250,00 €	0,26%

<u>Industrie</u>		
ZF Friedrichshafen AG	5.850,00 €	6,09%
ZEPPELIN GmbH	5.850,00 €	6,09%
Dornier GmbH	4.400,00 €	4,58%
MTU Friedrichshafen GmbH	1.450,00 €	1,51%
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.450,00 €	1,51%
Mittelstand		
Georg Fischer GmbH	1.450,00 €	1,51%
Messe Friedrichshafen GmbH	750,00 €	0,78%
	96.050,00 €	100,00%

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Benedikt Otte

<u>Aufsichtsrat</u>

Vorsitzender Lothar Wölfle: Landrat Bodenseekreis

stv. Vorsitzende Andreas Brand, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen

Sabine Becker, Oberbürgermeisterin der Stadt

Mitglieder Jürgen Beisswenger, Bürgermeister Gemeinde Immenstaad

Dr. Martin Brütsch, Bürgermeister Stadt Meersburg

Josef Dietenberger, ZF Konzern

Manfred Härle, Bürgermeister Gemeinde Salem

Hans-Peter Kaldenbach, Luftschiffbau Zeppelin GmbH

Hans-Peter Knoblauch, Vorstand der Sparkasse Salem-Heiligenberg

Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Stadt Friedrichshafen

Rolf Müller, Bürgermeister der Gemeinde Langenargen

Andreas Schmid, Bürgermeister der Gemeinde Meckenbeuren Hermann-Josef Schwarz, Vorstand der Volksbank Überlingen eG Knut Simon, Bürgermeister der Gemeinde Deggenhausertal

### Gesellschafterversammlung

Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis, davor Vakanz stellv. Vorsitzende Sabine Becker, Oberbürgermeisterin der Stadt Überlingen

Mitglieder Vertreter aller Gesellschafter

# 5. Öffentlicher Zweck

Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der WFB das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

### ⇒ Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung:

Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern

# ⇒ Unternehmensbetreuung:

Maßnahmen, die auf einzelne Betriebe (Beratung, Informationsbeschaffung und -weitergabe) wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmen (Veranstaltungen, Publikationen, Veröffentlichungen) ausgerichtet sind

# ⇒ Kommunal- und Kreisberatung:

Beratung der Kommunen sowie des Landkreises und deren/dessen Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u. a. Wirtschaft- und

Gewerbeflächenentwicklung, Infrastrukturaufbau, Betrieb eines Immobilienportals im Internet)

# ⇒ Karriereberatung:

Betrieb einer Stellbörse im Internet sowie die Durchführung von Veranstaltungen, bei denen potentielle Arbeitskräfte Unternehmen und vakante Stellen bzw. Ausbildungsplätze kennen lernen können.

# ⇒ Regionales und überregionales Standortmarketing:

Durchführung von Maßnahmen, die das Profil und die Attraktivität des Wirkungskreises außerhalb seiner Grenzen bekannt machen.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

frieks GmbH (Einlage: 7.250 €, Anteil: 29 %).

# 7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Kooperationsvereinbarung Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben vom 16. März 2000
- ⇒ Dienstleistungsvertrag "Geschäftsbesorgung frieks GmbH" vom 1. Februar 2002
- ⇒ Gesellschaftsvertrag frieks GmbH vom 30.09.1999, zuletzt geändert am 18.03.2005
- ⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Leutholdstraße 30, Friedrichshafen vom 12. August 2002
- ⇒ Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2006
- ⇒ Finanzierungserklärung für die Jahre 2007 2009 Filmförderung Bodensee-Oberschwaben, Film Commission Bodensee-Oberschwaben vom 21. Dezember 2006, verlängert bis zum Jahr 2011 am 10.02.2009
- ⇒ Kooperationsvereinbarung Regionale Internet-Suchmaschine www.karriere-imsueden.de bis 2011

### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis gewährte der WFB im Jahr 2010 einen Gesellschafterzuschuss von 48.858 €.

### 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 7,5 Mitarbeiter (8 Personen) bei der Gesellschaft beschäftigt.

### 10. Lagebericht

# a) Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf

Die WFB ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

- ⇒ Gründerberatung
- ⇒ Unternehmensbetreuung/Bestandspflege
- ⇒ Kommunal- und Kreisbetreuung
- ⇒ Karriereservice
- ⇒ Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Bodenseekreis sowie 7 Unternehmen aus der Großindustrie und dem Mittelstand. Zwei Sparkassen sowie zwei Volksbanken sind zudem Konsortialpartner.

Die WFB beschäftigt in Summe 8 Personen (=7,5 Stellen).

Im Rahmen der inhaltlichen Arbeit wurden die Besuche bei einer Vielzahl von Institutionen, Unternehmen, Gremien, Vereinen, Auftragnehmern und Kooperationspartnern fortgesetzt sowie in einzelnen Fällen Wiederholungsbesuche absolviert. Dadurch konnte der weitere Aufbau und die Festigung des Beziehungsnetzwerkes der WFB vorangetrieben werden. Zudem wurde ein regelmäßiger Kontakt zu den Gesellschaftern und Konsortialpartnern gepflegt.

Die Standortveranstaltungen der WFB, wie z.B. das "Business Breakfast Bodensee", das "Forum Fit für die Selbständigkeit" und den "Blick hinter die Kulissen" haben mehr als 770 Teilnehmer besucht. Mehr als 250 Teilnehmer nahmen an der Schüleraktion 'Wissen was geht' teil.

Auf den Seiten der Homepage der WFB findet sich ein breit gefächertes Angebot an Informationen, z. B. sämtliche Presseveröffentlichungen, Übersichten über Kindergartenplätze, Restaurants mit fremdsprachiger Speisekarte, Gemeindeprofile, Wirtschaftskalender usw. Mehr als 60.000 Besucher und mehr als 330.000 Seitenaufrufe zeugen von einem regen Interesse an dem Internetangebot der WFB.

Ziel der zahlreichen Messeauftritten der WFB ist es, Standortmarketing für den Bodenseekreis zu betreiben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden dreizehn Messen besucht, darunter acht Hochschulmessen. Die WFB war so auf rund 30 Messetagen für den Bodenseekreis aktiv.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Rahmen der Jungunternehmer- und Existenzgründungsberatung sowie der Bestandspflege mehr als 250 Beratungsgespräche und Unternehmensbesuche durch die WFB GmbH durchgeführt.

Seit über einem Jahr ist das Gewerbeimmobilienportal www.immoport-bodenseekreis.net online. Es weist eine erfreuliche Entwicklung auf. Dazu tragen die Alleinstellungsmerkmale des Portals bei, zum Beispiel die See umspannende und grenzüberschreitende Verfügbarkeit von Gewerbeimmobilien ausschließlich aus der Bodenseeregion, die mögliche Einbindung in die kommunale Internetauftritte, die Verifizierung durch die kommunalen Wirtschaftsförderer sowie die angebotenen Standortprofile.

Ein weiteres großes Projekt heißt "Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee". Das von 14 Partnern rund um den See getragene Projekt ist bis zum Jahr 2014 finanziert und wird durch das Programm Interreg IV der europäischen Union gefördert. Mittelfristiges Ziel ist neben der Schaffung einer Marke die Schaffung einer Internetplattform, die als "Eingangstor" zur Bodeneeregion dienen soll.

Im abgelaufenen Jahr wurde das Projekt "bodenseeAirea" initiiert, um dem zunehmenden Standortwettbewerb Rechnung zu tragen und um den Bodenseekreis als innovative Region mit dem Alleinstellungsmerkmal Luft- und Raumfahrt besser zu vermarkten. Die WFB hat mit dem Konzept einer Standortmarketingstrategie zum Aufbau einer Clusterinitiative Luft- und Raumfahrt erfolgreich am Clusterwettbewerb des Landes Baden-Württemberg teilgenommen. Am 6. Dezember 2010 wurde die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg verliehen. Der Maßnahmenkatalog sieht für

2011 eine Auftaktveranstaltung der Clusterinitiative sowie Arbeitssitzungen für die Mitgliedsunternehmen vor.

"Creativ Industries" ist ein weiteres Projekt der WFB in Zusammenarbeit mit Projektpartnern aus Deutschland und Österreich. Im Rahmen einer von der Universität St. Gallen durchzuführenden Studie soll das Potenzial der Kreativwirtschaft im Bodenseekreis festgestellt werden. Im 2. Quartal 2011 werden die Studien- und Umfrageergebnisse sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen vorliegen.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2010 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigen den durch die Satzung vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung.

Wesentliche Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht getätigt.

# b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050 € ist voll eingezahlt.

Die Bilanzsumme blieb im Vergleich zum Vorjahr weitgehend unverändert. Durch die Gewährung von Fördermitteln für die Anschaffung der Internetplattform www.immoportalbodensee.net und die damit verbundenen Kürzungen der Anschaffungskosten in Verbindung mit den planmäßigen Abschreibungen verringerte sich das Anlagevermögen im Vergleich zum Vorjahr um 24 T €.

Die Erhöhung des Umlaufvermögens um 23 T € im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den Erhöhung der Bankguthaben.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen um 5 T €, während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen um 6 T €verringerten.

Die Rentabilität des Eigenkapitals beträgt aufgrund des ausgeglichenen Ergebnisses 0 %.

Die Liquidität ersten Grades beträgt 133,52 % (Vj. 116,04 %), die Liquidität zweiten Grades 150,92 % (Vj. 136,63 %)

Das working capital beträgt 85 T € (Vj. 61 T €).

Aufgrund der Struktur der Gesellschaft wird von weiteren Aussagen zur Bilanzstruktur abgesehen.

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel. Zahlungsstromschwankungen, die durch die zeitverzögerte Auszahlung von Drittmitteln entstehen, kann die Gesellschaft aufgrund der vorhandenen Liquidität jederzeit ausgleichen.

Ziel des Finanzmanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement und Projektcontrolling sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von 51 T € wurden nicht in Anspruch genommen.

# **Ertragslage**

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 0 € aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse in Höhe von

0,6 T € (Vj. 20 T €) neutralisiert, die als Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern erfasst wurden.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt 26 T €, weil im Geschäftsjahr 2010 mehr Messebesuche durchgeführt wurden. Unter anderem wurde ein Gemeinschaftsstand auf der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung in Berlin organisiert. Zudem wurde mit der Vermarktung des Immobilienportals begonnen.

Die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner sowie die Erträge aus Drittmitteln werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden europäische Fördermittel für das Projekt "Karriere im Süden" in Höhe von 10,5 T € genehmigt, welche ebenfalls bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen sind. Der Zahlungseingang erfolgt im Januar 2011. Der Anstieg der Erträge aus Drittmitteln um 50 T € begründet sich in der zeitverzögerten Genehmigung und Auszahlung europäischer Fördermitteln.

Während die Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner jedes Jahr gleichbleibend sind, ist die Höhe der akquirierten Drittmittel von entsprechenden geförderten Projekten abhängig und somit nicht nachhaltig. Die Gesellschaft ist jedoch bestrebt, die Einnahmesituation aus Drittmitteln zu verstetigen.

Eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 5 T € war wegen Insolvenz eines Kunden zu bilden.

Die Personalaufwendungen blieben im Vergleich zum Vorjahr mit 407 T € konstant. Bei den Neubesetzungen von Vakanzen wurde auf eine für das Unternehmen positive Entwicklung geachtet.

Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Abschreibungen mit 22 T € im Wesentlichen konstant.

Durch die weiter verstärkte Geschäftstätigkeit der WFB erhöhten sich die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten um 61 T € gegenüber dem Vorjahr. Begründet ist dies zum einen durch erhöhte Aufwendungen im Zusammenhang mit dem erstmaligen Besuch der ILA-Messe in Berlin. Zum anderen wurde die Teilnahme am Clusterwettbewerb des Landes Baden-Württemberg finanziert sowie eine Studie über Kreativwirtschaft im Bodenseekreis vorfinanziert. In den anderen Kostenbereichen konnten Kostensteigerungen weitgehend durch Kosteneinsparungen neutralisiert werden, so dass die Summe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 58 T € gestiegen ist.

Das Finanzergebnis ging aufgrund der Zinsentwicklung um 2 T € gegenüber dem Vorjahr zurück und beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen. Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z.B. Beratungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

### c) Voraussichtliche Entwicklung

Das Jahr 2010 war von einer beeindruckenden Erholung der Wirtschaft geprägt. Aus Sicht der WFB GmbH wird sich die Erholung mittelfristig in abgeschwächter Form fortsetzen. Negativ könnte sich eine erneute Schieflage des Weltfinanzsystems auswirken. Die Einnahmesituation der Kommunen wird sich in den kommenden Jahren auf einem etwas niedrigeren Niveau als vor der Krise stabilisieren. Wirtschaftsförderung wird auch zukünftig ein wichtiges Betätigungsfeld der Kommunen sein, insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel und den Wettbewerb der Standorte.

Die Anstrengungen der WFB werden sich wie im Vorjahr auch im Jahr 2011 unter anderem darauf richten, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und

mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen. Die Maßnahmen werden soweit kostenneutral durchgeführt.

Außerdem wird die WFB das Cluster-Projekt "bodensee Airea" weiter vorantreiben, da der Bodenseekreis mit dem Bereich Luft- und Raumfahrt ein Alleinstellungsmerkmal in der Region besitzt. Sofern der Förderantrag für EFRE-Mittel für dieses Projekt genehmigt wird, werden die Drittmittel in den Jahren 2012 und 2013 signifikant steigen. Bei der Immobilienund Standortmesse Expo-Real im Oktober 2011 in München wird die WFB wieder zusammen mit benachbarten Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Bodenseeregion präsentieren. Besonderes Augenmerk wird zudem auf die Vermarktung des neuen Immobilienportals über die Grenzen des Landkreises hinaus gelegt.

Das Ziel, die WFB zu einem überregional anerkannten Ansprechpartner für wirtschaftliche Belange im Bodenseekreis zu entwickeln, um auch so die ihr zugewiesenen Aufgaben vollumfänglich abzudecken, wird weiterhin forciert.

Das am Bedarf orientierte Standardprogramm der WFB wird fortgeführt bzw. soweit erforderlich angepasst.

Ergebnis einer im Jahr 2010 durchgeführten Betriebsprüfung ist die Aberkennung der vollumfänglichen Vorsteuerabzugsberechtigung ab dem Geschäftsjahr 2011. Um dennoch weiterhin Wirtschaftsförderung für den Landkreis im gewohnten Umfang betreiben zu können, wird die daraus resultierende Liquiditäts- und Ergebnisbelastung mittelfristig zu negativen Jahresergebnissen führen, die durch nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse der Vorjahre ausgeglichen werden. Dadurch wird in den nächsten Jahren bei moderat steigenden Kosten mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet. Aus heutiger Sicht könnten die liquiden Mittel mit Ablauf des Geschäftsjahres 2014 auf ein Niveau absinken, das aus unternehmerischer Sicht nicht unterschritten werden sollte. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wurde darüber berichtet mit dem Hinweis, dass eine Erhöhung der Zuschüsse der Gesellschafter notwendig werden könnte.

Aus den dargestellten Gründen erwartet die WFB GmbH keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft. Die institutionelle Situation wird als stabil beurteilt.

Größere Investitionen in den Jahren 2011 und 2012 stehen aus heutiger Sicht nicht an. Außerplanmäßige finanzielle Belastungen oder notwendige Vorfinanzierungen von neuen Projekten können jederzeit getragen werden.

Aus heutiger Sicht sind keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind nicht bekannt.

Friedrichshafen, 31.03.2011 Benedikt Otte, Geschäftsführer

#### 11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

# 12. Leistungskennzahlen

Leistungskenndaten	2010	2009	Veränderung gegenüber Vorjahr
Geschäftsbereich			•
Existenz und Jungunternehmerberatung			
Individualberatungen	175	132	32,58%
Veranstaltungen	13	14	-7,14%
Kooperationsberatungen Kompetenzzentrum Existenzgründung	150	125	20,00%
Kooperationsberatungen mit Verein CompaS	0	23	-100,00%
Mittelstandsberatung			
Unternehmensberatungen	115	69	66,67%
Veranstaltungen	8	7	14,29%
Projekte	2	2	0,00%
Kommunalberatung Unterstützung bei der Vermarktung von Gewerbeflächen *	147	130	13,08%
Onterstutzung bei der Vermarktung von Gewerbenachen	147	130	13,00 /6
Multimediaprojekte			
Homepage und Karriereportal im Internet Immoportal	3	3	0,00%
Standort- und Regionalmarketing			
Messeteilnahmen	14	11	27,27%
Sonstige Marketingaktivitäten	18	13	38,46%
Projekte	13	11	18,18%
Sonderprojekte			
Projekte	5	4	25,00%

# Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2010

Bil	lanz zum 31.12.2010	201	0	200	9	200	8
Ak	tiva	T€	%	T€	%	T€	%
Α.	Anlagevermögen						
	<ul><li>I. Immaterielle Vermögensgeg stände</li><li>II. Sachanlagen</li></ul>	gen- 8,9	3,2	24,9	8,9	14,2	5,3
	<ol> <li>Anlagen und Maschinen</li> <li>Betriebs- und Geschäfts stattung</li> </ol>		8,2	30,5	10,8	35,0	13,1
	III. Finanzanlagen	8,0	2,9	8,0	2,8	7,3	2,7
		39,9	14,2	63,4	22,5	56,5	21,2
В.	Umlaufvermögen						
	I. Vorräte						
	<ul><li>II. Forderungen und sonstige \ mögensgegenstände  1. Forderungen aus Lieferungen aus L</li></ul>		2,0	19,8	7,0	2,6	1,0
	und Leistungen  2. Forderungen gegen Unter nehmen, mit denen ein		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Beteiligungsverhältnis be 3. Sonstige Vermögensgeg stände		7,7	12,5	4,4	13,3	5,0
		27,2	9,7	32,3	11,5	15,9	6,0
	III. Wertpapiere, Kassenbestan Guthaben bei Kreditinstitute		74,2	181,8	64,6	190,1	71,4
		235,6	83,9	214,1	76,1	206,0	77,4
C.	Rechnungsabgrenzungsposte 1. Disagio	en					
	Sonstige Rechnungsabg zungsposten	ren- 5,2	1,9	3,8	1,3	3,8	1,4
	Zurigopooteri	5,2	1,9	3,8	1,3	3,8	1,4
Bil	lanzsumme	280,7	100,0	281,3	100,0	266,3	100,0

# Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2010

Bil	anz	zum 31.12.2010	201	0	200	9	200	8
Pa	ssiv	a	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Eig	enkapital						
	I.	Gezeichnetes Kapital	96,1	34,2	96,1	34,1	96,1	36,1
	II.	Kapitalrücklage						
		Gewinnrücklagen	00.0	10.0	00.0	10.0	00.0	10.7
	ΙV. V.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	28,6	10,2	28,6	10,2	28,6	10,7
	٧.	Janiesuberschuss/Janiesienbetrag	124,7	44,4	124,6	44,3	124,6	46,8
			124,7	77,7	124,0	44,0	124,0	40,0
В.	So	nderposten mit Rücklageanteil						
C.	Em	pfangene Ertragszuschüsse						
D.	Rü	ckstellungen						
	1.	Steuerrückstellungen	0,3	0,1	0,5	0,2	0,3	0,1
	2.	Sonstige Rückstellungen	36,2	•	31,4	11,1	46,0	17,3
			36,5	13,0	31,8	11,3	46,3	17,4
E.	Vei	rbindlichkeiten						
	1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17,2	6,1	23,3	8,3	12,9	4,9
	2.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	94,3	33,6	93,7	33,3	73,1	27,5
	3.	Sonstige Verbindlichkeiten davon Steuern 7,0 T € (Vj. 6,9 T €)	6,8	2,4	7,9	2,8	9,4	3,5
	4.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Betei- ligungsverhältnis besteht	1,2	0,4				
			119,5	42,6	124,9	44,4	95,4	35,8
F.	Re	chnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bil	anz	summe	280,7	100,0	281,3	100,0	266,3	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	2010		2009		20	80
		T€	%	T€	%	T€	%
1.	Umsatzerlöse	55,6	7,3	29,3	4,3	15,5	2,4
2.	Erhöhung oder Verminderung des Be-						
0	stands an unfertigen Leistungen						
3. 4.	andere aktivierte Eigenleistungen Sonstige betriebliche Erträge	708,9	02.7	653,7	05.7	641.0	07.6
5.	Gesamtleistung	<b>764.5</b>	92,7		95,7 100,0		97,6 100,0
J.	desamileistung	704,5	100,0	003,0	100,0	030,3	100,0
6.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Be-						
	triebsstoffe und für bezogene Waren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leistun-						
	gen						
7.	Personalaufwand	0.40.0	447	0.40.4	<b>50.0</b>	0040	40.7
	a) Löhne und Gehälter	342,8	44,7	343,1	-	324,0	48,7
0	b) Soziale Abgaben	64,2	8,4	64,1	9,3		8,6
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	22,2	2,9	20,9	3,0	17,1	2,6
	und Sachanlagen						
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	337,5	44,0	258,4	37,6	266,6	40,1
		766,7	100,0	686,4	100,0	665,0	100,0
	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-2,2		-3,5		-8,5	
	Erträge aus Beteiligungen						
	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,7		4,7		9,5	
	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf	ŕ				•	
	Wertpapiere des Umlaufvermögens						
16.	Aufwendungen/Erträge aus Verlustüber-						
17	nahme Aufwendungen aus Gewinnabführung						
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
	Finanzergebnis	2,7		4,7		9,5	
	g .	,		,		-,-	
20.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstä-	0,5		1,2		1,0	
01	tigkeit Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		-0,7		-0,6	
	Sonstige Steuern	-0,5		-0,6		-0,4	
	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	0,0		0,0		0,0	
	Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	0,0		28,6		28,6	
Bila	nzgewinn/Bilanzverlust (-)	0,0		28,6		28,6	

### **Internationale Bodensee Tourismus GmbH**

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Internationale Bodensee Tourismus GmbH

Geschäftsstelle Friedrichshafen: Hafenstraße 6, 78462 Konstanz

Tel.: 07531 / 9094-90 Fax: 07531 / 9094-94 E-Mail: info@bodensee.de Homepage: www.bodensee.eu

Gründungsdatum: 1. Januar 1998

Eintragungsdatum Handelsregister:17. Februar 1998

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 6. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

# 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 431.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	141.500	32,87%
Landkreis Konstanz	99.000	23,01%
Vorarlberg Tourismus GmbH	42.500	9,86%
Internationaler Bodensee Verkehrsverein e.V.	35.500	8,22%
Oberschwaben Tourismus GmbH	35.500	8,22%
Landkreis Lindau	28.500	6,60%
Thurgau Tourismus	18.500	4,27%
St. Gallen-Bodensee Tourismus	17.000	3,94%
Fürstentum Lichtenstein	7.000	1,64%
Schaffhausen Tourismus	6.000	1,31%
Gesamt	431.000	100,00%

# 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Daniela Pahl-Humbert

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Ulrich Müller, Minister a.D.

Stv. Vorsitzender Mag. Christian Schützinger, Direktor

Dr. Christoph Tobler, Präsident

Aufsichtsräte Gräfin Bettina Bernadotte, Geschäftsführerin

Peter Brecht, Kreisverwaltungsrat

Prof. Wolfgang Fuchs, Studiengangsleiter Norbert Henneberger, Geschäftsführer Dipl. Ing. Thomas Kinz, Vorstand Florian Rossknecht, Hotelier

Prof. Roland Scherer, Vizedirektor

# 5. Öffentlicher Zweck

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Bodensee-Radweg Service GmbH (Einlage: 1.250 €, Anteil 5 %)

### 7. Wesentliche Verträge

keine

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Gesellschafterversammlung wurde vorgeschlagen, den Bilanzverlust, der sich aus dem Verlustvortrag und dem Jahresüberschuss zusammensetzt, auf das nächste Geschäftsjahr vorzutragen.

### 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Berichtsjahr waren acht Vollzeitmitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

# 10. Lagebericht

### a) Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft 2010

Die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) hat 2010 neben den laufenden Tätigkeiten im operativen Geschäft mit dem Ziel der Förderung des Tourismus in der internationalen Bodenseeregion gemäß Gesellschaftsauftrag mit hoher Priorität das Projekt "Positionierung Bodensee" gesteuert. Aus dem Projekt soll die weitere Ausrichtung, Gesellschafterstruktur, Finanzierung und Aufgabenwahrnehmung für die Gesellschafter für die Organisation abgeleitet werden. Die Grundlage für das operative Geschäft bildet dabei in 2010 weiterhin der Marketingplan. Wie in den Jahren der Sanierung und Konsolidierung sowie der ersten Anpassung der Gesellschafterstruktur war die Gesellschaft dabei auch in 2010 zu einer hohen Effizienz bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gezwungen.

Schon im letzten Lagebericht wurde festgehalten, dass dieser Level nicht weiter vorausgesetzt werden kann, der Konsens über die Aufgaben zu überprüfen und über Leistungsvereinbarungen mit den dazu erforderlichen Kapazitäten neu zu vereinbaren ist. Dies wurde als folgerichtig noch ausstehender Schritt nach der strukturellen Neuaufstellung konstatiert. In 2010, und auch in 2011, bringt die Tatsache, dass die Grundlagen für diese notwendigen klaren Aufträge in Leistungsvereinbarungen jedoch weiter zu einer zusätzlichen Beanspruchung der unverändert vorhandenen personellen Ressourcen. Eine Verbesserung nach Umsetzung der Ableitungen aus dem Projekt für die Organisation ist nach Projektplanung in 2011 für 2012 durch die Gesellschafter Pflicht.

In der Bilanz 2010 wird ein Jahresüberschuss von 3.384,98 € ausgewiesen. Der Verlustvortrag ist damit im sechsten Jahr in Folge nach den Sanierungsjahren durch das Stammkapital gedeckt.

Es bestanden keine Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gewährleistet. Im Zusammenhang mit der Vorfinanzierung von Projekten im Rahmen von Förderprojekten, wie durch Interreg, war dies in der Vergangenheit oft nur sehr knapp möglich. Darauf wurde bereits in den letzten Lageberichten hingewiesen. Im Hinblick auf das o. g. Projekt wurde nach entsprechenden Beschlüssen der Organe im August 2009 ein Kontokorrentkredit über 150.000 € für die Laufzeit des Projekts bei der Volksbank verhandelt. Dieser musste im Jahre 2010 nicht in Anspruch genommen werden.

Seit Strukturanpassung zum 01.01.2007 bemisst sich die Höhe des Zuschusses aus dem kommunalen Bereich für die Gesellschafter gleichermaßen an den Nettoumsatz angelehntes, geschätztes kommunalen Steueraufkommen aus dem Tourismus. Der Gesellschafter IBV e.V. bündelt die Leistungsträger.

Der Umfang der jährlichen Zuschüsse liegt seit 2007 nur knapp über den bisherigen Zuschüssen, die zuvor durch die Regel-Mitgliedsbeiträge der Gesellschaftervereine an die GmbH gegeben wurden. Sonderumlagen zur Aufrechterhaltung von laufenden Aufgaben der Marketinggesellschaft sind damit obsolet. Es ist jedoch unstrittig, dass um über die, vorrangig im Bereich Kommunikation ausgeführten Maßnahmen gemäß Marketingplan, hinaus, strategische Weiterentwicklungen oder Marketingkampagnen/-maßnahmen planen und umsetzen zu können, zusätzliche Mittel erforderlich sind. Bestimmte Marketingmaßnahmen werden über Umlagen bzw. sog. "Poolfinanzierungen" refinanziert, wie das Beispiel des "Messe- und Promotionpool" zeigt, oder über Projektfördermittel -wie Interreg - ermöglicht. Zudem zeigt sich aus den Erkenntnissen des genannten Projekts zur Positionierung, dass künftig eine größere Transparenz zwischen den Maßnahmen für das Schwerpunktgebiet des Nordufers des Bodensees sowie denjenigen Maßnahmen, die für die grenzüberschreitend von allen zusätzlich gemeinsam gewollten Aufträge an die Gesellschaft herzustellen ist.

Im Jahr 2010 wurden die Zuschüsse der Gesellschafter um drei % erhöht, um eine Preisindexierung zu berücksichtigen.

Die Dienstleistungen, wie Informations- und Prospektversand und die telefonische Anfragenbearbeitung gehörten neben den Kommunikationsleistungen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso weiter zum Leistungsumfang wie die Durchführung der BodenseeErlebniskarte. Die BodenseeErlebniskarte wurde nach Preiserhöhungen in 2006 und 2007 auch 2010 nicht im Preis angehoben. In Verbindung mit der weiterhin sehr guten Entwicklung bei den Ankunfts- und Übernachtungszahlen am Bodensee konnte die Anzahl der verkauften Karten im Jahr 2010 erneut gesteigert werden.

Für eine Weiterentwicklung der BodenseeErlebniskarte kann im Rahmen des Projekts "Positionierung Bodensee" eine entsprechende Ausrichtung abgeleitet werden, deren Umsetzung frühestens nach Abschluss des Projekts angegangen werden kann. Das aktuelle Modell ist derzeit stabil etabliert.

Die Buchungsplattform in Form einer Meta-Suche auf der Grundlage der unterschiedlichen Buchungssysteme der Partner vor Ort ermöglicht weiterhin Gast den Zugriff aus einer Hand auf die Unterkunfts- und Buchungsmöglichkeiten rund um den See.

Das Potenzial für den weiteren Ausbau des Internetauftritts ist weiterhin beträchtlich, insbesondere auch im Hinblick auf die Herausforderungen durch Web 2.0. Die Ressourcen lassen für diesen Bereich nicht die optimale Umsetzungsgeschwindigkeit zu. In 2010 wurde mit der Umsetzung des Konzepts zur Weiterentwicklung des Internetauftritts auf der Grundlage der Ergebnisse aus Arbeitskreisen und Marketingbeirat begonnen. In Workshops mit den

Bodenseetouristikern wurde regelmäßig begleitend die Umsetzung abgestimmt und das weitere Vorgehen weiterentwickelt.

Die Dienstleistung "Call-Center" wird seit 2006 nicht mehr in Anspruch genommen. Die entsprechende Telefonanlage, an die die IBT seit März 2003 vertraglich gebunden war, konnte durch eine günstigere Lösung abgelöst werden. Es werden rd. 20.000 telefonische Anfragen pro Jahr bearbeitet. Darin sind die allgemeinen Geschäftstelefonate nicht enthalten.

Die Zahl der Beschäftigten blieb unverändert. Im April des Jahres wurde die vakant gewordene Stelle für die Umsetzung im Bereich Messen und Veranstaltungen wieder besetzt.

Die Zahl der zwei Firmenfahrzeuge blieb unverändert.

Der Sitz der Firmenräume blieb nach dem Umzug im Jahr 2004 unverändert. Am bisherigen Standort wurden in 2008 zwei weitere Räume angemietet.

Auch auf der Basis der prozentualen Erhöhung des Gesellschafterzuschusses um drei Prozent zur Anpassung an Preissteigerungen sowie zur Gewährleistung von strategischen Weiterentwicklungen ist eine positive Fortführungsprognose in das Jahr 2011 zu stellen.

# b) Risiken der zukünftigen Entwicklung

Als Verlustvortrag sind in das Jahr 2010 321 T € zu übertragen. Es besteht keine Überschuldungsgefahr. Die Bilanz weist keinen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag auf.

Es bestehen keine Darlehen. Ein Kontokorrentkredit zur Absicherung der Liquidität des Interreg-Projekts zur "Positionierung der Tourismusregion Bodensee" wurde nicht in Anspruch genommen.

Das seit Ende 2009 laufende Projekt "Positionierung Bodensee" erarbeitet unter der Projektleitung der IBT-Geschäftsführung mit den Hochschulen und den Touristikern als Projektpartner rund um den internationalen Bodensee die Grundlagen für ausstehende, dringend notwendige Aufstellung der Organisation IBT im Destinationsmanagement. Und zwar in der Form, dass diese neu aufzustellende IBT den tatsächlichen Rahmenbedingungen der Größe, Heterogenität und Internationalität Rechnung trägt. Bei der Gründung der IBT GmbH waren diese nicht berücksichtigt und darüber hinaus der Auftrag an die Gesellschaft nicht ausreichend klar formuliert worden. Dies war in den letzten Jahren in Verbindung mit der schwachen Finanzausstattung der Gesellschaft wiederholt als "Geburtsfehler" der IBT bezeichnet worden. Zunächst musste jedoch die Sanierung und Konsolidierung der Gesellschaft in den Jahren 2003 bis 2006 erfolgen. Eine erste strukturelle Anpassung erfolgte dann in 2007, durch die Änderung der Gesellschafterkonstellation dahingehend, dass fortan wenige Gesellschafter die Vielzahl an Kommunen und Leistungsträger bündeln. Auf dieser wieder stabilen Grundlage konnten im Sinne eines fortlaufenden Change Managements die Versäumnisse umfassend analysiert und die gezielte Ausrichtung für die Gesellschaft angestoßen werden. Hierzu wurde das Projekt "Positionierung Bodensee" konzipiert, das neben Antworten für die Organisationsstruktur in einer multinationalen Destination auf der Grundlage einer Ist-Analyse auch die strategische Positionierung der Tourismusregion, Themen und Geschäftsfeldern, und die Markenbildung beinhaltet. Nachdem die Bewilligung des Projekts durch Gesellschafterversammlung und die Fördergeldgeber Interreg Ende 2009 endlich erfolgte, zeichnen sich nun die notwendigen Veränderungen für die Gesellschaft ab. Der lange Zeitraum bis zum Projektstart verstärkt nun die Erwartungshaltung an die Ableitungen der Projektergebnisse für die Organisationsweiterentwicklung, auch in zeitlicher Hinsicht. Der Druck trifft auf die Mitarbeiter der Gesellschaft bzw. deren Tätigkeit, die sich unter dem gewahr gewordenen unklaren Auftrag in jeder Maßnahme der Unzufriedenheit mindestens eines Gesellschafters bzw. von Stakeholdern aus dessen Einzugsgebiet ausgesetzt sehen. Durch die geschilderte Situation bei den personellen Ressourcen, besteht das Risiko, dass

die Potenziale nicht genutzt werden können. Verlust von Motivation und letztlich von Know How ist zu befürchten. Zudem gibt die instabile Situation Nährboden für Spekulationen aller Art, die auch in eine erneute Schädigung des Firmenimages münden können.

# c) Chancen der zukünftigen Entwicklung

Mit der konsequenten Umsetzung der Ergebnisse aus dem Projekt "Positionierung Bodensee" zur Organisationsstruktur bei der Weiterentwicklung der IBT GmbH im Hinblick auf Gesellschaftsstruktur, Mitbestimmung, Auftrag und Ausstattung bestehen in 2011 mit Wirkung ab 2012 erstmalig seit Gründung der Gesellschaft wirklich gute Entwicklungschancen.

Die Gesellschaft hat die Chance ihre Ausrichtung zu redefinieren und eine entsprechende Ressourcenanpassung begründet vorzunehmen, um sich in der besonderen, nahezu einmaligen Konstellation einer multinationalen Destination Bodensee für die Zukunft erfolgreich aufzustellen.

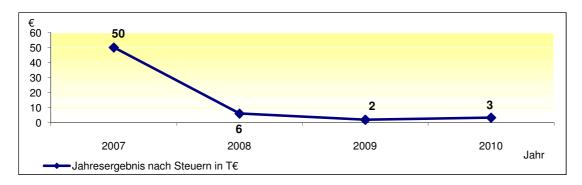
Hiermit wird im Sinne des § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB versichert, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft im Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB beschrieben sind.

Konstanz, den 06.05.2011 Daniela Pahl-Humbert, Geschäftsführerin

### 11. Abschlussprüfer

Walter Pilz, Wirtschafsprüfer, Konstanz

# 12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



# Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2010

	anz tiva	zum 31.12.2010	20 T €	%	20 T €	09 %	20 T €	08
AK	liva		Ι€	%	ı€	%	Ιŧ	%
A.	<b>A</b> n <u>l.</u>	lagevermögen Immaterielle Vermögensgegenstände	1,1	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
	<u>II.</u>	<ul> <li>Sachanlagen</li> <li>1. Anlagen und Maschinen</li> <li>2. Betriebs- und Geschäftsausstattung</li> <li>3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</li> </ul>	44,2	14,8	38,6	14,6	37,8	13,8
	<u>III.</u>	<u>Finanzanlagen</u> 1. Beteiligungen	1,3 <b>46,5</b>	0,4 15,5	1,3 <b>39,9</b>	0,5 15,1	1,3 <b>39,1</b>	0,5 14,3
В.	<b>U</b> m <u>l.</u>	nlaufvermögen <u>Vorräte</u> 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 2. Unfertige Leistungen 3. Geleistete Anzahlungen	3,8 23,4 29,4	7,8	16,6	6,3		
	<u>II.</u>	<ul> <li>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</li> <li>1. Forderungen aus Lieferung und Leistung</li> <li>2. Forderung gegen verbunden Unternehmen</li> <li>3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</li> <li>4. Forderungen gegen Gesellschafter</li> </ul>	46,9	15,7	3,8	1,4	7,4	2,7
		Sonstige Vermögensgegenstände	15,8	5,3	15,8	6,0	11,3	4,1
	<u>III.</u>	Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	119,4	39,9	146,8	55,4	165,9	60,6
			238,8	79,8	217,2	82,0	228,7	83,5
C.	I.	<b>chnungsabgrenzungsposten</b> Disagio Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	13,8	4,6	7,9	3,0	6,1	2,2
Bil	anz	summe	299,1	100,0	265,0	100,0	273,9	100,0

# Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2010

Bila	anz zum 31.12.2010	20	10	200	)9	200	08
Pas	ssiva	T€	%	T€	%	T€	%
	Figuresital						
Α.	Eigenkapital  I. Gezeichnetes Kapital  II. Kapitalrücklage  III. Gewinnrücklage	431,0	144,1	431,0	162,6	431,0	157,4
	IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-320,9	-107,3	-322,9	-121,8	-329,0	-120,1
	V. Jahresüberschuss/ Jahresfehl-	3,4	1,1	2,0	0,8	6,1	2,2
	betrag	113,5	38,0	110,1	41,6	108,1	39,5
B.	Sonderposten mit Rücklagean- teil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	ten						
C.	Empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
_	Dü ələstəllərə və v						
D.	Rückstellungen  I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
	II. Steuerrückstellungen						
	III. Sonstige Rückstellungen	33,0	11,0	23,3	8,8	37,4	13,7
E.	Verbindlichkeiten						
	Verbindlichkeiten gegenüber     Kreditinstituten						
	II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	96,7	32,4	90,1	34,0	37,3	13,6
	III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
	IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein						
	V. Verbindlichkeiten gegenüber						
	Gesellschaftern VI. Sonstige Verbindlichkeiten	8,1	2,7	18,3	6,9	37,7	13,8
	<b>9</b>	104,8	35,1	108,5	40,9	75,1	27,4
_	Dark management	4	45.0	00.4	- <del>-</del>	F0 0	40 =
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	47,7	15,9	23,1	8,7	53,3	19,5
Bila	anzsumme	299,1	100,0	265,0	100,0	273,9	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	201	0	2009									
		T€	%	T€	%	T€	%						
1. 2. 3.	Umsatzerlöse Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen andere aktivierte Eigenleistungen	513,7	36,4	541,1	40,2	510,6	34,7						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	896,6	63,6	806,2	59,8	961,2	65,3						
5.	Gesamtleistung	1.410,3	100,0	1.347,3	100,0	1.471,8	100,0						
6.	Materialaufwand  a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezo- gene Waren	676,6	47,9	672,9	49,8	621,4	42,3						
7.	<ul><li>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</li><li>Personalaufwand</li></ul>	117,3	8,3	39,7	2,9	215,9	14,7						
/.	a) Löhne und Gehälter	294,6	20,9	301,4	22,3	310,6	21,2						
	b) Soziale Abgaben	59,7	4,2	62,1	4,6	59,6	4,1						
8.	Abschreibungen  a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	18,9	1,3	20,3	1,5	15,8	1,1						
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0						
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	244,2	17,3	254,8	18,9	245,3	16,7						
10.	Gesamtaufwand	1.411,2	100,0	1.351,5	100,0	1.468,6	100,0						
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-0,9		-4,1		3,2							
	Erträge aus Beteiligungen Erträge aus Gewinnabführungsver- trag	2,2		0,0		0,0							
14.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens												
15.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,1		3,9		4,8							
16.	Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme												
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		-0,1							
18.	Finanzergebnis	5,2		3,9		4,7							
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,3		-0,2		8,0							
20.	Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen												
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,4		1,9		-1,5							
	Sonstige Steuern	-0,6		0,4		-0,3							
23.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	3,4		2,0		6,1							

# **Energieagentur Bodenseekreis GbR**

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Energieagentur Bodenseekreis

Geschäftsstelle: Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH

Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99

E-Mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de

Gründungsdatum: 13. Juni 2007

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 13. Juni 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar – 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

# 3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	4.610	50,11%
Technische Werke Friedrichshafen	1.470	15,98%
EnBW Regional AG	1.470	15,98%
Thüga AG Allgäu-Oberschwaben	980	10,65%
Stadtwerke Überlingen	490	5,33%
Kreishandwerkerschaft	150	1,63%
NABU- Bezirksverband Donau-Bodensee	30	0,33%
	9.200	100,00%

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

# 5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

# 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,52 %)

# 7. Wesentliche Verträge

Gesellschaftervertrag

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der jährliche Kostenbeitrag beläuft sich auf 33.000 €.

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 146).

# Klinik Tettnang GmbH

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Klinik Tettnang GmbH Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16

88069 Tettnang Tel.: 07542 / 531-0 Fax: 07542 / 531-178

E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de

Gründungsdatum: 14. Januar 2004

Eintragungsdatum Handelsregister:10. Januar 2008

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 7. Juni 2005 mit Änderung vom 29. Juni 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Aus- und Fortbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens erfolgt insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises, vor allem durch ambulante, vor-, nach- und vollstationäre Krankenversorgung mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.

Zur Förderung des Wohlfahrtswesens kann die Gesellschaft im Rahmen des Aufbaus vernetzter Strukturen ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote aufbauen und/oder sich an solchen beteiligen.

Die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung erfolgt insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und der Pflegeberufe. Darüber hinaus kann die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, sowie sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

# 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammeinlage	<u> Anteil</u>
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	284.700	94,9 %
Landkreis Bodenseekreis	15.300	5,1 %
	300.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Ellio Schneider

Jürgen Sachsenmaier

Gesellschafterversammlung ist eingerichtet

# 5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Tettnang, eines Akutkrankenhauses der Regel- und Grundversorgung, sowie einer Krankenpflegeschule. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

# 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %) Waldburg-Zeil Personalservice GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %) Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %) Gesundheitsakademie Tettnang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

# 7. Wesentliche Verträge

⇒ Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (WZK) dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten. Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen. Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tettnang GmbH, Tettnang im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben. Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s.u.). Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichsposten aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T € ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbringung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.

⇒ Erbbauchrechtsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten. Der Landkreis Bodenseekreis hat das Angebot am 29. Juni 2005 angenommen. Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tettnang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, bestellt. Die Ausübung des Erbbaurechts wurde jedoch auf das Krankenhausgebäude, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.

Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der Gemarkung Tettnang haben die Parteien <u>Nutzungsüberlassungsverträge</u> abgeschlossen.

Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch am 20. März 2006 und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.

Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2.400.000 € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erb-

bauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbauzins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 1. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 150.000 €.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht.

### ⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit dem Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

# ⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettnang und von ihren Chefärzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

# ⇒ <u>Verträge zur integrierten Versorgung</u>

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

### ⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettnang GmbH, Tettnang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis 31. Juli 2013 abgeschlossen.

# ⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 185 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen (ab 1. Januar 2011: 140).

### ⇒ <u>Finanzierungsquellen</u>

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften.

Mit Bescheid vom 29. Juni 2010 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2010 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 376.290 € für Investitionen gewährt.

Die Budgetentgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2010 wurde am 26. Mai 2010 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen am 29. Juni 2010 genehmigt.

Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit rd. 19,6 Mio. € festgelegt. Die Summe der effektiven Bewertungsrelationen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KHEntgG (inkl. Überlieger) wurde mit 6,54 Mio. € vereinbart.

Zur Finanzierung neu eingestellt Pflegekräfte wurde für das Jahr 2010 gemäß § 4 Abs. 10 KHEntgG ein Gesamtbetrag in Höhe von 187.090 € vereinbart. Der Verrechnungsbetrag für Ausgleiche beträgt 83.891,04 € und wird gemäß § 5 Abs. 4 KHEntgG über

einen Zuschlagssatz für aufgenommene Patienten abgerechnet. Das Ausbildungsbudget für das Jahr 2010 wurde in Höhe von 567.354 € vereinbart.

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Erstattung der beim Bodenseekreis beschäftigten Beamten, die bei der Klinik Tettnang GmbH beschäftigt sind i.H.v. 155.005,84 €.

Der mit der Klinik Tettnang am 25. Juli/1. Oktober 2007 geschlossene Erbbaurechtsvertrag sieht eine Begrenzung des Erbbauzinses bis zum 31. Dezember 2018 und eine Stundung bis zum 31. Dezember 2011 vor.

Der mit der Klinik Tettnang am 1. Juli 2005 geschlossene Kreditvertrag beinhaltet einen Großteil des im Erbbaurechtsvertrag wertmäßig überlassenen Grundstücks. Das Darlehen läuft bis zum 31. Dezember 2030.

Im Jahr 2010 gingen hierfür 76.850,39 € Zins und 76.642,97 € Tilgung.

<u>9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen</u> Im Jahresdurchschnitt waren 418 Arbeitnehmer (Vj. 413) beschäftigt. Hiervon waren 30 Auszubildende.

### 10. Lagebericht

# a) Allgemeine Entwicklungen

Der deutsche Krankenhausmarkt befindet sich im Umbruch. Die Liberalisierung des Marktes schreitet weiter voran, Überkapazitäten werden abgebaut und Ressourcen konzentriert. Die Leistungserwartung der Patienten wird steigen. Der Wettbewerb unter den Krankenhäusern wird in den kommenden Jahren aus unserer Sicht deutlich zunehmen. Die Qualität und das Spektrum der angebotenen medizinischen Leistungen werden darüber entscheiden, wie gut sich ein Haus am Markt behaupten kann. Die zur Stärkung der jeweils eigenen Wettbewerbspositionen und Innovationskraft notwendigen Investitionen werden in der Regel jedoch nur von den großen privaten Krankenhausträgern am Markt realisiert werden können. Sie sind es, die von der nächsten Privatisierungswelle – angetrieben von der steigenden Finanznot vieler Häuser – profitieren werden. Auf Grund ihrer Größe und Finanzkraft sowie der Erfahrung bei der Übernahme nicht wirtschaftlicher Krankenhäuser sollte es ihnen möglich sein, ihre Marktanteile in den kommenden Jahren deutlich auszubauen.

Allgemein gilt, dass die weitere Optimierung der Prozesse und Abläufe dazu beitragen wird, dass sich der deutsche Krankenhausmarkt voraussichtlich zu einem der effizientesten weltweit entwickeln wird.

Eine Roland-Berger-Studie "Der Gesundheitsmarkt - Sicht der Bürger, Strategien der Anbieter" vom Juli 2008 zeigt, die Deutschen wünschen sich ein anderes Gesundheitsangebot. Mehr Angebote, mehr Wahlfreiheit und mehr Prävention stehen im Vordergrund. Dafür sind die meisten auch bereit, tiefer in die Tasche zu greifen. Der Selbstzahlermarkt ("Zweiter Gesundheitsmarkt") ist mit mittlerweile 64 Mrd. € einer der attraktivsten Wachstumsmärkte, den immer mehr Branchen erschließen.

### Entwicklungen im Akutbereich

Der deutsche Krankenhaussektor befindet sich derzeit am Beginn einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch "Vollkaskomentalität" geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheits-

leistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabenträger. Zusätzlich sind die öffentlichen Krankenhausträger zum Teil hoch verschuldet und können die Investitionsverpflichtungen und die in den ineffizient operierenden öffentlichen Kliniken generierten Verluste nicht mehr tragen. Da der Akutkliniken-Sektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Klinikenmarkt verantwortlich ist und hohe Ineffizienzen aufweist, sind hier in den letzten Jahren einige Kostenund Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmendem Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Um das prognostizierte Defizit der Krankenkassen im Jahr 2011 auszugleichen sollen durch die Bundesregierung alle Beteiligten herangezogen werden:

- ⇒ <u>Krankenkassen</u> Verwaltungskosten dürften in den nächsten beiden Jahren nicht weiter steigen Einsparvolumen: 300 Mio. €
- ⇒ <u>Krankenhäuser</u> bei Mehrleistungen, Effizienzabschlag von 30 % Einsparungsvolumen 350 Mio. €, Kostensteigerungsrate (GLS) beträgt nicht 1,15 %, sondern nur 0,9 %
- ⇒ <u>Arzneimittelsparpaket</u> insgesamt etwas mehr als 2 Mrd. €
- ⇒ Ambulante Versorgung Gesamtvergütung um 250 Mio. € gekürzt, keine Mehrausgaben, Hausarztverträge Vergütungsniveau der Regelversorgung wird festgeschrieben. Einsparvolumen ca. ½ Mrd. €, Rechtsschutz für alte Verträge.
- ⇒ Zahnärzte Anstieg nicht mehr als die ½ der Grundlohnsumme
   2010 insgesamt 3,5 Mrd. € Einsparungen

   2011 insgesamt 4 Mrd. € Einsparungen

### Finanzgrundlage stärken:

- ⇒ Beiträge steigen auf 14,6 % (paritätisch)
- ⇒ Arbeitgeberbeitrag wird mit 7,3 % festgeschrieben. Es gibt keinen automatischen Ausgleich mehr.
- ⇒ Åb 01.01.2011 steigen die Beiträge auf 15,5 %, wobei der Arbeitgeberbeitrag auf 7,3 % fixiert wurde.

Damit werden die Gesundheitskosten von Arbeitskosten entkoppelt. Zusatzbeiträge sollen die Mehrkosten auffangen.

- ⇒ Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in % werden gestrichen, sie werden nur noch in € und Cent fixiert, mehr Finanzautonomie für Krankenkassen.
- ⇒ Der 1 %-Deckel wird abgeschafft, es gibt dafür keinen Ersatz.
- ⇒ Der Sozialausgleich wird durch die Arbeitgeber via Rentenversicherungsträger abgewickelt, finanziert durch Steuern.

Alle zukünftigen Kostensteigerungen gehen in die Zusatzbeiträge ein. Künftige Defizite sind durch die Versicherten zu tragen. Dauerhaft steigt der steuerliche Ausgleich ohne Steuererhöhungen an. Einsparungen für die Rehabilitation sind nicht vorgesehen.

Der Deutsche Bundestag hat am 12.11.2010 das GKV-Finanzierungsgesetz (GKV-FinG) sowie am 11.10.2010 das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) beschlossen. Die für den Krankenhausbereich relevanten Inhalte des Gesetzes umfassen u.a.

- ⇒ Nutzenbewertung und Preisbildung neu zugelassener Arzneimittel
- ⇒ Rechtsverordnung zur Nutzenbewertung
- ⇒ Streichung des Zweitmeinungsverfahrens
- ⇒ Ausweitung der Offenlegung von Einkaufspreisen auf den GKV-Spitzenverband
- ⇒ Anwendung des Wettbewerbsrechts in der GKV

### Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und z.B. beim Eintritt in den Ruhestand den freiwerdenden Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZs weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus. Außerdem kann damit ein weiterer Schritt zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten. Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/ Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein.

Mit dem Vertragsänderungsgesetz wurde der Gestaltungsspielraum für die MVZ zusätzlich erhöht. Seitdem steigt die Anzahl derartiger Einrichtungen und der dort behandelten Patienten kontinuierlich.

Von den niedergelassenen Ärzten werden die MVZ nicht selten als Konkurrenz gesehen. Da diese oftmals in räumlicher Nähe zu Krankenhäusern zu finden sind, profitieren sie von der dort vorgehaltenen Infrastruktur und medizinischen Ausstattung, was letztlich auch zu einer stärkeren Anziehungskraft auf Patienten führen dürfte. Aus Patientensicht bieten MVZ erhebliche Servicevorteile gegenüber Einzelpraxen, wie etwa in Form von ausgeweiteten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass verschiedene Fachärzte unter einem Dach raumnah aufzufinden sind. Aus Sicht der Klinikbetreiber wird sicherlich der Mehrwert auch im höheren Nutzungsgrad teurer medizinischer Geräte gesehen. Hinzu kommt, dass ein kontinuierlicher Patientenstrom in die – möglichst eigenen – Kliniken gesichert wird.

Die überwiegende Mehrheit der MVZ befindet sich derzeit in der Trägerschaft von Vertragsärzten.

### Gesundheitsfonds 2009

Am 1. Januar 2009 wurde der Gesundheitsfonds eingeführt, der ein vom Bundesversicherungsamt verwaltetes Sondervermögen darstellt, in dem die zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehenen Mittel gesammelt werden. Hier fließen insbesondere die Beiträge auf Grund des einheitlichen Beitragssatzes in Höhe von 15,5 % und der Steuerzuschuss des Bundes zusammen. Für das Jahr 2009 hat die Bundesregierung einen Steuerzuschuss von 4 Mrd. € zur Abgeltung versicherungsfremder Leistungen bewilligt. Ab dem Jahr 2010 wurden die jährlichen Zahlungen jeweils umn1,5 Mrd. € erhöht bis zum Gesamtbetrag von 14 Mrd. €. Die Krankenkassen erhalten aus dem Gesundheitsfonds Zuweisungen zur Finanzierung ihrer Ausgaben. Dabei ist zwischen Zuweisungen zur Deckung von Pflichtleistungen einer Krankenkasse, Zuweisungen für Satzungs- und Mehrleistungen, Zuweisungen für Aufwendungen zur Entwicklung und Durchführung der strukturierten Behandlungsprogramme und Zuweisungen zur Deckung von Verwaltungskosten zu unterscheiden. Die Zuweisungen für Pflichtleistungen werden dabei durch den Risikostrukturausgleich angepasst, um dem unterschiedlichen Versorgungsbedarf der Versicherten einer Krankenkasse Rechnung zu tragen. Zunächst erhält jede Krankenkasse für jeden Versicherten eine Grundpauschale in Höhe der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben in der GKV, die durch ein System von Zu- und Abschlägen angepasst wird.

Der neue Risikostrukturausgleich besteht insgesamt aus drei Säulen:

- ⇒ den Zu- und Abschlägen für Alter und Geschlecht,
- ⇒ den Zuschlägen bei Erwerbsminderung und

# ⇒ den Krankheitszuschlägen.

Für die 80 ausgewählten Krankheiten wurden vom Bundesversicherungsamt 106 Morbiditätsgruppen definiert, die für eine Krankheit nach Schweregrad in eine Hierarchie gebracht werden. Von der Diagnose bis zum Zuschlag ergibt sich der folgende Ablauf:
Demzufolge erhält eine Krankenkasse mit vielen jungen Versicherten weniger Mittel aus dem Gesundheitsfonds als eine Krankenkasse mit vielen älteren und chronisch Kranken. Reichen die finanziellen Mittel aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, haben die Gesetzlichen Krankenkassen die Möglichkeit, von ihren Mitgliedern einen Zusatzbetrag zu fordern. Ebenso ist die Erstattung einer Prämie vorgesehen, wenn die Krankenkasse besonders wirtschaftlich gearbeitet hat.

# b) Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP dokumentiert die folgenden Aussagen:

Prävention ist zielgerecht zu gestalten, da es sich hierbei um einen wichtigen Baustein handelt, der künftige Belastungen der Sozialsysteme verringern kann. Zielgruppenspezifische Aufklärung soll dazu beitragen, Eigenverantwortlichkeit und Gesundheitsbewusstsein zu stärken. Es ist dabei auf bewährte Programme und Strukturen aufzubauen, diese weiterzuentwickeln und in die Fläche zu bringen.

Weiterhin sollen alle Menschen in Deutschland die notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhalten und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Dazu müssen Struktur, Organisation und Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung angepasst werden. Der Wettbewerb der Krankenversicherungen soll dazu aktiviert werden, wobei genügend Spielraum für die Krankenversicherungen vorhanden sein soll, um gute Verträge zu gestalten und regionalen Besonderheiten gerecht zu werden. Dazu braucht es weiterhin Anreiz für kosten- und gesundheitsbewusstes Verhalten. Auf Basis des bestehenden Leistungskatalogs sollen die Versicherten ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können. Dabei ist die private Krankenversicherung als Voll- und Zusatzversicherung ein konstitutives Element, wobei die Möglichkeit der Zusammenarbeit im Angebot von Wahl- und Zusatzleistungen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung erweitert werden soll.

Die flächendeckende und sichere Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln hat für die Koalition hohe Priorität. Den Patienten sollen in Deutschland auch künftig innovative Arzneimittel zur Verfügung stehen, ohne dass dabei die Finanzierung der Krankenversicherung gefährdet wird.

Die Struktur der ambulanten Versorgung soll aufrecht erhalten bleiben. Die Besonderheiten einer wohnortnahen Versorgung in ländlichen Bereichen werden dabei Berücksichtigung finden. Eine Einschränkung ergibt sich dadurch, dass Medizinische Versorgungszentren (MVZ) nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden sollen. Wesentlich ist dabei vor allem, dass die Mehrheit der Geschäftsanteile und Stimmrechte Ärzten zustehen und das MVZ von Ärzten verantwortlich geführt wird. Für den Bereich unterversorgte Gebiete, z. B. der ländliche Raum, soll eine Öffnungsklausel für Krankenhäuser vorgesehen werden, wenn keine Interessenten aus dem Bereich der Ärzte zur Verfügung stehen.

Die Sicherstellung der flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen Versorgung wird noch an Bedeutung gewinnen. Der sich abzeichnenden Unterversorgung durch Ärztemangel und zunehmend längeren Wartezeiten soll wirksam begegnet werden. Weiterhin soll dem drohenden Ärztemangel durch den Abbau von Bürokratie und einer leistungsgerechten Vergütung wirksam begegnet werden.

Die Koalition ist der Meinung, dass Deutschland leistungsfähige Krankenhäuser für eine hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung benötigt. Die Arbeit im Krankenhaus soll attraktiv bleiben. Dafür bedarf es effizienter Strukturen. Der Prozess einer besseren Verzahnung der Sektoren soll fortgesetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser in den Regionen soll bei verlässlicher Investitionsfinanzierung gewahrt bleiben. Ein Augenmerk gilt dabei auch der Notfallversorgung. Bundeseinheitliche Preise werden abgelehnt.

Versicherte sollen möglichst selbständig ihre Rechte gegenüber den Krankenkassen und Leistungserbringern wahrnehmen. Aus diesem Grund soll eine unabhängige Beratung von Patienten ausgebaut werden, die die Wahrnehmung ihrer Interessen unterstützt. Die Patientenrechte sollen in einem eigenen Patientenschutzgesetz gebündelt werden.

Qualifizierte medizinische Rehabilitation ist eine wichtige Voraussetzung zur Integration in Beruf und Gesellschaft und nimmt im Gesundheitswesen einen immer höheren Wert ein. Prävention, Rehabilitation und Pflege sind dabei besser aufeinander abzustimmen. Prävention hat Vorrang vor Rehabilitation. Dem Grundsatz Rehabilitation vor Pflege muss besser Rechnung getragen werden. Abstimmungs- und Schnittstellenprobleme zwischen den Trägern müssen behoben werden. Transparenz und Orientierung für das Leistungsangebot ist zu erhöhen, die Beratung der Versicherten durch die Rehabilitationsträger zu verbessern und die Wahlmöglichkeiten der Versicherten zu stärken. Bei Vertragsvereinbarung zwischen Krankenkassen und Rehabilitationseinrichtungen sollen Schiedsstellen eingerichtet werden.

Die Rahmenbedingungen für Pflegende und Leistungsanbieter sollen konsequent überprüft und entbürokratisiert werden, damit der eigentlichen Pflege am Menschen wieder mehr Zeit eingeräumt wird. Dabei soll das Berufsbild in der Altenpflege attraktiver gestaltet werden und in der Ausbildung durch ein neues Berufsgesetz grundlegend modernisiert und zusammengeführt werden. Zusätzlich will die Koalition dafür sorgen, dass ausländische Hilfskräfte, ebenso wie pflegende Angehörige oder deutsche Hilfskräfte, auch notwendige pflegerische Alltagshilfen erbringen können. Nachdem in der Form der Umlagefinanzierung die Pflegeversicherung ihre Aufgabe, allen Bürgern eine verlässliche Teilabsicherung der Pflegekosten zu garantieren, auf Dauer nicht erfüllen kann, soll eine Ergänzung durch Kapitaldeckung, die verpflichtend, individualisiert und generationsgerecht ausgestaltet sein muss, ergänzt werden. Dabei wird der einzelne aber nicht davon entbunden, seine Eigenverantwortung, Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.

### c) Entwicklung der Klinik Tettnang in 2010

Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden zum 31. Dezember 2010 mit 31.641 T € ausgewiesen. Von diesen Vermögenswerten entfallen 21.579 T € und somit 68,2 % auf das Anlagevermögen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wir zum Bilanzstichtag mit 11.396 T € ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 36 %. Die Sonderposten aus der Finanzierung des Anlagevermögens werden mit 8.744 T € ausgewiesen. Von den Verbindlichkeiten sind 6.575 T € langfristig finanziert. Die langfristigen Vermögenswerte sind somit insgesamt durch langfristiges Kapital finanziert.

Im Geschäftsjahr 2010 konnten die Umsatzerlöse von 22.846 T € auf 23.813 T € und somit um 4,2 % deutlich gesteigert werden. Korrespondierend haben sich die Personalkosten von 14.581 T € auf 15.413 T € und somit um 5,7 % erhöht. Für das Jahr 2010 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 208 T € ausgewiesen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat im Jahr 2010 1.801 T € betragen. Zusammen mit dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit hat der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zur Deckung des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit ausgereicht. Der Finanzmittelfonds konnte im Berichtsjahr von 137 T € auf 298 T € aufgebaut werden.

Die Schwerpunkte der Klinik Tettnang – Orthopädie, Diabetesbehandlungszentrum sowie das Kontinenzzentrum – sind etabliert und konnten weiter ausgebaut werden. 2010 konnten, wie in den Vorjahren, die Patientenzahlen stationär wie ambulant weiter gesteigert werden. Neben ca. 6.900 stationären Patienten wurden über 20.000 ambulante Patienten behandelt.

Die bestehenden Kooperationen mit einer Neurochirurgin und einem Fuß-Chirurgen sowie einer auf Rheuma-Orthopädie spezialisierte Ärztin konnten weiter ausgebaut werden, was ebenfalls zur Fallzahlensteigerung geführt hat.

Die regionalen, teilweise sogar überregionalen Alleinstellungsmerkmale Diabetesbehandlungszentrum sowie Kontinenzzentrum konnten 2010 weiter etabliert werden. Allerdings beginnen die umliegenden Krankenhäuser, ebenfalls diese Schwerpunkte zu besetzen. Nur durch einen permanenten Innovationsvorsprung, Marketing/PR und vor allem zunehmender Vernetzung mit Leistungserbringern in der Region kann die Klinik Tettnang diese Schwerpunkte auch künftig besetzen.

Das Zuweiser-Seminar im Juli fand große Resonanz. Seitens der niedergelassenen Ärzte wurde der Wunsch geäußert, solche Veranstaltungen regelmäßig durchzuführen. Für Mitte 2011 ist eine ähnliche Veranstaltung in Planung. Damit gelingt es, zunehmend ein partnerschaftliches Verhältnis mit den Ärzten der Region zu realisieren.

Am 22.07.2010 war der Startschuss für die Sanierung der mehr als vierzig Jahre alten Patientenzimmer, die noch aus der Zeit der Klinikgründung im Jahr 1964 stammen. In drei Bauabschnitten wurden insgesamt 27 Zimmer, verteilt auf drei Etagen, modernisiert. Die ersten 9 Zimmer wurden von Mitte Juli bis Anfang September saniert. Dabei wurde Wert auf eine wohnliche Atmosphäre gelegt, so dass für die Patienten weitere komfortable Zweibettzimmer mit zeitgemäßer, dazugehöriger Nasszelle zur Verfügung stehen.

Ende November begann der 2. Bauabschnitt mit der Sanierung weiterer 12 Zimmer. Im 3. Bauabschnitt wurden bis Mitte März 2011 noch 6 Zimmer saniert. Damit sind 2/3 der Patientenzimmer saniert und insgesamt 1,8 Mio. € investiert.

Die anstehende Restsanierung des Bettenhauses sowie des OP-Bereiches wird eine logistische Herausforderung. Ziel- und Detailplanungen laufen dazu derzeit.

Im Februar 2010 wurde in der Klinik die Re-Zertifizierung nach KTQ durchgeführt und bestanden. Mit der am 24.03.2009 erhaltenen Zertifizierung zur "Lehrklinik Ernährungsmedizin" hat die Klinik Tettnang gegenüber den umliegenden Krankenhäusern ein Alleinstellungsmerkmal. Die Re-Zertifizierung erfolgte im Mai 2010.

Bereits Ende 2009 wurde das Zertifikat "Qualifizierte Schmerztherapie" realisiert. Die Klinik Tettnang ist die einzige Klinik im gesamten Bodenseeraum und Allgäu, die diese Auszeichnung erhielt.

Mitte September wurde bestätigt, dass die Voraussetzungen zum "lokalen Traumazentrum" gegeben und damit die Voraussetzungen zur Mitgliedschaft im Traumanetzwerk Ulm erfüllt sind. Daraufhin wurde auch dem Antrag beim Landesverband Südwest der gesetzlichen Un-

fallversicherung zur Teilnahme am sog. Verletztenartenverfahren stattgegeben. Auch dies führt zu steigenden Patientenzahlen, da neben ambulanten nun auch stationäre Arbeitsunfälle behandelt werden dürfen.

# d) Künftige Entwicklung der Klinik Tettnang GmbH

# Allgemeine Entwicklung

Immer mehr Krankenhäuser geraten auf Grund ineffizienter Strukturen und steigender Kosten in eine finanzielle Schieflage. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft waren in 2008 bereits rund 16 % der rund 2.100 Kliniken von der Insolvenz bedroht. Durch zusätzliche Erlössteigerungen in 2009 reduzierte sich dieser Anteil schätzungsweise um rund die Hälfte auf 11 %. 2010 liegt der Anteil bei 8 %. Haupttreiber auf der Kostenseite sind Steigerungen bei den Personalkosten sowie der Sachkosten. Die in vielen Häusern seit längerer Zeit dringend nötigen Investitionen werden weiter verschoben. Der Investitionsstau liegt nach Berechnungen des RWI derzeit bei rund 12,6 Mrd. € (die DKG geht sogar von bis zu 50 Mrd. € aus). Die Einführung des sogenannten DRG-Systems (Diagnosebezogene Fallgruppen) erhöht den Kostendruck zusätzlich, insbesondere auf bereits weniger effizient laufende Krankenhäuser. Vor diesem Hintergrund könnte es 2010/11 zu einer erneuten Privatisierungswelle im deutschen Krankenhausmarkt kommen.

Die Haupttreiber für eine neue Privatisierungswelle sind:

- drastisch sinkende Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden
- anhaltend sinkende staatliche F\u00f6rdermittel
- steigender Kostendruck (Lohn- und Sachkosten) gekoppelt mit oft ineffizienten Strukturen
- Investitionsstau in Höhe von mind. rund 12,6 Mrd. € (It. RWI)

Grundregelversorgungskrankenhäuser dürften dabei vermutlich als erste potenzielle Übernahmeziele auf den Markt kommen. Doch auch Universitätskliniken (wie z. B. bei den Unikliniken Gießen/Marburg) könnten vermehrt in private Hand kommen. Ferner könnte es auch zu Übernahmen kleinerer privater Krankenhausbetreiber kommen. Ebenfalls vorstellbar ist ein weiterer Ausbau von Krankenhausverbünden - nicht nur bei den privaten Betreibern. Einige Krankenhäuser werden wohl auch ganz schließen müssen. Eine Marktbereinigung von bis zu 15 % bis 2020 erscheint realistisch. Das Voranschreiten des Konsolidierungsprozesses sowie der Privatisierung könnten in den kommenden zehn Jahren zu einer Verdopplung der privaten Bettenzahl führen.

Insbesondere könnten die in Deutschland agierenden großen privaten Klinikbetreiber wie die Rhön-Klinikum AG – als reiner Klinikbetreiber – und Fresenius SE, insbesondere mit ihrer Krankenhaussparte HELIOS, von den aktuellen Entwicklungen profitieren und ihren Marktanteil von derzeit jeweils rund 3 % auf etwa 8 % weiter ausbauen. Allein über ihre Größe und das bereits vorhandene Kliniknetzwerk können sie entsprechende Skaleneffekte generieren. Ferner verfügen sie (nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zum Kapitalmarkt) über die nötigen finanziellen Mittel, um auch größere Häuser oder sogar kleinere Klinikketten in ihr Portfolio mit aufzunehmen und die nötigen Investitionen leisten zu können.

Wie in den vergangenen Jahren steigen die Fallzahlen. Regional betrachtet dürften sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Krankenhausfälle ergeben. Unterschiede in der Altersstruktur und der unterschiedlichen regionalen Bevölkerungsentwicklung dürften sich hier bemerkbar machen. Da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Süden Brandenburgs ein Bevölkerungsrückgang erwartet wird, sollten sich in diesen Regionen auch die Krankenhausfälle rückläufig entwickeln. Der stärkste Zuwachs dürfte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland, West Niedersachsen und Berlin zu erwarten sein.

Unverändert prägen Kostendruck, Budgetbegrenzung und wachsender Wettbewerb den deutschen Krankenhausmarkt. Kostensteigerungen können immer schwerer durch Effizienzerhöhungen kompensiert werden. Verstärkt müssen Wege für eine Verbesserung der Einnahmeseite gefunden werden. Eine Möglichkeit ist, Wachstum innerhalb des budgetären Bereichs zu erreichen, beispielsweise durch Fallzahlensteigerung, Akquisition neuer Objekte oder Vernetzung ambulanter Leistungen. Eine weitere Möglichkeit ist die Erschließung außerbudgetärer Erlöspotenziale, z.B. durch die Versorgung ausländischer Patienten, den Aufbau von Patientenhotels oder das Anbieten zusätzlicher Serviceleistungen.

### Entwicklung der Klinik Tettnang GmbH

Die Leistungszahlen für die Klinik Tettnang konnten zum 31.12.2010 gegenüber der Budgetvereinbarung 2010 bei den Fallzahlen um 442 Fälle und beim Case-Mix um 278,000 Punkte trotz der durchgeführten Umbaumaßnahmen gesteigert werden. Die Entgeltverhandlung 2011 konnte daraufhin am 16.03.2011 erfolgreich durchgeführt werden. Es wurden Mehrleistungen in Höhe von 400,00 CM-Punkten mit einem Budgetvolumen von rund 830 T € zusätzlich verhandelt. Insgesamt konnte das Vereinbarungsbudget mit den gesetzlichen Krankenkassen um rund 870 T € gegenüber dem Vorjahr auf jetzt insgesamt 20,7 Mio. € ausgeweitet werden.

Um in der künftigen regionalen Gesundheitsversorgung eine bedeutende Rolle spielen zu können und den Kostenträgern einen entsprechenden Gegenpart zu bieten, ist eine intensivere Vernetzung mit den regionalen Marktführern sowie ein anorganisches Wachstum unerlässlich.

### d) Risikobericht

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tettnang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d.h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wurde konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ⇒ Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Kliniken Tettnang ausschließlich auf dem inländischen Gesundheitsmarkt tätig und außenwirtschaftliche Faktoren von untergeordneter Bedeutung sind.
- ⇒ Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng verknüpft mit der staatlichen Gesundheitspolitik und der Tarifpolitik für den öffentlichen Dienst. Allerdings werden innerhalb dieser Branche Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifverhandlungen differenziert beurteilt.
- Es bestehen die <u>klassischen Markt- oder Absatzrisiken</u>. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau und Ausbau sektorübergreifender Netzwerke, kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden. Durch die Einführung von trägerübergreifenden Komplexangeboten und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, niedergelassene Ärzte) und zum anderen ein Gegengewicht zur

Preisentwicklung geschaffen werden. Die sich abzeichnende Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungsformen wird zukünftig noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien auf Grund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft.

Durch regelmäßige und systematische Mitarbeiterschulungen, strenge Überwachung von Aufbau- und Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unseren zentralen Geschäftsbereich Produkt/Qualität der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu.

Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßig überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Klinik Tettnang nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten beispielsweise bei speziellen Gerätschaften, schätzen wir als nicht bedeutsam ein. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung betrachten wir als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme.

Neben dem wirtschaftlichen Risikomanagement (Finanz-, Management- und Marktrisiken) liegt ein weiterer Schwerpunkt im klinischen Risikomanagement, da in den letzten Jahren die Patientensicherheit als Qualitätsziel in Krankenhäusern zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer Patientensicherheit stärkt, erhöht auch die Qualität der Krankenhausbehandlung. Deshalb haben sich die WHO und nationale Gremien wie die Bundesärztekammer des Themas angenommen und entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Auch für unsere Zertifizierungsverfahren wie KTQ oder IQMP-Reha ist der Nachweis eines funktionierenden Fehlermanagements inzwischen erforderlich.

Oberstes Ziel der Patientensicherheit ist die Vermeidung von unerwünschten Ereignissen, die auf Fehlern beruhen. Aus der Entdeckung und Analyse von Fehlern kann man im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses für die Zukunft lernen. Ein zentrales Instrument zur Erkenntnis solcher Risikokonstellationen ist ein Critical Incident Reporting System (CIRS). Kennt man die Risiken, die Fehler auslösen, lassen sich Fehler vermeiden oder verringern.

Bereits 2008 haben sich die Waldburg-Zeil Kliniken entschieden, ein fachübergreifendes und praxistaugliches Modell einzuführen. Nach Prüfung mehrerer Systeme und Beobachtung der Entwicklung wurde inzwischen eine an unsere spezifischen Verhältnisse angepasste und zukunftssichere Lösung in Kooperation mit der äzq (Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin) erarbeitet, dass Roll-Out findet seit Mitte 2010 pilothaft in unseren Akutkliniken statt.

Die Klinik Tettnang zählt zum Dienstleistungssektor. Ihr wirtschaftlicher Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unmotivierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger MitarbeiterInnen bieten wir in den Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme an. Mit dem Gesamtbetriebsrat

wird über flexible Lösungen zur Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Die Waldburg-Zeil Kliniken verfolgen die Strategie einer dezentralen Ergebnisverantwortung bei hoher Wissenskommunikation. Eine weit gefasste unternehmerische Selbstverantwortung soll die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Belastungen in Form von wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken minimieren. Die regelmäßige Gegenüberstellung von Vorjahreswerten und Planwerten erlaubt es, abweichende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und, wo angebracht, korrigierend einzugreifen.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysieren wir regelmäßig auch unseren Debitorenbestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen wird sichergestellt, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg wird den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zugemessen.

Für die vorgenommene Überprüfung der Risikolage kommt die Klinik Tettnang GmbH zu dem Gesamtergebnis, dass keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen.

Tettnang, den 10. Juni 2011

Die Geschäftsführer

Ellio Schneider Jürgen Sachsenmaier

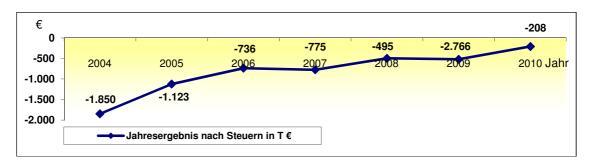
### 11. Abschlussprüfer

**RSW Treuhand GmbH** 

#### 12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2010	2009	2008	2007	Abweichung 2010 - 2009 in %
Planbetten	185	185	185	185	0,0 %
Belegung in %	62,41	60,94	60,15	62,39	+ 2,4 %
stationäre Patienten	6.393	6.095	5.753	5.854	+ 4,9 %
Belegungstage	42.139	41.148	40.727	42.253	+ 2,4 %
Verweildauer	6,59	6,75	7,08	7,22	- 2,4 %

### 13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



Bilanz der Klinik Tettnang GmbH zum 31.12.2010

Bil	anz	zum 31.12.2010	2010		2009		2008	
Ak	tiva	1	T€	%	T€	%	T€	%
A.	<b>A</b> n <u>l.</u>	lagevermögen Immaterielle Vermögensgegen- stände						
		Konzessionen, gewerbliche     Schutzrecht u. ähnliche Rechte     und Werte sowie Lizenzen	296,0	0,9	400,0	1,3	534,7	1,6
		2. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	1,4	0,0	5,2	0,0
	<u>II.</u>	<ul><li><u>Sachanlagen</u></li><li>1. Grundstücke und Bauten</li><li>2. Technische Anlagen und Maschinen</li></ul>	16.934,3 633,9	53,5 2,0	17.928,8 782,4	56,2 2,5	18.909,9 812,6	56,2 2,4
		Einrichtungen und Ausstattungen     gen	2.869,5	9,1	2.873,5	9,0	3.052,6	9,1
		4. Anlagen im Bau	770,1	2,4	0,0	0,0	125,1	0,4
	<u>III.</u>	Finanzanlagen  1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75,5	0,2	75,5	0,2	50,5	0,2
B	Un	nlaufvermögen	21.579,2	68,2	22.061,5	69,2	23.490,6	69,8
	<u>l.</u>	Vorräte  1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe  2. Unfertige Leistungen	471,4 206,3	1,5 0,7	561,0 157,9	1,8 0,5	646,0 199,9	1,9 0,6
	<u>II.</u>	Forderungen u. sonstige Vermö- gensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferung und	3.427,7	10,8	3.231,0	10,1	3.031,0	9,0
		Leistung 2. Forderung gegen verbundenen	558,7	1,8	561,3	1,8	1.045,0	3,1
		Unternehmen 4. Forderungen gegen Gesell-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		schafter 5. Sonstige Vermögensgegenstän-	420,9	1,3	437,1	1,4	518,7	1,5

de						
Forderungen nach dem Kran- kenhausfinanzierungsrecht	0,0	0,0	36,5	0,1	0,0	0,0
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	298,5	0,9	136,9	0,4	6,5	0,0
	5.383,4	17,0	5.121,7	16,1	5.447,2	16,2
C. Ausgleichsposten für Eigenmittel- förderung	2.707,7	8,6	2.648,1	8,3	2.588,6	7,7
<ul> <li>D. Rechnungsabgrenzungsposten</li> <li>I. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</li> </ul>	1.971,0	6,2	2.049,0	6,4	2.127,0	6,3
Bilanzsumme	31.641,3	100,0	31.880,4	100,0	33.653,4	100,0

Bilanz der Klinik Tettnang GmbH zum 31.12.2010

		zum 31.12.2010	2010	- 1	2009	_,	2008	
Pa	ssiva	1	T€	%	T€	%	T€	%
l _								
Α.	. •	enkapital						
	l.	Gezeichnetes Kapital	300,0	0,9	300,0	0,9	300,0	0,9
	II.	Kapitalrücklage	14.106,9	44,6	14.106,9	44,2	14.106,9	41,9
	III.	Gewinnrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	IV.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.803,1	-8,9	-2.283,7	-7,2	-1.789,2	-5,3
	٧.	Jahresüberschuss/	-207,8	-0,7	-519,4	-1,6	-494,5	-1,5
		Jahresfehlbetrag	44 005 0	00.0	44 600 7	00.4	10 100 0	00.0
_	C	.d.,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,	11.395,9	36,0	11.603,7	36,4	12.123,2	36,0
В.		derposten aus Zuwendungen						
		Finanzierung der immateriel-						
		Vermögensgegenstände und						
		Sachanlagen Sonderposten für Förderungs-	7.001.4	04.0	0.000.4	00.0	7.040.1	00.0
	I.	mittel nach dem KHG	7.661,4	24,2	8.296,4	26,0	7.043,1	20,9
	II.	Sonderposten aus Zuweisungen	1.081,8	3,4	1.403,0	4,4	1.726,2	5,1
	•••	und Zuschüssen der öffentlichen	1.001,0	0, 1	1.100,0	٠, ٠	1.720,2	0,1
		Hand						
	III.	Sonderposten aus Zuwendungen	0,7	0,0	1,0	0,0	1,8	0,0
		Dritter						
			8.743,9	27,6	9.700,4	30,4	8.771,2	26,1
C.	Emp	ofangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
D.	Rüc	kstellungen						
	I.	Sonstige Rückstellungen	1.242,1	3,9	1.039,0	3,3	829,8	2,5
E.	Verl	bindlichkeiten						
	I.	Verbindlichkeiten gegenüber Kre-	4.260,3	13,5	4.500,0	14,1	6.342,7	18,8
		ditinstituten	ŕ		ŕ		·	-
	II.	Verbindlichkeiten aus Lieferung	912,4	2,9	682,3	2,1	1.995,4	5,9
		und Leistung	000.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	III.	Verbindlichkeiten gegenüber ver-	203,3	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
	IV.	bundenen Unternehmen Verbindlichkeiten gegenüber Un-	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	IV.	ternehmen, mit denen ein	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
I		torriori, fint donori oni						

	V.	Beteiligungsverhältnis besteht Verbindlichkeiten gegenüber Ge- sellschaftern	3.896,2	12,3	3.825,9	12,0	2.755,1	8,2
	VI.	Verbindlichkeiten nach dem Kran- kenhausfinanzierungsrecht	577,7	1,8	78,8	0,2	236,9	0,7
	VII.	Sonstige Verbindlichkeiten	385,6	1,2	419,6	1,3	561,7	1,7
			10.235,5	32,3	9.506,5	29,8	11.891,8	35,3
F.	Rec	chnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
G.		gleichsposten aus Darlehens-	23,8	0,1	30,6	0,1	37,4	0,1
	förd	lerung						
Bil	anzs	summe	31.641,3	100,0	31.880,4	100,0	33.653,4	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Tettnang GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	2010		200	9	2008	
	g	T €	%	T€	%	T€	%
1.	Umsatzerlöse	23.813,4	95,9	22.846,3	96,3	19.914,8	95,6
2.	Erhöhung oder Verminderung des	48,4	0,2	-42,0	-0,2	80,2	0,4
_	Bestandes an unfertigen Leistungen						
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	958,5	3,9	932,0	3,9	843,8	4,0
5.	Gesamtleistung	•		23.736,3	100,0	20.838,8	
٥.	desuminestang	24.020,0	100,0	20.700,0	100,0	20.000,0	100,0
6.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs-	-3.588,2	18,1	3.482,3	18,5	2.996,4	17,6
	und Betriebsstoffe und für bezo-	,	,	,	,	,	,
	gene Waren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leis-	-791,9	4,0	760,7	4,0	890,5	5,2
7.	tungen Personalaufwand						
' '	a) Löhne und Gehälter	-12.635,3	63.8	11.915,1	63,3	10.354,8	60,9
	b) Soziale Abgaben	-2.778,0	14,0		14,2	2.752,7	16,2
8.	Zuführung der Investitionszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0.	zu Sonderposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Gesamtaufwand	-19.793,3	100,0	18.823,8	100,0	16.994,4	100,0
10.	Zwischenergebnis (Betriebser-	5.026,9		4.912,5		3.844,4	
	gebnis)						
11.	Erträge aus Beteiligungen	0.0		0.0		0.0	
12.	Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	0,0 0,0		0,0 0,0		0,0 0,0	
13.	Erträge aus anderen Wertpapieren	0,0		0,0		0,0	
13.	und Ausleihungen des Finanzanlage-	0,0		0,0		0,0	
	vermögens						
14.	Erträge aus Zuwendungen zur Finan-	376,3		2.168,0		1.864,7	
	zierung von Investitionen						

15.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmit-	59,5	59,5	59,5
16.	telförderung Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.247,8	1.149,8	932,4
17.		6,8	6,8	6,8
18.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-286,5	-2.073,3	-1.781,8
19.	Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagevermögen	-89,8	-94,7	-82,9
20.	Finanzergebnis	1.314,1	1.216,1	998,7
21.	Abschreibungen			
	<ul> <li>a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und An- lagevermögen</li> </ul>	-2.178,5	-2.116,7	-1.747,3
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	-500,0	0,0
22.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.872,8	-3.618,6	-3.394,4
23.	Zwischenergebnis	289,8	-106,6	-298,6
24.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50,4	51,0	42,3
25.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-359,9	-462,8	-230,5
	Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme	-179,4	0,0	0,0
	ubemanne	-489,0	-411,7	-188,2
26.	Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit	-199,2	-518,3	-486,8
27.	Außerordentliche Erträ- ge/Aufwendungen	-7,6	0,0	-6,5
28.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,3
29.	Sonstige Steuern	-1,0	-1,1	-1,6
30.	Jahresfehlbetrag (-)	-207,8	-519,4	-494,5
31.	Einstellung in Gewinnrücklagen			
1	a) in zweckgebunden Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	b) in andere Gewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0
	c) Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0
32.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	0,0	0,0	0,0
Bila	nzgewinn/Bilanzverlust	-207,8	-519,4	-494,5

#### Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

#### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Gemeindepsychiatrisches Zentrum

Friedrichshafen gGmbH

Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de

Gründungsdatum: 13. Dezember 2001

Eintragungsdatum Handelsregister: 8. März 2002

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 10. August 2006

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der GpZ Friedrichshafen GmbH ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis.

Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Friedrichshafen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bruderhaus Diakonie	15.000	30 %
Pauline 13 e.V.	15.000	30 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie,	10.000	20 %
Landkreis Bodenseekreis	5.000	10 %
Stadt Friedrichshafen	5.000	<u>10 %</u>
	50.000	100 %

#### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Ulrich Ott

#### Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender Dr. Dieter Grupp, ZfP Südwürttemberg

Mitglieder: Vertreter aller Gesellschafter

### 5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft "Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis" gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägerschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz. Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

# 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

#### 7. Wesentliche Verträge

keine

#### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte <u>Gesellschafterdarlehen</u> i.H.v. 50.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Seit dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem Zinssatz von 2,5 %.
- ⇒ Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 80.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen Im Geschäftsjahr 2010 waren 28 Mitarbeiter beschäftigt (Vj. 25).

#### 10. Lagebericht

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

- ⇒ Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
- ⇒ Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
  - Tagesstrukturierende Angebote
  - Niederschwellige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten nach SGB II
- ⇒ Vermietung

#### a) Werkstatt (WfbM)

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

- ⇒ Industriemontage
- ⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
- ⇒ Küche, Cafe und Catering
- ⇒ Hausmeisterservice

Die Werkstatt des GpZ erreichte bei den Einnahmen aus Produktion und Dienstleistungen ein besseres Ergebnis als im Vorjahr. Die Auftragsauslastung für die insgesamt 160 behinderten Mitarbeiter war nach befriedigendem Beginn ab Mitte des Berichtsjahres gut. Eine kontinuierliche Beschäftigung war über das ganze Jahr hindurch gesichert.

Die WfbM erzielte Produktionserlöse von 456 T € (393 T €). Die Einnahmen verteilen sich auf die Bereiche industrielle Fertigung 283 T € (201 T €), Bürodienstleistung 26 T € (68 T €), Küche und Hauswirtschaft 115 T € (111 T €) sowie auf den Bereich Hausmeisterservice mit 32 T € (13 T €).

Der starke Anstieg bei den Einnahmen aus Produktion und Dienstleistung gegenüber dem Vorjahr um 63 T € ist umso erfreulicher als das GpZ im Sommer 2010 einen großen Industrieauftrag wegen Produktionsverlagerung verloren hat. Dadurch entstand eine "Lücke" von ca. 60 T € pro Jahr. Diese konnte durch die Inbetriebnahme einer Außenarbeitsgruppe, in Kooperation mit der Werkstatt des Heimes Pfingstweid, gut kompensiert werden. Auch bei den anderen Aufraggebern konnte nach Überwindung der Wirtschaftskrise wieder eine deutliche Zunahme der Aufträge verzeichnet werden.

Positiv ausgewirkt hat sich dabei sicherlich die Tatsache, dass es dem GpZ mit den Bereichen Hausmeisterdienstleistungen Bürodienstleistungen und Küche, Cafe und Hauswirtschaft gelungen ist, neben dem industriellen Bereich ein breites Angebot an Tätigkeiten im Bereich Dienstleistungen zu schaffen. Der Bereich Hausmeisterdienstleistungen hat sich im vergangenen Jahr etabliert und es sind sicher noch Steigerungen möglich.

Die Abteilung <u>Bürodienstleistung</u> hatte in 2010 ebenfalls den Verlust eines kontinuierlichen Archivierungsauftrages zu beklagen. Leider ist es bisher nicht gelungen, diesen angemessen zu ersetzen. Die Konkurrenz und die qualitativen Anforderungen in diesem Bereich sind groß. Trotzdem ist dieser Bereich gerade für unser Angebot in der beruflichen Bildung sehr wichtig. Können hier doch intensiv und individuell viele Fertigkeiten trainiert werden, die in der heutigen elektronisierten Arbeitswelt gebraucht werden. Außerdem können wir mit diesem Bereich ein Klientel erreichen, das die klassische WfbM oft ablehnt.

Die <u>Küchenabteilung</u> des GpZ mit dem angeschlossenen Werkstattcafe war auch in 2010 wieder voll ausgelastet. Hier wird, wie in der Bürodienstleistung, ein starker Schwerpunkt auf Qualifizierung und berufliche Bildung gelegt. In der Kombination mit dem auch für die Öffentlichkeit zugänglichen Cafe im Erdgeschoss, arbeitet das Fachpersonal sehr intensiv mit den Klienten an der Einhaltung von Qualitätsstandards und einem der Gastronomie angepassten serviceorientierten Umgang mit der Kundschaft.

Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit in der WfbM war der Aufbau von zwei Außenarbeitsgruppen in Kooperation mit der Werkstatt des Heims Pfingstweid. In einer Außengruppe sind täglich zwischen sechs und zehn Personen mit der Verpackung von Ersatzteilen beschäftigt. In der Werkstatt des Heims Pfingstweid in Tettnang werden an drei Tagen in der Woche von

ca. sechs Personen Behälter für die Industrieproduktion gereinigt. Bei beiden Tätigkeiten arbeiten geistig behinderte und psychisch behinderte Menschen eng zusammen.

In 2010 waren in der WfbM im Durchschnitt 90 (83) psychisch behinderte Personen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 68 (68) im Arbeitsbereich und 22 (15) im Berufsbildungsbereich. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme vor allem im Bereich Berufliche Bildung dar, während die Platzzahl im Arbeitsbereich stagniert. Für die Betreuung dieser Plätze wurden Werkstattsatzeinnahmen von insgesamt 1.145 T € (1.034 T €) erzielt, davon 806 T € (794 T €) im Arbeitsbereich und 339 T € (240 T €) im Berufsbildungsbereich. Zusammen mit dem Produktionserlösen konnte die WfbM Einnahmen in Höhe von 1.601 T € (1.427 T €) verbuchen. Dieses Ergebnis stellt gegenüber dem Vorjahr eine klare Steigerung dar und kann als sehr erfreulich bezeichnet werden.

#### b) Tagesstätte

Die Tagesstätte im GpZ-FN hatte auch in 2010 wieder eine sehr hohe Klientenfrequenz. Mehr als 100 unterschiedliche Personen nutzten über das Jahr die vielseitigen Angebote der Tagesstätte. Durch einen niedrigschwelligen Zugang können viele psychisch behinderte Menschen erreicht werden, die ansonsten nur schwer den Zugang zu den psychiatrischen Hilfsangeboten finden. Die pauschale Tagesstättenfinanzierung durch die Eingliederungshilfe des Bodenseekreises deckt den groben Kostenrahmen ab. Einige Angebote der Tagesstätte werden gemeinsam mit den Wohnbereichen der ZfP Südwürttemberg, der Bruderhaus Diakonie und den ambulanten Diensten der Pauline 13 erbracht und finanziert.

Das zusätzlich vom Landkreis finanzierte Zuverdienstprojekt, das als niederschwelliges Beschäftigungsangebot dem Ziel dient, die Belastungsfähigkeit zu trainieren und berufliche Perspektiven abzuklären, wird wie auch schon die letzten Jahre sehr gut angenommen. Insgesamt wurden in dieser Maßnahme 49 Personen betreut. Die neun Plätze, die für diese Stabilisierungs- u. Orientierungsmaßnahme zur Verfügung standen, waren durchgängig mehrfach belegt.

An den Angeboten für "Zusätzliche Arbeitsgelegenheiten" nach SGB II, welche vom Amt für Hilfen zur Arbeit finanziert werden, haben insgesamt 65 Personen teilgenommen. Die 40 zur Verfügung stehenden Plätze waren im Schnitt mit 36 Personen über die Fallmanager des Amtes für Hilfen zur Arbeit belegt. Durch die enge Kooperation mit dem Fallmanagement konnte die Verweildauer verkürzt und die Vermittlungsquote auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erhöht werden.

In den Bereichen niedrigschwellige Zuverdienstangebote und Arbeitsgelegenheiten sind zurzeit sogar mehr Personen beschäftigt, als in der WfbM. Dies ist ein klarer Erfolg der konsequenten Ausrichtung unserer Beschäftigungsangebote an den Bedürfnissen der von uns betreuten Menschen.

Die gesamten Einnahmen für die geschilderten Maßnahmen belaufen sich auf 319 T€.

#### c) Vermietung

Die Mietflächen in der Beratungs- und Behandlungsebenen waren ganzjährig komplett vermietet. Hinzu kommt die Vermietung des Normaladens. Der Mietvertrag mit dem Kino "Scala" wurde vom Pächter auf April gekündigt. Die freigewordenen Büroflächen werden durch das GpZ selbst genutzt, die Kinosäle stehen zurzeit leer. Insgesamt habe sich die Mieteinnahmen dadurch um 8 T € verringert und beliefen sich mit Nebenkosten auf 128 T €.

#### Geschäftsverlauf

Das Jahr 2010 war das siebte Jahr in den Räumlichkeiten des ehemaligen Möbelhauses "Weiler" und dem seit 2008 erworbenen Kinogebäude. Wirtschaftlich und inhaltlich betrachtet war 2010 ein gutes Jahr und die Ziele des Wirtschaftsplanes wurden erreicht.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Klientenzahl noch einmal gesteigert. In der Werkstatt stieg die Zahl von 83 auf 90 Beschäftigte. Dies vollzog sich allerdings hauptsächlich im Berufsbildungsbereich. Die Zahlen im Arbeitsbereich bewegen sich auf Vorjahrsniveau. Die Bereiche Zuverdienst und Angelegenheiten waren ganzjährig voll belegt, so dass insgesamt 160 Menschen mit einer psychischen Behinderung beschäftigt wurden.

Der steigenden Klientenzahl und immer differenzierter werdenden Aufgaben wurde beim Fachpersonal durch Neuanstellungen Ende 2009 schon Rechnung getragen. Diese Kosten schlagen in 2010 nun voll zu Buche. Zusätzlich wurde im dritten und vierten Quartal das Personal nochmals um 4,15 Stellen erweitert, bei 2,5 Stellen handelt es sich allerdings um Vertretungsstellen, die im zweiten Quartal 2011 wieder abgebaut wurden.

Die Personalkosten haben sich gegenüber 2009 um 164 T € erhöht. Am Ende des Jahres waren ca. 26 Vollstellen mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt. Hinzu kommen eine geringfügige Beschäftigte, zwei Zivildienstleistende und einige Aushilfskräfte. Auch die Werkstattbeschäftigten profitierten von den guten Umsätzen in der Produktion. Die Löhne haben sich um 15 T € erhöht, was bei ähnlicher Beschäftigungszahl im Arbeitsbereich zu einer leichten Erhöhung des Lohnniveaus führte.

#### d) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse belaufen sich im Jahr 2010 auf 2.048 T €. Dies bedeutet eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 178 T € (9,5 %).

Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstattsätze mit insgesamt 1.145 T €. Hiervon entfallen 806 T € auf den Arbeitsbereich und 339 T € auf den Berufsbildungsbereich.

An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit 456 T €.

Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Kooperationen, Vereinbarungen und zusätzlichen Angeboten Einnahmen in Höhe von 319 T €. Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 128 T €.

Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten in Höhe von 1.020 T € bei den hauptamtlich Beschäftigten inklusive der Aushilfen. Bei den WfbM-Beschäftigten und im Zuverdienst wurden 225 T € ausbezahlt, die Sozialaufwendungen für die behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden.

Die Betriebskosten summierten sich gesamt auf 1.687 T €, davon betrugen die Abschreibung 219 T € und die Zinsen 41 T €.

Der Abschluss 2010 weist einen Jahresüberschuss von insgesamt 298 T € aus. Der Jahresüberschuss wird mit 44 T € in andere und mit 254 T € in die zweckgebundene Gewinnrücklagen eingestellt.

Das GpZ Friedrichshafen erreichte auch in seinem siebten Betriebsjahr wieder ein gutes Ergebnis und konnte die Ziele des Wirtschaftplanes im Ganzen betrachtet noch übertreffen.

#### e) Umsatzerlös / Gesamtleistung

	Umsatzerlös bzw.	Veränderungen	Veränderungen zum
	Gesamtleistung	zum Vorjahr	Vorjahr in %
2010	2.048 T €	+ 178 T €	+ 9,5 %
2009	1.870 T €	+ 62 T €	+ 3,4 %
2008	1.808 T €	+ 184 T €	+ 11,3 %

Die Umsatzerlöse 2010 sind gegenüber 2009 um 9,5 % von 1.870 T € auf 2.048 T € gestiegen.

#### f) Jahresergebnis

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2010	2.048 T €	+ 298 T €	+ 8 %
2009	1.870 T €	+ 322 T €	+ 17 %
2008	1.808 T €	+ 424 T €	+ 23 %

#### g) Personal

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 26 Vollstellen besetzt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Personalkosten bei den hauptamtlich Beschäftigten um ca. 164 T €. Dies entspricht der Aufstockung im Personalbereich, verbunden mit der durch die Tarifsteigerung des TVöD verursachten Kostensteigerungen.

	Umsatzerlöse bzw. Gesamtleistung	Personalkosten	Personalkosten in % der Gesamtleistung
2010	2.048 T €	1.245 T €	61 %
2009	1.870 T €	1.066 T €	57 %
2008	1.808 T €	998 T €	55 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 1.020 T €, an die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 225 T € ausbezahlt, in Summe 1.245 T €. Gerechnet an den Gesamtkosten von 1.646 T € machen die Personalkosten einen Anteil von 76% aus

#### h) Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

$\Rightarrow$	Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von	+ 460 T €
$\Rightarrow$	Cash Flow aus Investitionstätigkeit	- 55 T €
$\Rightarrow$	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 52 T €

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2010 bei 1.278 T € und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 353 T € gestiegen.

·	Bilanzsumme	Finanzmittelbestand	Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme
2010	6.390 T €	1.278 T €	20,00 %
2009	6.194 T €	925 T €	14,93 %
2008	5.975 T €	580 T €	9,71 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

i) Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Abschreibung	Fremdkapital
		in € / %		in € / %
2010	6.390 T €	4.809 T € / 75 %	219 T €	2.189 T € / 34 %
2009	6.194 T €	4.971 T € / 80 %	206 T €	2.194 T € / 35 %
2008	5.975 T €	5.110 T € / 86 %	188 T €	2.319 T € / 39 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 4.809 T € wird folgendermaßen aufgeteilt:

3 3	3	9
Grundstücke und Bauten		4.549 T €
Technische Anlagen		64 T €
Betriebs- und Geschäftsausstattung		196 T €

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 219 T €.

### j) Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in %
			der Bilanzsumme
2010	6.390 T €	2.908 T €	45,51 %
2009	6.194 T €	2.610 T €	42,14 %
2008	5.975 T €	2.288 T €	38,30 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2010 bei 2.908 T €.

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt:

	Bilanzsumme	EK + SoPo	EK + SoPo in %
			der Bilanzsumme
2010	6.390 T €	4.201 T €	65,74 %
2009	6.194 T €	4.000 T €	64,58 %
2008	5.975 T €	3.656 T €	61,20 %

#### k) Chancen- und Risikobericht

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf Bundes-, Landes- und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit der Eingliederungshilfe der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut. Auch im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

In 2010 wurden die Leistungsvereinbarungen mit dem Amt für Hilfen zur Arbeit neu verhandelt. Die von der Bundesregierung im Zuge der Sparkommissionen bis dahin neu getroffenen N€egelungen bezüglich der SGB II Neuorganisation (Hartz-Reform) hatten auf diese Verhandlungen gravierende Auswirkungen. Der Vertrag wurde nur noch bis zum 31.12.2011 verlängert. Außerdem wurde die maximale Platzzahl von 40 auf 35 gesenkt. Wie es 2012 weitergehen wird ist vollkommen offen. Wir erhalten frühestens Ende 2011 eine Aussage über die Weiterführung der Maßnahme und deren Umfang. Deshalb sind wir im Gespräch mit dem Landratsamt Bodenseekreis über Alternativen zur bisher bestehenden Regelung. Ergebnisse dazu dürfte es aber frühestens Ende 2011 geben. Im Falle einer kompletten Einstellung der Maßnahme in 2012 hätte das GpZ über befristete Arbeitsverhältnisse genug Spielraum um personell angemessen reagieren zu können.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

#### m) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

#### n) Prognosebericht

In seinem siebten Betriebsjahr hat das GpZ Friedrichshafen den Kurs der Konsolidierung eingehalten und seine wirtschaftliche Grundlage noch einmal verbessert.

Die Auslastung war sehr gut.

Schwerpunkt der Arbeit in der WfbM wird einerseits die Stabilisierung der beiden Außenarbeitsgruppen in Kooperation mit der Werkstatt des Heims Pfingstweid sein. Eine zusätzliche Außengruppe wird seit März 2011 bei einem Unternehmen in Friedrichshafen aufgebaut. Das GpZ Friedrichshafen ist dort an drei Tagen der Woche mit 5 Klienten in der Regalreinigung eingesetzt. Bei zufriedenstellender Auftragserfüllung könnte die Kooperation mit dieser Firma ausgeweitet werden. Dabei handelt es sich um sehr arbeitsmarktnahe Arbeitsplätze, die sich gut zur Arbeits- und Belastungserprobung für den allgemeinen Arbeitsmarkt anbieten. Damit ist auch der andere Schwerpunkt benannt: die Umsetzung des neuen Fachkonzeptes im Bereich Berufliche Bildung und die verstärkten Vermittlungsbemühungen unserer Beschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Dafür wurde zusätzlich Personal im Bereich Integrationsmanagement eingestellt.

Die Planung eines Neubaus auf dem Gelände des alten Kinos wurde Anfang des Jahres wieder aufgenommen, nachdem die Stadt Friedrichshafen signalisierte, dass sie sich eine frühere Bezuschussung des Projektes vorstellen könnte. Gemeinsam mit einem Architekten und einer Planungsgruppe mit allen Gesellschaftern wurden verschiedene Alternativen entwickelt. Auf jeden Fall wird dieses Thema der Schwerpunkt des zweiten Halbjahres 2011 sein.

Bei allen neuen Projekten gilt es aber immer den Focus auch auf das Kerngeschäft des Gemeindepsychiatrischen Zentrums zu richten: den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer niederschwelligen, vernetzten und ambulanten Versorgungsstrukturen mit dem Ziel, den psychisch kranken Menschen ein Höchstmaß an Autonomie und Lebensqualität zu ermöglichen.

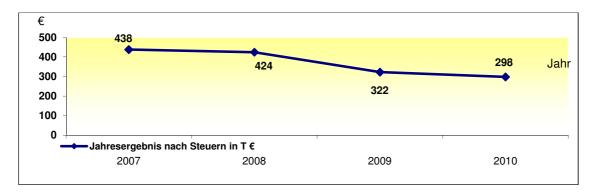
Die GpZ Friedrichshafen erwartet eine positive Entwicklung.

Friedrichshafen, den 20. Juni 2011 Ulrich Ott, Geschäftsführer

### 11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt, Ravensburg

#### 12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



# Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2010

Bil	lanz zum 31.12.2010	20	2010 2		9	2008	
Ak	tiva	T€	%	T€	%	T€	%
A.	Anlagevermögen  I. Immaterielle Vermögensgegenstände  1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	25,1	0,4	35,4	0,6	34,5	0,6
	<ul> <li>II. Sachanlagen         <ol> <li>Grundstücke und Bauten</li> <li>Anlagen und Maschinen</li> <li>Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</li> </ol> </li> <li>III. Finanzanlagen         <ol> <li>Genossenschaftsanteile</li> </ol> </li> </ul>	4.549,2 64,2 171,3	71,2 1,0 2,7	230,5	1,2	270,3	79,0 1,4 4,5
	T. Gonosconconancameno	4.809,9	75.3	4.970,9	80.3	5.109,8	85,5
B.	<ul> <li>Umlaufvermögen</li> <li>I. Vorräte</li> <li>1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</li> <li>2. Unfertige Leistungen</li> <li>3. Waren</li> </ul>	6,1	0,1	6,0	0,1	5,5	0,1
	<ul> <li>II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</li> <li>1. Forderungen aus Lieferung und Leistung</li> <li>2. Forderung gegen verbunden Unternehmen</li> <li>3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein</li> </ul>	248,8	3,9	129,8	2,1	148,6	2,5
	Beteiligungsverhältnis besteht 4. Forderungen gegen Gesellschafter	15,8	0,2	15,3	0,2	35,2	0,6
	<ol> <li>Sonstige Vermögensgegen- stände</li> </ol>	30,7	0,5	146,0	2,4	91,7	1,5
	III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.278,1	20,0	924,7	14,9		9,7
		1.579,4	24,7	1.221,9	19,7	860,9	14,4
C.	Rechnungsabgrenzungsposten I. Disagio II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,8	0,0	1,2	0,0	4,1	0,1
Bil	lanzsumme	6.390,1	100,0	6.194,0	100,0	5.974,8	100,0

# Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010			010 2009		9 2008		)8
Passiva			%	T€	%	T€	%
A.	Eigenkapital						
	I. Gezeichnetes Kapital	50,0	0,8	50,0	0,8	50,0	0,8
	II. Kapitalrücklage						
	III. Gewinnrücklage						
	<ol> <li>Zweckgebundene Rücklagen</li> </ol>	2.484,7	38,9	2.230,3	36,0	1.957,4	32,8
	<ol><li>Andere Gewinnrücklagen</li></ol>	373,3	5,8	329,6	5,3	280,2	4,7
	IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
	V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
		2.908,0	45,5	2.609,9	42,1	2.287,6	38,3
В.	Sonderposten für Investitionszu-	1.293,1	20,2	1.390,3	22,4	1.367,6	22,9
	schüsse zum Anlagevermögen						
C.	Empfangene Ertragszuschüsse						
D.	Rückstellungen						
	I. Rückstellungen für Pensionen und						
	ähnliche Verpflichtungen						
	II. Steuerrückstellungen						
	III. Sonstige Rückstellungen	59,3	0,9	56,9	0,9	58,2	1,0
		59,3	0,9	56,9	0,9	58,2	1,0
E.	Verbindlichkeiten						
	I. Verbindlichkeiten gegenüber Kredit-	633,1	9,9	688,2	11,1	743,2	12,4
	instituten	E7 /	0.0	15.0	0.2	10.0	0.2
	II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	57,4	0,9	15,9	0,3	19,9	0,3
	III. Verbindlichkeiten gegenüber ver-						
	bundenen Unternehmen						
	IV. Verbindlichkeiten gegenüber Un-						
	ternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
	V. Verbindlichkeiten gegenüber Ge-	599,4	9,4	597,4	9,6	628,5	10,5
	sellschaftern	233,1	-, .		٠,٠	,0	
	VI. Sonstige Verbindlichkeiten	837,0	13,1	832,7			14,6
		2.127,0	33,3	2.134,3	34,5	2.261,3	37,8
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	2,7	0,0	2,7	0,0	0,0	0,0
Bil	anzsumme	6.390,0	100,0	6.194,0	100,0	5.974,8	100,0

# Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	2010		2009		2008	
	-	T€	%	T€	%	T€	%
1.	Umsatzerlöse	2.048,4	93,0	1.870,5	87,5	1.807,6	85,8
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	97,2	0,0	97,2	0,0	88,7	4,2
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	119,9	0,0	124,5	5,9
4.	sonstige betriebliche Erträge	56,3	2,6	51,1	2,4	86,0	4,1
5.	Gesamtleistung	2.202,0	100,0	2.138,7	100,0	2.106,8	100,0
6.	Materialaufwand  a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	92,0	5,0	94,8	5,1	84,3	5,1
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	34,6	2,1
7.	Personalaufwand  a) Löhne und Gehälter	1.058,0	56,9	909,7	48,9	853,8	52,0
	b) Soziale Abgaben	205,6	11,1	175,5	9,4	148,7	9,1
8.	Abschreibungen auf immaterielle	218,6	11,8	206,2	11,1	188,0	11,4
	Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9.	Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten	0,0	0,0	119,9	6,4	124,5	7,6
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	284,5	15,3	259,3	14,0	208,8	12,7
	Gesamtaufwand	1.858,8	100,0	1.765,3	95,0	1.642,6	100,0
12.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	343,2		373,3		464,2	
14.	Erträge aus Beteiligungen Erträge aus Gewinnabführungsvertrag Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlage- vermögens						
16.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,0		12,5		26,1	
	Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme						
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-56,7		-60,2		-63,7	
	Finanzergebnis	-41,7		-47,7		-37,6	
20.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	301,5		325,6		426,6	
21.	Außerordentliche Erträ- ge/Aufwendungen						
	Steuern vom Einkommen und Ertrag Sonstige Steuern	0,0 3,4		0,0 3,4		0,0 2,5	
24.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-) Einstellung in Gewinnrücklagen	298,1		322,3		424,1	
۷٥.	a) in zweckgebunden Rücklagen	254,5		272,9		361,8	
26.	b) in andere Gewinnrücklagen Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	43,6		49,4		62,3	
Bila	nzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

### Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

#### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen

Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-99 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de

Gründungsdatum: 13. Dezember 2001

Eintragungsdatum Handelsregister: 5. März 2002

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 27. Juli 2006

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Überlingen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Vianney Gesellschaft e.V.	12.500	50 %
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	2.500	10 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie	2.500	10 %
Pauline 13 e.V.	2.500	10 %
Landkreis Bodenseekreis	2.500	10 %
Stadt Überlingen	2.500	10 %
	25.000	100 %

#### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer Herr Ingo Kanngießer

Gesellschafterversammlung ist eingerichtet

#### 5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodenseekreis und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

#### 7. Wesentliche Verträge

keine

#### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte <u>Gesellschafterdarlehen</u> i.H.v. 25.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ab dem 30. Juni 2007 erfolgt eine Verzinsung mit einem jährlich in der Gesellschafterversammlung festgelegten Zinssatz von derzeit 2,5 %.

Das im Geschäftsjahr 2002 durch den Landkreis gewährte Zwischenfinanzierungsdarlehen i.H.v. 55.000 € wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Das Darlehen bleibt zins- und tilgungsfrei.

<u>9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen</u> Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 27 Personen (Vj. 28,5) beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Minderung um ca. 1 %.

#### 10. Lagebericht

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodensee-kreis, im Paritätischen Wohlfahrtsverband und im Werkstättenverbund Bodensee-Oberschwaben.

In der Gesellschafterversammlung am 30.07.2009 der ARKuS gGmbH wurde einstimmig beschlossen die Gesellschaft mit Wirkung zum 31.07.2009 aufzulösen und Herrn Ingo Kanngießer zum alleinigen Liquidator zu bestellen. Die Eintragung der Liquidation im Handelsregister erfolgte am 28.8.2009. Die Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgte am 9.9.2009. Der Liquidationsjahresabschluss erfolgte zum 31.10.2010. Damit wurde die Liquidation der ARKuS gGmbH abgeschlossen.

## a) Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Allgemein

Die GpZ Überlingen gGmbH hat in 2009 mit zwei Standorten in Überlingen das bei der Gründung postulierte Prinzip "Alles unter einem Dach" etwas aufgeweicht und seither die ersten Erfahrungen sammeln können. Grundsätzlich sind die Erfahrungen positiv zu bewerten. Die GpZ Überlingen kann feststellen, dass die in den Vorjahren bewirkten positiven Ergebnisse der kooperativen Versorgung psychisch kranker Menschen mit Komplexleistungen nicht so stark an einen gemeinsamen Standort gebunden sind wie zunächst angenommen wurde. Wichtig bleiben die räumliche Nähe und die enge Kommunikation der Beteiligten. Insbesondere die standortübergreifende Kommunikation aber auch die Prozesse bezüglich Daten und Waren sind inzwischen zur Routine geworden.

Die Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Linzgau-Kinder- und Jugendheim insbesondere mit der Janusz-Korczak-Schule (Sonderschule E) wurde trotz sehr hinderlicher Systemgrenzen zwischen staatlicher Schulverwaltung und beruflicher Rehabilitation weiter ausgebaut. Ein Mitarbeiter der Abteilung Metall wird auch als Fachlehrer für die Janusz-Korczak-Schule eingesetzt.

#### Abteilungen

330 – Metallbearbeitung – Mit der Anmietung der Räumlichkeiten im Gewerbegebiet konnte auch die neue Abteilung "Metallbearbeitung" eröffnet werden. Die Anstellung eines weiteren Mitarbeiters als Zweitkraft für die zwei Abteilungen Metall und Montage erfolgte zum 1.2.2010. Auch in 2010 spielte die allgemeine Wirtschaftskrise für diese Abteilung eine hinderliche Rolle. Alles in allem kann die Entwicklung im ersten vollständigen Geschäftsjahr unter den gegebenen Rahmenbedingungen als gut bewertet werden.

340 – Wäscherei/Hauswirtschaft – Die maschinelle Erweiterung wurde wie geplant in 2010 vollzogen. Die räumlichen Kapazitäten sind damit ausgeschöpft. Nach erneutem Wachstum in 2010 sind in dieser Abteilung wiederum die Auslastungsgrenzen erreicht. Es gibt weitere konkrete Kundenanfragen, so dass ein weiterer räumlicher und maschineller Ausbau immer noch sinnvoll erscheint. Der Umsatz konnte deutlich gesteigert werden.

350 – Küche/Catering – Der Bereich Küche ist gut ausgelastet. Die Anfragen von Betroffenen für die Küche als Arbeits- und Lernfeld sind ungebrochen hoch. Einen weiteren Ausbau des Kundenstammes oder des Auftragsvolumen ist mit der vorhandenen räumlichen Ausstattung allerdings nicht zu realisieren. Um den zukünftigen Anfragen vollständig entsprechen zu können müssen in naher Zukunft Konzeptalternativen geplant und umgesetzt werden. Der Geschirrmobilverleih bringt die erwarteten Erlöse und "Kundenkontakte" ins GpZ.

360 – Garten- und Landschaftspflege – Eine ganzjährige Beschäftigung der Klienten ist möglich. Die Umsätze sind wiederum leicht zurückgegangen. Der Preiskampf in diesem Geschäftsfeld wird zunehmend härter. Nach heutigem Ermessen wird sich dieser Trend auch weiter fortsetzen. In dieser Abteilung wurden bereits und werden noch verstärkt zukunftsorientierte Gespräche und Planungen bezüglich Betreuungskonzept und Dienstleistungsangebot durchgeführt.

370 – Atelier – Bis auf Weiteres kein aktiver Geschäftsbetrieb.

380 – Montage und Verpackung – Nachdem sich die Umsätze schon im Vorjahr verschlechtert haben, hat sich dieser Negativtrend in 2010 weiterentwickelt. Das deutliche Umsatzminus ist insbesondere durch den 6-monatigen Ausfall unseres Hauptkunden entstanden und konnte nicht mehr ausgeglichen werden. Die sehr harten Preisverhandlungen haben wir zu unseren Gunsten durchsetzen können. Inzwischen arbeiten wir wieder für diesen Kunden, wenn auch in viel kleinem Umfang. Durch die Kooperation mit der Sprungbrett-Werkstatt konnte das Auftragsvolumen wieder gesteigert und stabilisiert werden. Das Auftragspotenzial für unsere sehr kleine Einheit wird auch in Zukunft übersichtlich und klein bleiben.

390 – Digital Service – Immer noch steigen die Klienten-Anfragen für dieses Arbeits- und Lernfeld. Die Auftragslage ist akzeptabel. Neben der Weiterführung der Bearbeitung von Mailing-Aufträgen und dem Betreiben eines Online-Shops (ebay-Agentur) konnten in 2010 sowohl der Kundenkreis, als auch die Umsätze im Bereich Druckstudio gut ausgebaut werden.

600 – Begleitende Dienste – Hier sind der Sozialdienst, die Integrationsassistenz und der Psychologische Dienst zusammengefasst. Der Sozialdienst und die Integrationsassistenz unterstützen maßnahmenübergreifend die Betroffenen und die Produktionsbereiche. Der in 2009 eingeführte Psychologische Dienst unterstützt die (Persönlichkeits-)Bildung von Werkstattbeschäftigten. Zusätzlich wurde eine neue "Maßnahme" im Bereich Leistungsbeurteilung für Langzeitarbeitslose erstmals durchgeführt. Inzwischen ist auch ein Vertrag für das Jahr 2010 unterschrieben. Über eine zukünftige Vertragslaufzeit kann keine verlässliche Aussage getroffen werden. Die Kosten werden über unterschiedliche Verteilerschlüssel auf die Produktionsbereiche bzw. Maßnahmen umgelegt.

700 – Management – Das Management (Personal-, Finanz- und Organisationsmanagement) dient ausschließlich der Verwaltung und Entwicklung der GpZ Überlingen gGmbH. Die entstehenden Kosten werden über unterschiedliche Verteilerschlüssel auf die Produktionsbereiche bzw. Maßnahmen umgelegt.

900 – Vermietung – In 2010 gab es eine kleine Rochade der Büroräume in der Oberen Bahnhofstraße 18. Die Pauline 13 e.V. hat anstelle eines kleineren Büros ein größeres freies Büro bezogen, so dass das kleinere Büro für die Vianney-Gesellschaft e.V. frei wurde. Die Vianney-Gesellschaft e.V. hat dann im März 2010 dieses Büro angemietet. Die Vernetzung, insbesondere mit den Mitarbeiterinnen des ambulant Betreuten Wohnens kann damit noch intensiver gestaltet werde. Die Einnahmen sind kostendeckend.

Zusammenfassung – Insgesamt sind die Entwicklungen der GpZ Überlingen gGmbH in 2010 als vielseitig und erfolgreich zu bewerten. Es wurde viel Zeit und Energie für die Entwicklung eines umfassenden, sozialgesetzbuch-übergreifenden Bildungsverhältnisses verwendet. Dies ist durch die sich vielfältig verändernden sozial-politischen Rahmenbedingungen wie z.B. die UN-Behindertenrechtskonvention nötig geworden. Auch wenn unsere Bemühungen noch nicht abgeschlossen sind, kann jetzt schon eine sehr positive Bilanz gezogen werden. Insofern ist auch 2010 ein erfolgreiches Jahr gewesen.

Die Erlöse durch Fertigung und Dienstleistung konnten vergrößert werden. Innerhalb der einzelnen Abteilungen gibt es allerdings größere Schwankungen. Einzelheiten sind bereits oben dargestellt.

Das Ergebnis ist gegenüber dem Planungsansatz und im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

### Maßnahmen

AB - Im Arbeitsbereich sind die Pflegesätze (Grund- und Maßnahmenpauschale) zum 1.1.2011 um 2,5% mit einer Laufzeit bis zum 30.06.2012 erhöht worden. Der Anteil der Beschäftigten und damit der Abrechnungsmonat steigt in der Maßnahme erwartungsgemäß kontinuierlich an.

BB - Auch im Berufsbildungsbereich wurden die Pflegesätze zum 1.1.2011 um 2,5% angehoben. Außerdem wurde der pauschalierte Aufschlag für den höheren Personalschlüssel von 11,50 € auf 12,00 € erhöht. Das Ziel, die Stabilisierung der Anzahl der Neuaufnahme, konnte auf dem bisherigen hohen Niveau nicht gehalten werden. Der Anteil der Umsatzerlöse nimmt für diese Maßnahme entsprechend ab.

TS – Die Tagesstättenfinanzierung deckt die Kosten für die Tagesstätte ab. Da die Pauschalfinanzierung laut Rahmenvereinbarung auch für die niederschwellige Beschäftigung von psychisch kranken Menschen zu verwenden ist, werden die Erlöse der Tagesstättenpauschale auf die Therapeutisch Beschäftigten teilweise in der Kostenträgerrechnung umgelegt.

ZV – Die freiwillig finanzierte Zuverdienst-Maßnahme im Bodenseekreis, wird pauschal pro Platz (6 im GpZ Überlingen) vergütet. Außerdem wird ein Zusatzbetrag je Abrechnungsmonat aus der Tagesstättenpauschale umgelegt. Dennoch ist diese Maßnahme nicht kostendeckend

AG – Die Vereinbarung mit dem Landratsamt Bodenseekreis "Jobcenter" bezüglich der Arbeitsgelegenheiten läuft zum 31.12.2010 aus. Die durchschnittliche Belegung in 2010 lag bei 29,75. Damit wurden die vertraglichen max. 30 Plätze nahezu vollständig belegt. Trotz deutlicher Steigerung der Belegung ist die Maßnahme nicht kostendeckend finanziert.

TB – Therapeutische Beschäftigte sind all jene Personen(gruppen), die nicht den oben beschriebenen Maßnahmen zugeordnet werden können, eine niederschwellige und unkompli-

zierte Hilfeleistung im Sinne der Kooperationsvereinbarung GpV Bodenseekreis und im Rahmen der Tagesstättenpauschale aber angezeigt ist. Pflegesatzerlöse werden ausschließlich durch Umlage aus der Tagesstättenpauschale erzielt.

TVH – Therapeutisch Beschäftigte aus dem Vianney-Hospital werden stundenweise abgerechnet. Nach Umlage aller Kosten ist auch diese Maßnahme nicht kostendeckend. Der insgesamt geringe Umfang relativiert dies allerdings stark.

Zusammenfassung – Insgesamt hat sich die Angebotsbreite der sozialen Leistungen im GpZ Überlingen gGmbH weiter entwickelt. Die Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Leitungsträger, dass das GpZ Überlingen ein zuverlässiger und serviceorientierter Dienstleister ist und entsprechend der Vorgaben von Gesetzen, Richtlinien und der GpV-Vereinbarung erfolgreich arbeitet, hat sich weiter verfestigt.

#### <u>Belegung</u>

Zum Stichtag 31.12.2010 waren folgende Personen im GpZ Überlingen beschäftigt:

		AB (0901)	BB (0902)	ZV (1202)	AG (0201)	TVH (0101)	TB (0103)	Summe
_	2010	47	17	6	32	4	7	113
Ī	2009	41	23	7	25	2	5	103
Ī	2008	34	24	6	9	1	4	78

Im GpZ Überlingen wurden zum Stichtag 31.12.2010 113 Personen (103) davon 47 im Arbeitsbereich (41) und 17 im Berufsbildungsbereich (23) beschäftigt. Durchschnittlich beschäftigt waren 110 Personen (92) davon im Arbeitsbereich 43,2 und im Berufsbildungsbereich 20,1. 7,8 Personen im Rahmen des Zuverdienstes, 29,8 Personen im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten und 6,6 als Therapeutisch Beschäftigte.

#### Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2010 (1.697 T €) gliedern sich in folgende Bereiche auf: Die Einnahmen durch Pflegesätze in Höhe von 1.135 T € bilden hierbei die größte Position. Die pauschalierte Tagesstättenförderung lag bei 46 T € und 22 T € für das Zuverdienstangebot. Hinzu kommen Erlöse im Rahmen der Regiekosten nach SGB II in Höhe von 141 T € und der Therapeutisch Beschäftigten mit 10 T €. Der Umsatz aus Produktionserlösen lag bei 521 T €. Darin sind Sonstige Erlöse von 6 T € enthalten. Der Mietbereich erreichte Einnahmen in Höhe von 41 T €. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fliest mit 17 T € in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein.

Diesen Einnahmen stehen Gesamtkosten in Höhe von 1.498 T € und ein Wareneinkauf/-Fremdleistungen von 128 T € gegenüber. In den Gesamtkosten sind 1.021 T € Personal-kosten und 186 T € Abschreibungen enthalten.

Der Jahresüberschuss 2010 über 71 T € wird mit 10 T € in die freie und mit 61 T € in die zweckgebundene Rücklage gehen.

Die Rücklagen verbessern die Liquidität und ermöglichen die Realisierung der noch anstehenden notwendigen Investitionen bzw. die Refinanzierung der Erstinvestitionen. Diese stehen zum 31. Dezember 2010 noch mit 939 T € als langfristige Verbindlichkeiten in der Bilanz. Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Investitionen in Höhe von 84 T € (Vj. 349 T €) getätigt. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

Umsatzerlös/Gesamtleistung

	Umsatzerlös bzw.	Veränderung	Veränderung zum
	Gesamtleistung	zum Vorjahr	Vorjahr in %
2010	1.697 T €	+ 163 T €	+ 10,6 %
2009	1.534 T €	+ 138 T €	+ 9,9 %
2008	1.396 T €	+ 15 T €	+ 1,1 %

Der Umsatz in 2010 ist von 1.534 T € in 2009 um ca. 10,6 % auf 1.697 T € gestiegen.

#### Jahresergebnis

	Umsatzerlös bzw. Gesamtleistung	Jahresergebnis	Jahresergebnis in % der Gesamtleistung
2010	1.697 T €	+71 T €	+4,2 %
2009	1.534 T €	+34 T €	+2,2 %
2008	1.396 T €	+119 T €	+8,5 %

Mit dem Jahresüberschuss 2010 von ca. 71 T € wurden die im Wirtschaftsplan beschriebenen Ziele nicht nur erreicht, sondern deutlich übertroffen.

#### Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 27 Personen beschäftigt. Davon 4 in der Verwaltung, 4 die dem Begleitenden Dienst zugeordnet werden und 12,92 in den Produktionsbereichen. Hinzu kommen noch 2,08 als Zivildienstleistende, 2 als Produktionshelfer und weitere 2 die nicht direkt zugeordnet werden können. Das sind im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich 1.5 Personen weniger.

Für die im Arbeitsbereich beschäftigten Personen wurden 116 T € ausbezahlt. Das ist im Vergleich zum Vorjahr (105 T €) eine Steigerung um ca. 10 %. Mit 59.645 Lohnstunden, inklusive der Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage ist der Durchschnittsstundenlohn in 2010 auf 1,94 € und im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesunken (2009: 1,99 €, 2008: 2,04 €, 2007: 2,33 €, 2006: 2,26€). Bei 518 Abrechnungsmonaten ergibt sich ein Durchschnittsmonatslohn von ca. 224 € (Vj. 235 €). Dieser ist im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesunken, liegt aber immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

	Umsatzerlös bzw. Gesamt- leistung	Gesamt- kosten	Personal- kosten	Personalkosten in % der Gesamtleistung	Personalkosten in % der Ge- samtkosten
2010	1.697 T €	1.626 T €	1.021 T €	60,2 %	62,8 %
2009	1.534 T €	1.409 T €	913 T €	59,5 %	64,8 %
2008	1.396 T €	1.136 T €	825 T €	59,1 %	72,6 %

Der Personalaufwand in 2010 beläuft sich auf **1.021 T €** oder 60,2 % der Gesamtleistung bzw. 62,8 % der Gesamtkosten.

Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten liegt 2010 bei 62.8% (2009: 64.8%, 2008: 72.6%, 2007: 67.6%, 2006: 66.4%, 2005: 68.5%, 63.8%, 2003: 60.6%) und ist damit der niedrigste Wert der letzten Jahre.

#### Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

| 2010 | 2009

	2010	2009	2008
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	118 T €	253 T €	165 T €
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-69 T €	-347 T €	-46 T €
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-50 T €	-51 T €	73 T €
Finanzmittelbestand	641 T €	642 T €	787 T €

Der Finanzmittelbestand liegt zum Stichtag 31. Dezember 2010 bei 641 T € und sinkt im Vergleich zum Vorjahr minimal um 1 T €.

	Bilanzsumme	Finanzmittelbestand	Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme
2010	2.799 T €	641 T €	22,9 %
2009	2.854 T €	642 T €	22,5 %
2008	2.850 T €	787 T €	27,6 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Tagesgeldkonto der Volksbank Überlingen. Dieses wird jedoch wie ein Tagesgeldkonto abzüglich 0,25-Zins-Punkte verzinst. Das Geld ist somit sicher und erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsummen auch als Festgeld über maximal zwölf Monate angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	Bilanzsumme	Anlagevermögen in € / %	Abschreibung
2010	2.799 T €	1.895 T € / 67,7 %	186 T €
2009	2.854 T €	2.014 T € / 70,6 %	167 T €
2008	2.880 T €	1.833 T € / 64,3 %	134 T €

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen insgesamt 186 T € und gliedern sich in:

** **	
EDV-Software	12 T €
Grundstücke und Bauten	42 T €
Technischen Anlagen und Maschinen	7 T €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	125 T €

#### Eigenkapital

	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapital in %
			der Bilanzsumme
2010	2.799 T €	998 T €	35,66 %
2009	2.854 T €	927 T €	32,48 %
2008	2.850 T €	893 T €	31,33 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2010 bei 998 T € und ist im Vergleich zum Vorjahr um 71 T € gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar:

J	Bilanzsumme	EK + SoPo	EK + SoPo in % der Bilanzsumme
2010	2.799 T €	1.636 T €	58.45 %
2009	2.759 T € 2.854 T €	1.612 T €	56,48 %
2008	2.850 T €	1.626 T €	57.05 %

#### b) Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. der Leistungsträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft GpV, die Trägergemeinschaft GpV statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.

Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (67 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt. Im Bereich Vermietung (2,4 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (30,7 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil und des Online-Shops, erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.

Die räumliche und strategische Ausrichtung der Betreuungs- und Qualifizierungsleistungen der GpZ Überlingen gGmbH haben sich zunehmend auf alle Bürger des Bodenseekreises und somit über alle Sozialgesetzbücher hinweg ausgerichtet. Damit wird insbesondere den Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention und den Vorgaben der Kooperationsvereinbarung des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bodenseekreis entsprochen.

Die diskutierten Sparpläne auf Bundes-, Landes- und Kreisebene stehen dem weitestgehend entgegen und deuten eine weiterhin unruhige und vor allem unsichere Zukunft an. Insbesondere für den zum 31.12.2011 auslaufenden Vertrag im SGB II ist eine Verlängerung sehr ungewiss. Trotz gegenteiliger Aussagen wurde bereits in 2011 die Platzzahl reduziert. Der Erlösanteil dieser Maßnahme liegt in 2010 bei über 12 % der Pflegesatzerlöse. Das Wegfallen dieser Einnahmen würde empfindliche Einsparungen nach sich ziehen müssen.

Außerdem verschlechtert die immer konsequenter durchgeführte Ausschreibungspraxis des Jobcenters und der Bundesagentur für Arbeit die Position kleiner regionaler Versorger.

Der durch die Wirtschaftskrise noch verstärkte Preis- und Leistungsdruck rückt das angestrebte Ziel, den Anteil der Umsätze durch Fertigungs- und Dienstleistungserlöse deutlich zu steigern, in weitere Ferne. Anstatt diesen Umsatzanteil zu steigern stagniert dieser bei ca. 30 %. Somit konnte in 2010 die Anhängigkeit von öffentlichen Mitteln und politischen Prioritäten nicht wesentlich verringert werden. Ähnliches gilt auch für die ProfiL+ Maßnahme. Diese könnte allerdings auch als Basis für eine verbesserte, dem SGB II angepasste "Einsatzmaßnahme" im Rahmen der Aktivierungshilfe für die voraussichtlich ab 2012 wegfallenden Arbeitsgelegenheiten dienen.

Weitere bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

#### c) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Juni 2011 wurde eine Leistungsvereinbarung mit dem Jobcenter Bodenseekreis für die Arbeitsgelegenheiten mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2011 vereinbart. Darin ist eine Kürzung der Platzzahlen von 30 auf 25 zum 1.7.2011 enthalten. Außerdem ist die Vereinbarung für die ProfilL+ Maßnahme am 10.1.2011 nochmals bis zum 31.12.2011 verlängert worden. Des Weiteren sind nach dem Abschlussstichtag keine weiteren wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

#### d) Prognosebericht

Das GpZ Überlingen hat sich schon in den letzten Jahren eine solide wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2010 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil. Auch wenn die Fertigungs- und Dienstleistungserlöse in den einzelnen Abteilungen Schwankungen unterliegen sind die Gesamterlöse um 63 T € gestiegen.

In 2010 sind die Pflegesatzerlöse im Berufsbildungsbereich um 16,8 % auf 332 T € gesunken. Im Arbeitsbereich um 14,3 % auf 545 T € gestiegen. In der Summe haben sich die Veränderungen nahezu ausgeglichen. Damit hat sich der bisherige Trend von Neuaufnahmen im Berufsbildungsbereich abgeschwächt, konnte aber durch Neuaufnahme im Arbeitsbereich ausgeglichen werden. Dies wird sich auch in den Folgejahren beobachten lassen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur "Leistungssteigerung der Arbeitsmarktpolitischen Instrumente" wird sich voraussichtlich ab 4/2012 das SGB II und das SGB III neu ausrichten. Die Folgen sind momentan noch nicht abzuschätzen. Das Instrument der Arbeitsgelegenheiten soll dann wohl sehr stark eingeschränkt werden. Ob es danach für "arbeitsmarktferne" langzeitarbeitslose Menschen verbessert oder keine Möglichkeit der Unterstützung und Begleitung gibt, bleibt momentan ungewiss.

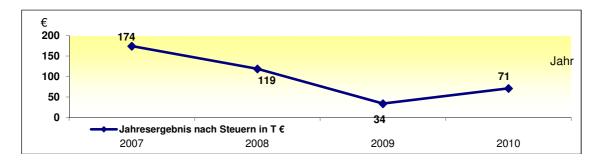
Die Folgen der Wirtschaftskrise hat das GpZ Überlingen nicht so stark getroffen wie befürchtet. Durch die breit gefächerte Maßnahmen-, Dienstleistungs- und Fertigungsangebote gehen wir von einer guten Ausgangslage aus. Insgesamt rechnen wir für die nächsten ein bis zwei Jahre mit stagnierenden Umsätzen, ansonsten mit einem turbulenten und von Unsicherheit geprägten Verlauf.

Überlingen, 24. Juni 2011 Ingo Kanngießer, Geschäftsführer

#### 11. Abschlussprüfer

Merz & Auer, Ravensburg

#### 12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss in T €



# Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010	201	0	200	9	200	8
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Anlagevermögen     I. Immaterielle Vermögensgegenstände     1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13,5	0,5	10,5	0,4	19,4	0,7
<ul> <li>II. Sachanlagen</li> <li>1. Grundstücke und Bauten</li> <li>2. Technische Anlagen und Maschinen</li> <li>3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</li> <li>4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</li> </ul>		2,3 13,1	57,8 438,3	2,0 15,4	64,9 199,2	53,6 2,3 7,0 0,3
III. Finanzanlagen  1. Anteile an verbundenen Unternehmen  B. Umlaufvermögen  I. Vorräte	0,0 <b>1.894,5</b>		2.014,0	·	1.833,2	0,5 64,3
<ol> <li>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</li> <li>Unfertige Leistungen</li> <li>Waren</li> </ol>	18,9	0,7	10,4	0,4	13,2	0,5
<ul> <li>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</li> <li>1. Forderungen aus Lieferung und Leistung</li> <li>2. Forderung gegen verbunden Unternehmen</li> <li>3. Sonstige Vermögensgegenstände</li> </ul>	205,3 0,0 39,4	0,0	•	0,0	0,0	4,4 0,0 3,2
III. III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten			641,8 <b>839,9</b>			·
C. Rechnungsabgrenzungsposten I. Disagio II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,0				0,0	0,0
Bilanzsumme	2.799,2	100,0	2.854,0	100,02	2.849,7	100,0

# Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010	201	0	2009	•	200	8
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital	05.0	0.0	05.0	0.0	05.0	0.0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	0,9	25,0	0,9	25,0	0,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage	960.2	20.7	700.7	20.0	771.0	07.1
Zweckgebundene Rücklagen     Andere Gewinnrücklagen	860,3 112,9			•	771,3 96,7	•
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	112,9	4,0	103,3	3,0	90,7	3,4
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
v. variiesuberschuss/variiesienibetrag	998,1	35.7	926,9	32.5	893,0	31 3
	330,1	00,7	320,3	02,0	000,0	01,0
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	637,7	22,8	685,3	24,0	733,0	25,7
zum Anlagevermögen		Í	•	,	ŕ	
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche						
Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	74,4	2,7			73,3	2,6
	74,4	2,7	77,8	2,7	73,3	2,6
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	294,9	10,5	320,5	11,2	346,1	12,1
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung		0,5			23,9	0,8
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen,						
mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		00.5	740.4	00.0	700.0	07.4
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	743,0		748,4 1.116,2		780,3	-
	1.032,1	57,0	1.110,2	JJ, I	1.150,4	40,4
F. Rechnungsabgrenzungsposten	36,9	1,3	47,7	1,7	0,0	0,0
Bilanzsumme	2.799,2	100,0	2.854,0	100,02	2.849,7	100,0

# Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	201	0	200	9	200	8
		T€	%	T€	%	T€	%
1.	Umsatzerlöse	1.697,3	96,3	1.534,4	93,0	1.395,5	86,1
2.	Sonstige betriebliche Erträge	65,6	3,7	115,8	7,0	225,5	13,9
3.	Gesamtleistung	1.763,0	100,0	1.650,1	100,0	1.621,0	100,0
4.	Materialaufwand						
''	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für be- zogene Waren	117,4	7,0	115,8	7,2	216,7	14,5
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11,1	0,7	17,1	1,1	19,0	1,3
5.	Personalaufwand	024.0	E0.0	751.6	47.0	607.4	4E O
	<ul><li>a) Löhne und Gehälter</li><li>b) Soziale Abgaben</li></ul>	834,0 186,9	50,0 11,2	751,6 169,3	47,0 10,6	687,4 144,5	45,9 9,7
6.	Abschreibungen auf immaterielle	186,2	11,2	167,2	10,5	133,6	8,9
0.	Vermögensgegenstände und Anla- gevermögen	100,2	, _	107,2	10,0	100,0	0,0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	333,2	20,0	377,4	23,6	295,9	19,8
8.	Gesamtaufwand	1.668,7	100,0	1.598,3	100,0	1.496,9	100,0
9.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	94,3	5,7	51,8	3,1	124,0	7,7
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,8	0,3	11,6	0,7	26,4	1,6
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-27,1	0,0	-28,7	0,0	-30,9	0,0
12.	Finanzergebnis	-22,4	-1,3	-17,1	-1,0	-4,5	-0,3
13.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	71,9	0,0	34,7	0,0	119,5	7,4
14.	Sonstige Steuern	-0,7	0,0	-0,8	0,0	-0,7	0,0
15.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	71,2	4,0	34,0	2,1	118,8	7,3
16.	Gewinnrücklagen						
	a) in zweckgebunden Rücklagen	-63,3	-3,6	-35,0	-2,1	-119,6	-7,4
	b) in andere Gewinnrücklagen	-9,6	-0,5	-6,6	-0,4		-1,1
	c) aus zweckgebunden Rücklagen	1,7	0,1	7,6	0,5	19,0	1,2
Bila	nzgewinn/Bilanzverlust	0,0		0,0		0,0	

#### **Bodensee-Festival GmbH**

#### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Bodensee-Festival GmbH

Geschäftsstelle: Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310

E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de

Gründungsdatum: 22. Januar 1993

Eintragungsdatum Handelsregister: 10. November 1993 Letzte Änderung Handelsregister: 26. März 2010

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 15. Dezember 2008

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

#### 2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion. Durch Gastspiele, Kulturbegegnungen und sonstige Angebote soll der Gedanke der grenzüberschreitenden Partnerschaft in der Bodenseeregion und in Europa zum Ausdruck gebracht werden.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31.12.2010 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	59.800	30,27 %
Kanton St. Gallen (CH)	26.000	13,16%
Landkreis Bodenseekreis	15.600	7,89%
Bodenseefestival GmbH (eigene Anteile)	33.800	17,10 %
Stadt Konstanz	13.000	6,58%
Stadt Ravensburg	7.800	3,95%
Stadt Tettnang	5.200	2,63%
Stadt Weingarten	5.200	2,63%
12 Gesellschafter mit je 2.600 € (1,3 %)*	31.200	15,79%
	197.600	100,00%

(=\* Gemeinden: Kressbronn, Langenargen; Kantone: Appenzell Ausserrhoden, Thurgau; Landkreise: Ravensburg, Sigmaringen;

Städte: Kreuzlingen, Lindau, Meersburg, Pfullendorf, Sankt Gallen, Überlingen)

Die ausgewiesenen eigenen Anteile der Bodenseefestival GmbH stammen mit je einem Anteil aus dem Ausscheiden der Stadt Stockach 2007, der Marktgemeinde Hard 2008 und der Stadt Singen in 2009. Von den 20 Geschäftsanteilen der SWR Media Services GmbH hat die

GmbH 2009 drei Geschäftsanteile und 2010 von der Stadt Friedrichshafen 7 Geschäftsanteile übernommen.

#### 4. Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat:

Vorsitzender Gerd Gerber, Oberbürgermeister a.D. (bis 12.01.2010)

Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen

(ab 12.01.2010)

stv. Vorsitzender Lothar Wölfle, Landrat Landratsamt Bodenseekreis

Ehrenvorsitzender Dr. Hubert Locher, Tübingen Aufsichtsräte Barbara Affolter, Kanton St. Gallen

Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Stadt Überlingen

Claus Boldt, 1. Bürgermeister Stadt Konstanz

Markus Ewald, Oberbürgermeister Stadt Weingarten

Robert Fischer, Ministerialrat, Finanzministerium Baden-Württemberg

Norbert Fröhlich, Gemeinderat Stadt Friedrichshafen Dr. Madeleine Herzog, Fachstelle Kultur Stadt St. Gallen Dr. Dagmar Hoehne, Gemeinderätin Stadt Friedrichshafen Hans Georg Koch, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und

Kunst (ab 1.1.2010)

#### Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender Peter Hauswald, Bürgermeister, Stadt Friedrichshafen

stv. Vorsitzender Bruno Walter, Bürgermeister, Stadt Tettnang

Mitglieder Vertreter aller Gesellschafter

#### 5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodenseefestival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseeregion. Die Besucherzahl betrug bei 89 Veranstaltungen 19.227 und stieg gegenüber dem Vorjahr 2009 um 11,1%.

Die durchschnittliche Auslastung der Veranstaltungen lag bei 78 %.

#### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

#### 7. Wesentliche Verträge

keine

#### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Die Forderungen gegenüber dem Bodenseekreis beliefen sich zum Ende des Geschäftsjahrs 2010 auf 10.020,00 € (Verwaltungskostenzuschuss).

#### 9. Anzahl der im Geschäftsjahr 2010 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit bzw. als Minijob.

#### 10. Lagebericht

#### a) Das 22. Internationale Bodenseefestival

Im 22. Jahr seines Bestehens präsentierte das Internationale Bodenseefestival an 30 Veranstaltungsorten in Deutschland, Österreich und der Schweiz 89 Veranstaltungen. Im Mittelpunkt standen unter dem Titel "Fantasie und Wirklichkeit" die Jubilare Frédéric Chopin und Robert Schumann und deren Verbindungen zu Heinrich Heine. Der aus Österreich stammende Dirigent und Pianist Stefan Vladar war Artist in residence, der neune Konzerte gab. Ein besonderer Schwerpunkt seines Engagements war die Aufführung aller vier Schumann-Sinfonien innerhalb des Festivalprogramms.

Ein Kammermusikzyklus unter dem Motto "Junge Preisträger interpretieren Chopin und Schumann" erwies sich mit seinen drei Liederabenden und fünf Klavierkonzerten als Publikumsmagnet. Kirchenkonzerte, Auftritte der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz, Jazz- und weitere Kammerkonzerte ergänzten das breite musikalische Programmangebot. Großes Interesse fanden auch die verschiedenen Literaturveranstaltungen, unter denen das "Literaturschiff", gestartet in Friedrichshafen, und die "Lange Nacht der Literaten" in Lindau seit vielen Jahren feste Programmbestandteile des Internationalen Bodenseefestivals sind. Das Theater Konstanz beteiligte sich mit Marius von Mayenburgs Stück "Der Stein", und das Leipziger Ballett, begleitet von der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz, gab zwei Gastspiele in Friedrichshafen u.a. mit der getanzten 2. Sinfonie von Robert Schumann. 19 Veranstaltungen fanden in der Schweiz und drei Konzerte in Vorarlberg statt. Die Zahl der Besucher stieg 2010 auf 19.227; das sind 11,1 % mehr als im Vorjahr. Die durchschnittliche Auslastung der Veranstaltungen lag bei 78 %. Vom Südwestrundfunk wurden 22 Konzerte mitgeschnitten und im Radioprogramm SWR2 gesendet.

#### b) Entwicklung der Gesellschaft

Im Juli wurde die Bodenseefestival GmbH von der Nachricht überrascht, dass die Kantone St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden sowie die Stadt St. Gallen als Gesellschafter zum 31.12.2011 ausscheiden wollen. Der Kanton Thurgau und die Stadt Kreuzlingen folgten diesem Schritt. Begründet wurde das Ausscheiden mit den an die Geschäftsanteile gebundenen Verwaltungs- und Werbekostenumlagen sowie mit der seit Jahren geringen Auslastung vieler Veranstaltungen des Internationalen Bodenseefestivals in der Schweiz. Als weiteres Argument wurde darauf verwiesen, dass in der Schweiz die öffentliche Hand nicht als Veranstalter auftritt, sondern nur Zuschüsse bei entstehenden Defiziten gewährt. Die Gesellschafterversammlung am 4.10.2010 stimmte dem Austritt der Schweizer Gesellschafter zu. Alle ausscheidenden Schweizer Gesellschafter erklärten ihre Bereitschaft, weiterhin Veranstaltungen des Internationalen Bodenseefestivals im bisherigen Umfang finanziell unterstützen zu wollen.

Der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen hatte 2009 beschlossen, dass sich die Stadt von den beim Ausscheiden der SWR Media Services GmbH vorübergehend übernommenen zehn Geschäftsanteilen zum 31.12.2010 trennen soll. Mangels eines anderen Erwerbers übernahm die Bodenseefestival GmbH sieben Geschäftsanteile 2010 und drei zum 31.3.2011.

In der Gesellschafterversammlung am 4.10.2010 wurde auf Vorschlag des Aufsichtsrats der Intendant der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz, Florian Riem, zum Geschäftsführer der Bodenseefestival GmbH gewählt und der Vertrag mit Winfried Neumann ab demselben Zeitpunkt um weitere zwei Jahre verlängert. Der langjährige Geschäftsführer Henner Faehndrich wird zum 28. 2. 2011 ausscheide

Der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen hat - entsprechend den geltenden EU-Bestimmungen - am 26.4.2010 für die Bodenseefestival GmbH einen Betrauungsakt beschlossen und erlassen. Er ermöglicht weiterhin eine Bezuschussung der Bodenseefestival GmbH unter Freistellung von der Notifizierungspflicht bei der EU-Kommission.

#### c) Wirtschaftliche Situation

Die Bilanz zum 31.12.2010 ist durch einen Verlust in Höhe von 22.036 € und den aufgrund neuer Vorschriften geänderten Ausweis der von der Bodenseefestival GmbH gehaltenen eigenen Anteile geprägt.

Auf der Aktivseite wurde das Anlagevermögen durch reguläre Abschreibungen auf nunmehr 1.120 € weiter verringert. Die Forderungen, die zum Ende des Vorjahres noch 65.834 € betragen hatten, reduzierten sich zum 31.12.2010 auf 15.974 €. Sie sind zum überwiegenden Teil zwischenzeitlich bezahlt. Die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen am Ende des Berichtsjahrs 175.416 € und damit rund 40.000 € mehr als im Vorjahr.

Auf der Passivseite ist die vorgeschriebene neue Form des Ausweises eigener Anteile als Minderung des Stammkapitals hervorzuheben. So hielt die Bodenseefestival GmbH am Jahresende 13 eigene Anteile im Gesamtwert von 33.800 €.

Die Rückstellungen wurden zum 31.12.2010 gegenüber dem Vorjahr um 7.250 € erhöht. Aufgrund der zum Jahresende eingegangenen Statusfeststellungsbescheide für die Geschäftsführer wurde für Ansprüche des Rentenversicherungsträgers eine Rückstellung in Höhe von 5.800 € neu gebildet. Außerdem wurde die Rückstellung für die Abschluss- und Prüfungskosten den voraussichtlichen entstehenden Ausgaben in Höhe von 6.450 € angepasst. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten stiegen u. a. als Folge einer verspätet eingegangenen Rechnung der Stadt Friedrichshafen für gewährte Leistungen gegenüber dem Vorjahr auf 26.690 €. Alle Verbindlichkeiten sind inzwischen beglichen.

Im Geschäftsjahr 2010 erwirtschaftete die Bodenseefestival GmbH einen Bilanzverlust in Höhe von 22.036 €. Dieser Verlust ist vor allem durch die gestiegenen Personalkosten im Zusammenhang mit der Anstellung des neuen Geschäftsführers und einer Halbtagskraft in der neu eingerichteten Geschäftsstelle in Friedrichshafen sowie nachzuzahlende Sozialversicherung für die Vergütungen der Geschäftsführer in den zurückliegenden vier Jahren entstanden.

Die Umsatzerlöse (Kartenverkäufe, Kostenerstattungen, Mitschnitthonorare, Werbeeinnahmen und Spenden) beliefen sich in 2010 auf 316.142 €, die für das Internationale Bodenseefestival gewährten Zuschüsse und sonstigen betrieblichen Er-träge auf 472.955 €. Die Programmausgaben betrugen 563.690 €, die sonstigen Ausgaben 189.813 € und die Personalkosten 55.792 €.

#### d) Ausblick

2011 lautet das Thema des 23. Internationalen Bodenseefestivals "Impuls Wien". Artist in residence ist die Klarinettistin Sharon Kam, die in insgesamt 8 Konzerten während des Festivalzeitraums vom 13. Mai bis 13. Juni auftreten wird. Daneben wird es wieder einen Klavierzyklus mit jungen Preisträgern geben, der neun Konzerte umfassen wird. Die Südwestdeutsche Philharmonie wird mit mehreren Konzerten präsent sein, und das Stadttheater Konstanz wird die Kammeroper "Mord auf dem Säntis", die auf eine wahre Begebenheit zurückgeht, dort uraufführen. Das Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg des Südwestrundfunks wird das Festival in Friedrichshafen eröffnen und dasselbe Programm tags darauf in Konstanz spielen. Es tritt außerdem mit einem Jugendprojekt auf. Das "Ballett am Rhein Düsseldorf-Duisburg" wird mit zwei Vorstellungen, begleitet von der Württembergischen Philharmonie, in Friedrichshafen zu sehen sein. Kirchenkonzerte, weitere Kammerkonzerte und Literaturveranstaltungen ergänzen das Programm des 23. Internationalen Bodenseefestivals.

Zum Jahresende 2011 werden alle Schweizer Gesellschafter aus der Bodenseefestival GmbH ausscheiden; diese wird dann zunächst die frei werdenden Geschäftsanteile übernehmen. Eine Folge davon wird sein, dass ab 2012 die jährlichen Umlagen für Verwaltungsund Werbekosten deutlich steigen, weil die Zahl der sich an der Umlage beteiligenden Gesellschafter sinkt.

<u>11. Abschlussprüfer</u> Kanzlei Keller, Wirtschaftsprüfer Gerold Keller, Owingen

Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2010

Bil	anz	zum 31.12.2010	20	10	20	09	20	80
Ak	tiva		T€	%	T€	%	T€	%
Α.	An	lagevermögen						
	<u>l.</u>	Immaterielle Vermögensgegenstände	0,7	0,3	2,1	0,8	3,4	1,4
	<u>II.</u>	<u>Sachanlagen</u>						
	<u></u>	Anlagen und Maschinen						
		2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,5	0,2	0,7	0,3	0,3	0,1
		<ol><li>geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</li></ol>						
	<u>III.</u>	<u>Finanzanlagen</u>						
			1,2	0,6	2,8	1,1	3,7	1,5
В.	Um	ılaufvermögen						
	<u>l.</u>	<u>Vorräte</u>						
		<ol> <li>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</li> <li>Unfertige Leistungen</li> </ol>						
		Geleistete Anzahlungen						
		3. fertige Erzeugnisse und Waren	22,4	10,4	22,0	9,0	18,9	7,6
	<u>II.</u>	Forderungen und sonstige Vermögens-						
		gegenstände	13,1	6,1	E 4 7	22,5	47,0	10.0
		<ol> <li>Forderungen aus Lieferung und Leis- tung</li> </ol>	13,1	0, 1	54,7	22,3	47,0	18,9
		2. Forderung gegen verbunden Unter-						
		nehmen 3. Forderungen gegen Unternehmen, mit						
		denen ein Beteiligungsverhältnis be-						
		steht 4. eingeforderte Nachschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		5. Sonstige Vermögensgegenstände	2,9	1,3		4,6	10,2	4,1
	<u>III</u>	Wertpapiere						
		1. eigene Anteile	0,0	0,0	15,6	6,4	13,0	5,2
			475.4	04.0	405.0		4540	00.0
	<u>IV.</u>	Guthaben bei Kreditinstituten	175,4 <b>213,8</b>		135,3 <b>238,7</b>		154,6 <b>243,6</b>	62,2 98,0
			213,0	33,0	230,1	30,∠	<b>∠</b> +3,0	30,0
C.		chnungsabgrenzungsposten						
	I. II.	Disagio Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	0,4	1,5	0,6	1,3	0,5
			0,9	0,4	1,5	188,0	1,3	188,9
Bil	anz	summe	215,9	100,0	243,0	100,0	248,6	100,0

### Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010		2010		2009		2008	
Passiva		T€	%	T€	%	T€	%
Α.	Eigenkapital	407.0	04.5	407.0	0.4.0	407.0	70.5
	I. Gezeichnetes Kapital	197,6	91,5	197,6	81,3	197,6	79,5
	Eigene Anteile		-15,7	0,0	0,0	0,0	0,0
	II. Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	272,3	109,5
	III. Gewinnrücklage  1. Rücklage für eigene Anteile	0,0	0,0	15,6	6,4	13,0	5,2
	andere Gewinnrücklagen	35,1	16,2	21,4	8,8	5,4	2,2
	IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0,0	0,0	0,0		-272,3	-109,5
	V. Bilanzgewinn	-22,0	-10,2	-2,0	-0,8	16,1	6,5
	V. Bhanzgoviiii	176,8	81,9	232,7	95,8	232,0	93,3
		,.	0.,0	,.	00,0	,	33,3
В.	Sonderposten mit Rücklageanteil						
C.	Empfangene Ertragszuschüsse						
	Diselect allow was						
D.	Rückstellungen						
	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
	II. Steuerrückstellungen						
	III. Sonstige Rückstellungen	12,3	5,7	5,0	2,1	2,0	0,8
		12,3	5,7	5,0	2,1	2,0	0,8
F	Verbindlichkeiten						
<u> </u>	I. Verbindlichkeiten gegenüber Kredit-						
	instituten						
	II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und	24,5	11,3	1,9	0,8	1,0	0,4
	Leistung  III. Verbindlichkeiten gegenüber ver-						
	III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
	IV. Verbindlichkeiten gegenüber Un-						
	ternehmen, mit denen ein						
	Beteiligungsverhältnis besteht						
	V. Verbindlichkeiten gegenüber Ge-						
	sellschaftern VI. Sonstige Verbindlichkeiten	2,3	1,1	3,3	1,4	13,5	5,4
	VI. Consuge Verbindiletikeitett	26,8	12,4	5,3 5,2	2,1	14,5	5,9
		_0,0	· <b>-</b> , ·	٠,٢	۵, ۱	1,0	0,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Bilanzsumme		215,9	100,0	243,0	100,0	248,6	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2010

Gev	vinn- und Verlustrechnung	201	10	200	9	200	8
	_	T€	%	T€	%	T€	%
1. 2.	Umsatzerlöse Erhöhung oder Verminderung des Be- standes an unfertigen Leistungen	263,1 0,4	40,0 0,1	857,7 3,0	99,0 0,4	616,8 2,6	99,4 0,4
3. 4.	andere aktivierte Eigenleistungen Sonstige betriebliche Erträge	526,0	59,9	6,0	0,7	1.0	0,2
<b>5.</b>	Gesamtleistung		100,0	866,7	100,0	1,0 <b>620,4</b>	100,0
6.	<ul> <li>Materialaufwand</li> <li>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren</li> <li>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</li> </ul>	701,1	86,6	785,3	90,6	514,5	86,2
7.	Personalaufwand	45.0	<b>5</b> 0	00.0	0.4	00.0	- 4
	<ul><li>a) Löhne und Gehälter</li><li>b) Soziale Abgaben</li></ul>	45,6 8,8	5,6 1,1	29,3 2,3	3,4 0,3	30,3 3,1	5,1 0,5
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	1,6	0,2	1,6	0,2	1,0	0,2
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	52,4	6,5	48,3	5,6	47,8	8,0
10.	Gesamtaufwand	809,5	100,0	866,8	100,0	596,7	100,0
11.	Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	-20,0		-0,1		23,6	
13. 14.	Erträge aus Beteiligungen Erträge aus Gewinnabführungsvertrag Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermö- gens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,2		0,7		2,4	
	Aufwendungen/Erträge aus Verlust- übernahme	,		,		,	
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0		0,0		0,0	
18.	Finanzergebnis	1,2		0,7		2,4	
19.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18,8		0,7		26,0	
20.	Außerordentliche Erträ- ge/Aufwendungen						
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		0,0		0,4	
22.	Sonstige Steuern	-3,2		0,0		0,0	
24. 25.	Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-) Verlustvortrag aus dem Vorjahr Kapitalrücklage Gewinnrücklage	<b>-22,0</b> 0,0 0,0		<b>0,7</b> -256,3 272,3		<b>26,5</b> -272,3 0,0	
	<ul><li>a) in die Rücklage für eigene Anteile</li><li>b) in andere Gewinnrücklagen</li></ul>	0,0 0,0		2,6 16,1		10,4 0,0	
Bila	nzgewinn/Bilanzverlust	-22,0		-1,9		-256,3	

### V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

## **Energieagentur Ravensburg gGmbH**

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Energieagentur Ravensburg gGmbH Geschäftsstelle: Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg

Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9

E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de

Gründungsdatum: 21. Oktober 1999

Eintragungsdatum Handelsregister:25. April 2000

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 19. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:

- Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

Zur Erreichung der Ziele gemäß Abs.1 wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbauunternehmen, der Verbraucher-Zentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 62.650 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	<u>Stammkapital</u>	in %
Landkreis Ravensburg	9.200	14,69 %
Energieagentur Biberach GbR	9.200	14,69 %
Energieagentur Bodenseekreis GbR	9.200	14,69 %
Energieagentur Sigmaringen GbR	6.950	11,10 %
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600	7,34 %
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	4.600	7,34 %
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600	7,34 %
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	4.600	7,34 %
EnBW Regional AG	4.600	7,34 %
Thüga AG, München	4.600	7,34 %
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband	B-W 500	0,80 %
	62.650	100,00 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Göppel.

#### Beirat:

Nach § 8 der Satzung hat die Gesellschaft einen Beirat.

Dem Beirat gehört jeweils ein Gesellschaftsvertreter an. Weiter können Vertreter von Verbänden und sonst interessierten Einrichtungen in den Beirat aufgenommen werden. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet die Gesellschafterversammlung.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 haben 20 Mitglieder (ohne Vertreter) dem Beirat angehört.

## 5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

### 7. Wesentliche Verträge

Von besonderer Bedeutung sind folgende Verträge und Vorgänge:

- ⇒ Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel vom 23. Februar 2000 mit Nachträgen vom 04. Februar 2002 vom 07. November 2006 und vom 03. Dezember 2009;
- ⇒ Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die (Gründungs-) Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T €;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur <u>Übernahme eines Geschäftsanteils</u> von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten;

- ⇒ Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach , der Sparkasse Bodensee, der Sparkasse Heiligenberg, der Volksbank Überlingen, der Sparkasse Pfullendorf Messkirch und der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen über Sponsoring Leistungen von 2,5 T € bis 10 T € p.a. im Gesamtbetrag von z.Zt. 35 T € p.a. mit Laufzeiten bis 2013;
- ⇒ Verträge mit 14 selbstständigen Energieberatern über die <u>Durchführung der Sprechstunden</u> für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;
- ⇒ Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oschwald und Frau Göppel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit;
- ⇒ Verträge mit 34 Städten und Gemeinden sowie ein weiterer Vertrag mit einem Stadtwerk über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden;
- ⇒ <u>Mietvertrag</u> vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8;
- ⇒ Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 betr. die Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen;
- ⇒ <u>Mietvertrag</u> vom 02. Februar 2008 mit der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württ. Bauwirtschaft mbH, Stuttgart, über Büroräume im Gebäude In der Au 14, 72488 Sigmaringen; gekündigt zum 28.02.2012.
- ⇒ Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur <u>Durchführung von Zertifizierungs</u>verfahren vom 4. April/2. Mai 2006;
- ⇒ 19 <u>Dienstleistungsverträge</u> mit den Städten und Gemeinden Amtzell, Bad Saulgau, Bad Waldsee, Baindt, Biberach, Ebersbach-Musbach, Gailingen, Illmensee, Isny, Kisslegg ,Leutkirch, Maselheim, Mengen, Neukirch, Oberteuringen, Ochsenhausen, Tettnang und Weingarten über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®;
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR <u>zur Übernahme eines Geschäftsanteils</u> von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten;
- ⇒ Betreuungsvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über den Aufbau und Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Städten und Gemeinden, die an der Zertifizierung gemäß European Energy Award ® teilgenommen haben im Rahmen des Interreg IV Programms vom 15./20. Oktober 2009:
- ⇒ Werkvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über die Durchführung des grenzüberschreitenden Projekts GRIPS "grenzüberschreitendes Initiativprogramm für Sanieren" zum Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Partnerbetrieben (Handwerk) im Rahmen des Interreg IV Programms Alpenrhein Bodensee Hochrhein vom 30.07. / 03.08.2010;
- ⇒ Zuwendungsvertrag zwischen dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und der Energieagentur Ravensburg gGmbH über die Vorbereitung und Durchführung des Pilotprojekts "Energieeffizienz in Sportvereinen" vom 04.10. / 08.10.2010;

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

### 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

$\Rightarrow$	Ein Geschäftsführer (100%)	unverändert
$\Rightarrow$	Ein Assistent der Geschäftsführung (100%)	unverändert
$\Rightarrow$	Eine Sachbearbeiterin (90%)	unverändert
$\Rightarrow$	Eine Sachbearbeiterin (90%)	unverändert
$\Rightarrow$	Eine Energieberaterin für die Energieagentur Ravensburg (80%)	unverändert
$\Rightarrow$	Eine Energieberaterin (80%) für die Niederlassung Biberach	unverändert
$\Rightarrow$	Ein Energieberater (100%) für die Niederlassung Bodenseekreis	unverändert
$\Rightarrow$	Ein Energieberater (100%) für die Niederlassung Sigmaringen	unverändert

Zehn freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen sind über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

### 10. Lagebericht

## a) Allgemeines

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

- ⇒ Energieagentur Biberach:
  - Am 6. Oktober 2003 wurde die Energieagentur Biberach, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH im Landkreis Biberach gegründet und am 1. März 2004 im Gebäude der Kreishandwerkerschaft eröffnet.
- ⇒ Energieagentur Bodenseekreis:
  - Am 13. Juni 2007 wurde die Energieagentur Bodenseekreis, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und im Gebäude der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis eröffnet.
- ⇒ <u>Energieagentur Sigmaringen:</u>
  - Am 21. November 2007 wurde die Energieagentur Sigmaringen, Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH gegründet und am 03. März 2008 im Gebäude der Gemeinnützigen Berufsförderungsgesellschaft der Württembergischen Bauwirtschaft mbH eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.:

- ⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.
- ⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.
- ⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.
- ⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der oben genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach und Bodenseekreis wie folgt eingerichtet:

- ⇒ 2001 bis 2010:
  - Die Energieagentur Ravensburg hat zehn Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden des Landkreises Ravensburg und eine in enger Kooperation mit dem Landschaftserhaltungsverband Höchsten-Dornacher Ried (in Wilhelmsdorf) installiert.
- ⇒ 2007 bis 2009:
  - Die Energieagentur Biberach hat neun Energieberatungsaußenstellen in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften im Landkreis Biberach eingerichtet.
- ⇒ 2008 bis 2009:
  - Neun Energieberatungsaußenstellen wurden im Bodenseekreis durch die Energieagentur Bodenseekreis in den Gemeinden bzw. deren Verwaltungsgemeinschaften eröffnet.
- ⇒ 2008:
  - Auch die Energieagentur Sigmaringen hat im Landkreis Sigmaringen fünf Außenstellen in den jeweiligen Kommunen in Betrieb genommen.

So ist eine relativ flächendeckende und unabhängige Energieberatung (bis auf jeweils eine Außenstelle in den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis) für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

## b) Jahresergebnis

Die Erlöse der Gesellschaft von rund 818 T € setzen sich wie folgt zusammen:

- ⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
- ⇒ Erlöse Sponsoring und Spenden
- ⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/ aus dem eea®
- ⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
- ⇒ Kostenbeteiligungen für Messekooperationen
- ⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten
- ⇒ Erlöse aus Vorträgen/Veranstaltungen
- ⇒ Erlöse aus dem bundesweiten Wettbewerb der dena "Energieeffizienz + Architektur"
- ⇒ Erlöse aus dem Projekt des Bundesministeriums "Stromspar-Check in einkommensschwachen Haushalten"
- ⇒ Erlöse aus den Interreg-Projekten "Energieeffizienzgemeinden und Grips"

Es verbleibt ein Jahresüberschuss von 37 T €. Der Rückgang des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den Wegfall der staatlichen Gründungszuschüsse für die Energieagenturen Bodenseekreis und Sigmaringen zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss 2010 soll mit dem Gewinnvortrag zusammengefasst und auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanz-	2010	2009	2008
mittelbestandes	T €	T€	T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	57	78	72
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-7	-9	-25
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit			7
Summe	50	69	54
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	391	322	268
Finanzmittelbestand am 31.12.	441	391	322

### c) Tätigkeitsbericht

Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2010 lag in folgenden Bereichen:

## Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:

In rund 2.600 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 18.000 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien, Förderprogramme und Gesetze, wie z. B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz oder die EnEV 2009 beraten.

Aufgrund der gesetzlichen Verordnungen, wie z. B. Energieeinsparverordnung, EEWärme-Gesetz (Bund), EWärmeGesetz (Land) sowie die ständig veränderten Richtlinien der KfW stiegen die telefonischen Energieberatungen sehr stark an. Diese kamen von Investoren, Planern und Handwerkern und wurden von den Landratsämtern, Kommunen und Banken direkt an die Energieagenturen weiter vermittelt.

## Kommunale Energieberatung/European Energy Award®:

Im kommunalen Bereich stiegen die Energieberatungen durch den European Energy Award®-Prozess, das Konjunkturpaket 11 sowie durch kurzfristige Förderprogramme von Bund und Land deutlich an. Das zeigt sich auch bei den ausgelösten Investitionen von mehr als 36 Mio. €.

Hilfestellung bei der Umsetzung der politischen Klimaschutzziele der europäischen Union, der Bundes- und Landesregierung im Rahmen des Qualitäts- und Zertifizierungssystems für Kommunen in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen sowie bei der Beantragung von Förderungen des Bundes und des Landes.

Seit Einführung des European Energy Award® im Sommer 2006 in Baden-Württemberg betreuen die Energieagenturen folgende Gemeinden:

- ⇒ Landkreis Ravensburg:
  - Amtzell , Aulendorf, Baindt, Bad Waldsee, Ebersbach-Musbach, Fronreute, Grünkraut, Isny, Kißlegg , Leutkirch, Ravensburg , Vogt, Wangen, Weingarten , Wilhelmsdorf, Wolpertswende und zusätzlich der Landkreis Ravensburg.
- ⇒ Landkreis Biberach:
  - Bad Schussenried, Biberach, Dürmentingen, Ingoldingen, Laupheim, Maselheim und Ochsenhausen
- ⇒ Landkreis Bodenseekreis:
  - Friedrichshafen, Meckenbeuren, Neukirch, Oberteuringen, Tettnang und Gailingen im Landkreis Konstanz
- ⇒ Landkreis Sigmaringen:
  - Bad Saulgau, Illmensee, Mengen und Sigmaringen

Für Ihre erfolgreiche, nachgewiesene sowie zukunftsorientierte Energie- und Klimapolitik sind im Jahr 2010 die Städte und Gemeinden Aulendorf, Fronreute, Grünkraut, Ingoldingen, Wolpertswende und Wilhelmsdorf sowie der Landkreis Ravensburg mit dem European Energy Award® ausgezeichnet worden.

Die einzelnen Handlungsfelder des European Energy Award® sollen Kommunen Stärken und Schwächen aufzeigen sowie wichtige Entscheidungshilfen bei der investiven Umsetzung bieten.

Folgende ökologische und ökonomische Projekte sind im Geschäftsjahr 2010 entstanden:

- Beratende Begleitung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben beim Ausbau der Wind kraft
- ⇒ Förderprogramme für Neubauten in Form von vorgegebenen Energiekennwerten und Bonussystemen
- ⇒ Regenerative Nahwärmeversorgungen mit Einbindung der Wirtschaft
- ⇒ Kommunale Energie- und CO2-Bilanzen
- ⇒ Einführung Kommunales Energiemanagement
- ⇒ Faktor-10-Sanierungen (nur noch 1/10 des ursprünglichen Energieverbrauchs) öffentlicher Gebäude
- ⇒ LED-Straßenbeleuchtungen
- ⇒ 30%iger bis 100%iger Ökostrombezug
- ⇒ > 30%ige regenerative Strom- und Wärmeerzeugung bezogen auf alle Sektoren in Kommunen
- ⇒ Ausbau der Kraftwärmekopplung
- ⇒ Leitrichtlinien zum energieeffizienten Bauen und Sanieren
- ⇒ Optimierung der Fuhrparks
- ⇒ Umstellung auf Erdgasbusse (Landkreis Sigmaringen)
- ⇒ Heizkreispumpenaustausch- und Thermographieaktionen
- ⇒ Energieforen, Ausstellungen und kreisweites Energieforum
- ⇒ Jährlicher lokaler und internationaler Erfahrungsaustausch der am European Energy Award® teilnehmenden Kommunen und Landkreise
- ⇒ Bürgerenergiegenossenschaften

An einem internationalen Austausch der Energieeffizienzgemeinden im Rahmen eines Interreg-Projektes nehmen folgende Kommunen aus dem Betreuungsgebiet der Energieagenturen Ravensburg und Bodenseekreis teil:

Bad Waldsee, Friedrichshafen, Fronreute, Grünkraut, Ravensburg und Wangen.

### Bildung:

Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Gesetze, neuen Technologien sowie Baustoffe führen zu unterschiedlichsten Bildungsangeboten der Energieagenturen:

- ⇒ 1 Seminar zur Fortbildung von kommunalen Hausmeistern
- ⇒ 2 mehrtägige Seminare für Ingenieure "DIN 18599" für Nichtwohngebäude in Kooperation mit der Bauakademie Biberach
- ⇒ 4 Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in allen vier Landkreisen
- ⇒ Schulung von 12 Stromsparhelfern im Rahmen des bundesweiten Projektes. (Rund 205 einkommensschwache Haushalte haben teilgenommen)
- ⇒ 60-stündiges Seminar "Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben" für Ingenieure in Kooperation mit der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, der Akademie der Ingenieure und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.
- ⇒ kreisweites Energiewirtschaftsforum in Kooperation mit der Kreissparkasse Ravensburg und der W.I.R.
- ⇒ 3 kommunale und 1 internationales Energieforum in den Landkreisen Biberach, Bodenseekreis. Ravensburg und Sigmaringen
- ⇒ 1 Workshop zur energieeffizienten Straßenbeleuchtung
- ⇒ 1 Fachseminar zur Anwendung der EnEV im Rahmen der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme der KfW Schwerpunkt Wärmebrücken
- ⇒ 1 Auftaktveranstaltung zum Projekt "Energieeffizienz in Sportvereinen"

#### Öffentlichkeitsarbeit:

Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch:

- ⇒ 120 örtliche Energieforen bzw. Vortragsveranstaltungen in den vier Landkreisen
- ⇒ Mehrtägige Ausstellungen in Form von Sonderschauen, wie z. B.:

- Hausplus in Ravensburg mit jeweils einem kommunalen und einem öffentlichen Energieforum
- Immomesse der Stadt Biberach
- BiFA in Biberach mit einem viertägigen Vortragsprogramm
- IBO in Friedrichshafen mit einem fünftägigen Vortragsprogramm
- Oberschwabenschau in Ravensburg , in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Ravensburg , mit einer 1.500 m' großen Sonderschau "Energieeffizienz".
- HausHolzEnergie in Friedrichshafen mit einem dreitägigen Vortragsprogramm für Kommunen, Fachleute und Investoren
- ⇒ Beteiligung an den landesweiten Energietagen mit Aktionen, z. B. E-Mobilität
- ⇒ regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen

Bereits wie schon im letzten Jahr nehmen die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen und im gewerblichen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren und Ausstellungen weiter zu. Dies ist auf die relativ hohen Energiepreise, die €päischen, Bundes-und Landes-Klimaschutzziele sowie auf die neuen Gesetze und die hohe Beteiligung der Gemeinden am eea zurückzuführen.

### d) Fazit

Mit dem Einsatz von 396 T € durch die Gesellschafter können nach den von uns stichprobenweise vorgenommenen Erhebungen zum Umsetzungsgrad der Maßnahmen ggf. bis zu 140.000 T € Investitionen für die Wirtschaft angestoßen werden. Dies entspricht rechnerisch dem Umsatzvolumen für die Vorhaltung von rund 1.555 Arbeitsplätzen in den Städten und Gemeinden aller vier Landkreise. Weiter wurden wichtige Entscheidungshilfen bei kommunalen Energiekonzepten gegeben. Somit trägt die Energieagentur maßgeblich zum Klimaschutz, Bildung und zur Wirtschaftsförderung in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei.

### e) Ausblick auf das Jahr 2010

Die Beratungsanfragen von Investoren, Kommunen und Fachleuten werden sich im Jahr 2011 deutlich verstärken, wie z. B. durch:

- ⇒ das ab 1. Januar 2010 in Baden-Württemberg in Kraft getretene Erneuerbare-Wärmegesetz für den Gebäudebestand;
- ⇒ das politische Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien (Energiewende);
- ⇒ die laufenden Änderungen von Förderprogrammen und deren Richtlinien ;
- ⇒ die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogrammes II;
- ⇒ zunehmende Nachfragen nach der fachlichen Beratung bzw. Begleitung bei regenerativen Nahwärmeversorgungen, die finanziell von Bund und Land unterstützt werden;
- ⇒ Aufbau der Energieplusregion Allgäu-Bodensee-Oberschwaben;
- ⇒ Einstieg in die KMU-Beratung in Verbindung mit dem beantragten Interreg-Projekt EIVRIG.
- ⇒ vermehrtes Interesse an der Teilnahme am European Energy Award® in den Landkreisen
- Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen (weitere Kommunen und die Landkreise Sigmaringen und Bodenseekreis nehmen am eea teil);
- ⇒ zusätzliche Aktivitäten im Interreg-Projekt "Energieeffizienzgemeinden";
- ⇒ stärkere Nachfrage nach Seminaren für Fachleute und Behörden im Rahmen der gesetzlichen Verordnungen, Förderprogramme und der zukünftigen technischen Anforderungen;
- vermehrtes Interesse von Kommunen und Wirtschaftsbetrieben an der Teilnahme an den zweitägigen landesweiten Energietagen.

Die zunehmenden Beratungsnachfragen, führen bei der gegebenen Personalsituation zu Engpässen.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 76 T € sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Personalkapazitäten der Gesellschaft voll ausgelastet sind. Um der Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht zu werden, beabsichtigen wir die Erweiterung unserer Beratungskapazität und die Schaffung einer zusätzlichen Ingenieurstelle im Geschäftsjahr 2011.

Die Finanzierung der Gesellschaft im bisherigen Umfang ist mittelfristig durch die Gesellschafterzuschüsse, die zahlreichen, z. T. auf mehrere Jahre vertraglich ausgelegten Projekte und Sponsoringverträge gesichert.

### f) Risiken für die zukünftige Entwicklung:

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft basiert auf den genannten Einnahmen, den Gesellschafterzuschüssen und aus Projekten, Aktivitäten, Sponsoring, usw., die vertraglich auf zwei bis drei Jahre gesichert sind.

Die Finanzierung der Aufwendungen des Geschäftsjahres 2010 mit ca. 835 T € war nur durch zusätzliche Einnahmen für unsere Leistungen z. B. im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award® oder im Rahmen von Interreg-Projekten und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschafterseite möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft auch weiterhin, dass die Aufgabenerfüllung von den Finanzierungsmöglichkeiten bestimmt wird, weil bereits die Fixkosten nicht mehr in vollem Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute bestritten werden können. Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter muss weiterhin die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen gerichtet werden.

Ravensburg , im April 2011 Walter Göppel, Geschäftsführer

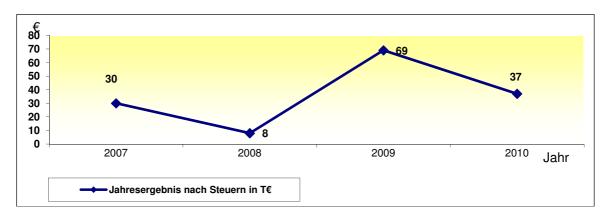
### 11. Abschlussprüfer

Dr. Gretter & Partner GmbH

## 12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2010	2009	2009	Abweichung 2011 - 2010 in %
Ausstellungstage	23	42	42	- 45,2 %
Energieberatungsgespräche	2.600	2.500	2.500	+ 4,0 %

## 13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



## Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2010

Bil	anz	zum 31.12.2010	20	10	20	09	20	08
Ak	tiva	r	T€	%	T€	%	T€	%
_	۸n	logovormägen						
Α.	An I.	lagevermögen Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	3,3	0,6	6,6	1,5
_	_							ĺ
	Ш.	<ol> <li>Sachanlagen</li> <li>Grundstücke und Bauten</li> <li>Anlagen und Maschinen</li> <li>Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</li> <li>Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</li> </ol>	33,6	5,6	40,2	7,6	45,9	10,2
	<u>III.</u>	<u>Finanzanlagen</u>						
			33,6	5,6	43,5	8,2	52,5	11,7
B.		nlaufvermögen						
	<u>l.</u>	Vorräte						
		<ol> <li>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</li> <li>Unfertige Leistungen</li> </ol>	61,5	10,3	39,3	7,5	33,9	7,5
		3. Waren	01,0	10,0	00,0	7,5	00,5	7,0
	<u>II.</u>	<ul> <li>Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände</li> <li>1. Forderungen aus Lieferung und Leistung</li> <li>2. Forderung gegen verbunden Unternehmen</li> <li>3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</li> </ul>	61,4	10,3	53,6	10,2	27,1	4,5
		4. eingeforderte noch ausstehende Kapi-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		taleinlagen 5. Sonstige Vermögensgegenstände	0,8	0,1	0,6	0,1	14,0	3,1
			ŕ	·		·	·	
	<u>III.</u>	Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	441,0	73,7	390,8	74,0	322,1	71,6
		20	564,7	94,4	484,3	91,8	397,1	86,8
C.	I.	chnungsabgrenzungsposten Disagio	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	II.	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bil	anz	summe	598,4	100,0	527,8	100,0	449,6	100,0

## Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2010

Bilanz zum 31.12.2010	20	10	20	09	20	08
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
A. Eigenkapital						
<ul> <li>I. Gezeichnetes Kapital</li> <li>II. Kapitalrücklage</li> <li>III. Gewinnrücklage</li> <li>1. Zweckgebundene Rücklagen</li> </ul>	62,7	10,5	62,7	11,9	62,7	13,9
2. Andere Gewinnrücklagen	60,0	10,0	60,0	11,4	60,0	13,3
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	168,0	28,1	98,7	18,7	90,7	20,2
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	37,3	6,2	69,4	13,1	8,0	1,8
	328,0	54,8	290,7	55,1	221,3	49,2
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
C. Sonderposten für Zuschüsse	6,1	1,0	11,2	2,1	13,3	2,9
D. Rückstellungen						
<ol> <li>Rückstellungen für Pensionen und ähnli- che Verpflichtungen</li> </ol>						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	96,2		72,2	13,7	68,9	15,3
	96,2	16,1	72,2	13,7	68,9	15,3
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	87,3	14,6	85,4	16,2	79,9	17,8
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	10,6	1,8	11,4	2,2	39,1	8,7
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundener Unternehmen	ו					
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unterneh- men, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	38,5	6,4	34,2	6,5	27,2	6,0
	136,4	22,8	131,0	24,8	146,1	32,5
F. Rechnungsabgrenzungsposten	31,7	5,3	22,7	4,3	0,0	0,0
Bilanzsumme	598,4	100,0	527,8	100,0	449,6	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2010

<ol> <li>Umsatzerlöse</li> <li>Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten</li> <li>Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen</li> <li>Sonstige betriebliche Erträge</li> <li>Gesamtleistung</li> <li>Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</li> <li>415,5 48,0 375,8 43,4 287,9 36</li> <li>402,4 46,5 475,5 55,0 481,8 60</li> <li>22,1 2,6 5,4 0,6 10,7 1</li> <li>25,8 3,0 8,5 1,0 13,5 1</li> <li>865,8 100,0 865,2 100,0 793,9 100</li> <li>62,5 7,6 67,5 8,5 65,7 8</li> </ol>	Herein He	% 36,3 60,7 1,4 1,7 100,0
<ul> <li>Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten</li> <li>Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen</li> <li>Sonstige betriebliche Erträge</li> <li>Gesamtleistung</li> <li>Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</li> <li>402,4 46,5 475,5 55,0 481,8 60</li> <li>402,6 40,6 10,7 11</li> <li>40,7 40,6 10,7 11</li> <li>41,8 40,6 40</li> <li>42,1 46,5 475,5 55,0 481,8 60</li> <li>402,1 46,5 475,5 55,0 481,</li></ul>	Be- standes  402,4 46,5 475,5 55,0 481,8  22,1 2,6 5,4 0,6 10,7 25,8 3,0 8,5 1,0 13,5  865,8 100,0 865,2 100,0 793,9  Be- en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	60,7 1,4 1,7 100,0
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen 4. Sonstige betriebliche Erträge 5. Gesamtleistung  6. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren  22,1 2,6 5,4 0,6 10,7 1 25,8 3,0 8,5 1,0 13,5 1 20,0 793,9 100 20,0 20,0 20,0 20,0 20,0 20,0 20,0	standes  22,1 2,6 5,4 0,6 10,7 25,8 3,0 8,5 1,0 13,5  865,8 100,0 865,2 100,0 793,9  I Be- en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	1,4 1,7 100,0
<ul> <li>4. Sonstige betriebliche Erträge</li> <li>5. Gesamtleistung</li> <li>25,8 3,0 8,5 1,0 13,5 1</li> <li>865,8 100,0 865,2 100,0 793,9 100</li> <li>Materialaufwand         <ul> <li>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</li> <li>62,5 7,6 67,5 8,5 65,7 8</li> </ul> </li> </ul>	25,8 3,0 8,5 1,0 13,5 <b>865,8</b> 100,0 <b>865,2</b> 100,0 <b>793,9</b> d Be- en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	1,7
<ul> <li>Gesamtleistung</li> <li>Materialaufwand <ul> <li>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</li> <li>62,5 7,6 67,5 8,5 65,7 8</li> </ul> </li> </ul>	865,8 100,0 865,2 100,0 793,9 BBe- en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	100,0
6. Materialaufwand a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7 8	I Be- en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Be- triebsstoffe und für bezogene Waren 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7 8	en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	<b>8</b> /
triebsstoffe und für bezogene Waren 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7 8	en 62,5 7,6 67,5 8,5 65,7	<b>Ω</b> 1
		2/
<ul><li>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</li><li>7. Personalaufwand</li></ul>	ungen	0,4
	441.6 53.6 400.7 50.6 392.2	50,1
		10,9
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermö-		
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Son-		2,8
derposten		
		27,8
<b>11. Gesamtaufwand 824,1</b> 100,0 <b>791,6</b> 100,0 <b>783,4</b> 100	824,1 100,0 791,6 100,0 783,4	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis) 41,8 73,6 10,5	is) 41,8 73,6 10,5	
13. Erträge aus Beteiligungen		ļ
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag		ļ
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Aus-	d Aus-	ļ
leihungen des Finanzanlagevermögens		
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 6,3 7,5 12,0		
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernah- me	ernan-	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		ļ
19. Finanzergebnis 6,3 7,5 12,0	6,3 7,5 12,0	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstä- tigkeit 48,0 81,1 22,6		
19Keit 40,0 01,1 22,0	40,0 01,1 22,0	ļ
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	gen	ļ
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	S .	
23. Sonstige Steuern -10,7 -11,7 -14,6	-10,7 -11,7 -14,6	ļ
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-) 37,3 69,4 8,0	37.3 69.4 8.0	
25. Gewinnrücklagen	33,1	
a) in zweckgebunden Rücklagen		ļ
b) in andere Gewinnrücklagen		
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust 37,3 69,4 8,0	37,3 69,4 8,0	

## frieks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum

## 1. Allgemeine Angaben



Name des Unternehmens: Friedrichshafener Kommunikations- und

Softwarezentrum GmbH (frieks)

Geschäftsstelle: Müllerstraße 12, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541 / 38588-0 Fax: 07541 / 38588-55 E-Mail: Info@frieks.de Homepage: www.frieks.de

Gründungsdatum: 30. September 1999

Eintragungsdatum Handelsregister:22. Mai 2000 letzte Änderung vom: 10. März 2009

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 8. März 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Aufbau und Betrieb eines Kommunikations- und Softwarezentrums zur Unterstützung von Existenzgründungen und Jungunternehmen aus der IT- und Multimedia-Branche, vor allem durch die Bereitstellung von Büroräumen und eine luK-Infrastruktur sowie Beratungs- und Marketingleistungen durch die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH.

#### Zweck der Gesellschaft ist:

- die F\u00f6rderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informationsund Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgr\u00fcndern und jungen Unternehmen
- die F\u00f6rderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen
- ⇒ das Marketing für das Technologiezentrum

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	<u>Anteil</u>
Stadt Friedrichshafen	12.750	51 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis	s GmbH 7.250	29 %
IHK Bodensee-Oberschwaben	5.000	20 %
	25.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Benedikt Otte

Michael Mahl

### Gesellschafterversammlung:

Vertreter aller Gesellschafter

## 5. Öffentlicher Zweck

Seit Eröffnung des Zentrums waren insgesamt 49 Unternehmen im Zentrum Mieter. Von diesen sind zwischenzeitlich 17 wieder ausgezogen und haben einen Firmensitz in Friedrichshafen oder im Bodenseekreis gewählt. 10 Unternehmen haben das Zentrum aus wirtschaftlichen Gründen verlassen.

Stand 31. Dezember 2010 sind 22 Unternehmen im Softwarezentrum mit rund 52 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das Zentrum leistet somit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen. Das Projekt wird von der Stadt Friedrichshafen finanziell unterstützt.

## 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

### 7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Grundstücksmietvertrag mit GMG Generalmietgesellschaft mbH (vormals DeTe-Immobilien) vom 20. Dezember 1999 über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12 - 14.
- ⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

## 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

## 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter/innen.

### 10. Lagebericht

### a) Lage und Geschäftsverlauf

Zweck der frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (Frieks GmbH) ist

- ⇒ die F\u00f6rderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus technologieorientierten Branchen, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgr\u00fcndern und jungen Unternehmen,
- ⇒ die F\u00f6rderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen, die Stabilisierung der bestehenden Betriebe, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgr\u00fcndern,
- ⇒ eine engere Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums, insbesondere für Existenzgründer und junge Unternehmen der Region Friedrichshafen. Dazu gehören:

- ⇒ die Anmietung der für den Betrieb des Technologiezentrums vorgesehenen und notwendigen Immobilie,
- ⇒ der Abschluss entsprechender Mietverträge mit potentiellen Untermietern,
- ⇒ die Koordination der für die Zielerreichung geplanten und durchzuführenden Maßnahmen.
- ⇒ das Marketing des Technologiezentrums,
- ⇒ die Verwaltung des Technologiezentrums sowie
- ⇒ Existenzgründungsberatungen.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterliegen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31.12.2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist ist, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen müssen. Hierfür gibt es eine bis 31.12.2011 befristete unwiderrufliche Deckungszusage des Gesellschafters Stadt Friedrichshafen.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wie auch die branchenbezogene Entwicklung waren auch im Jahr 2010 trotz unübersehbarer Erholungstendenzen überschattet von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Gewerbeanmeldungen nahmen vom 1. bis 3. Quartal 2010 um 9,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu. Absolut gesehen wurden 1.262 Unternehmen im Bodenseekreis neu gegründet. Dem stehen 1.306 Gewerbeabmeldungen gegenüber (Quelle: statistisches Landesamt). In einem wissenschaftlichen Regionalranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für 2009 wurde festgestellt, dass der Bodenseekreis im bundesweiten als auch im landesweiten Durchschnitt eine unterdurchschnittliche Gründungsdynamik aufweist.

Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellt sich die Frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z. B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten werden. Die Gründungsberatung, die im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis durchgeführt wird, lässt eine zurückgehende Qualität der Gründungen erkennen. Hohes Innovationspotenzial von Gründungen bildet eher die Ausnahme.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterliegen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31.12.2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist ist, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen müssen.

Aufgrund europäischer Vorgaben wurde die Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen eines Betrauungsaktes durch den Mehrheitsgesellschafter unbefristet mit der Wahrnehmung der ihr nach dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut.

Darüber hinaus hat der Mehrheitsgesellschafter eine unwiderrufliche Deckungszusage in der Form erteilt, dass er nicht abgedeckte Verluste bis zu einer Höhe von 130 T € (gemäß Beschluss des Gemeinderats) in der Zeit bis zum 31.12.2011 trägt.

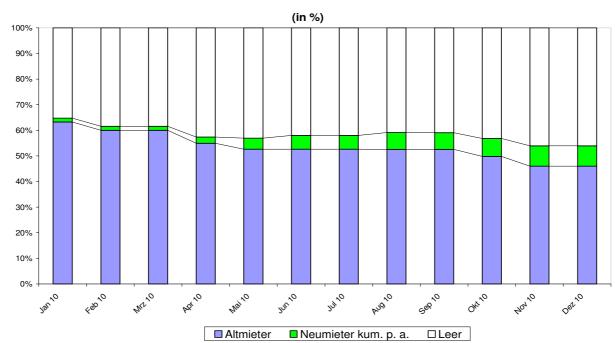
Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2010 als zufriedenstellend.

## **Vermietung**

Die Auslastung des Zentrums betrug zum Stichtag 31.12.2010 ca. 51 % und ging somit um ca. 11% zurück. Der im Jahresmittel geplante Vermietungsgrad von 59 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 56 % um 3 %-Punkte verfehlt. Absolut konnten zum Jahresende 2010 insgesamt 163 m² neu vermietet werden. Bezogen auf die in 2010 vermietbare Fläche lag der Auslastungsgrad im Jahr 2009 zwischen 51 % und 66 %.

Bis Ende April 2011 haben drei Unternehmen mit insgesamt 86 m² das Zentrum verlassen. In Verbindung mit einer weiteren, zu erwartenden Kündigung zum II. Quartal 2011 wird die Auslastung um ca. 1 % bzw. 24 m² sinken. Neu vermietet wurden 75 m².

Seit Ende 2009 wurde das Zentrum auch für Unternehmen geöffnet, die nicht der IKT-Branche zuzuordnen sind.



frieks - Vermietungsstand 2010

Vermietungsverlauf Frieks GmbH 2010 (in % bezogen auf vermietbare Gesamtfläche von 2.057 m²).

Die kurzfristige Vermietung von Seminarräumen wurde im Geschäftsjahr 2010 fortgesetzt. So wurden mehrere externe Veranstaltungen, unter anderem von der IHK Bodensee-Oberschwaben, in den Räumen der Frieks GmbH durchgeführt. Die inhaltlichen Themen der Vorträge zielten dabei speziell auf Fragestellungen ab, die im Zusammenhang mit jungen Unternehmen und/oder einer Existenzgründung standen. Seit 2011 bietet die Frieks GmbH in Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Regionalbüro der Initiative Kulturund Kreativwirtschaft der Bundesregierung spezielle Gründungsberatungen für Existenzgründer aus den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft an.

Die Mitarbeiterzahl der in der Frieks GmbH ansässigen Unternehmen beträgt zu Beginn des Geschäftsjahres 2011 unverändert ca. 52. Die Ziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, sind damit erreicht.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt:

## ⇒ Messen, Präsentationen und Werbung

Die Frieks GmbH präsentierte sich auf der Messe IT & Büro in Friedrichshafen, auf der Messe Newcome in Stuttgart im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes der Baden-Württembergischen Technologie- und Gründerzentren, auf dem L-Bank Wirtschaftsforum im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen und auf vielen Veranstaltungen der WFB GmbH.

In den regionalen Tageszeitungen und im Internet wurde das Zentrum mittels Anzeigen beworben.

Außerdem ist die Frieks GmbH mit einer umfangreichen Anzeige auf dem Gewerbeimmobilienportal der WFB GmbH vertreten und wirbt zudem mit einer Bannerwerbung auf dem Portal.

### ⇒ Veranstaltungen

Im Jahr 2010 wurden zwei Grundlagenworkshops für Existenzgründer gemeinsam mit der Industrie - und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

## b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

### Ertragslage

Das Jahresergebnis der Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2010 weist einen Jahresfehlbetrag von 6,6 T € (Vj. 0,4 T €) aus. Die im Geschäftsjahr 2010 realisierten Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 18 T € auf 133 T €. Dies ist auf verringerte Einnahmen aus der Nebenkostenabrechnung 2009 in Höhe von 11 T € und aus regulären Mieteinnahmen in Höhe von 7 T € zurückzuführen.

Der Posten sonstige betriebliche Erträge enthält insbesondere öffentliche Zuschüsse und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Der planmäßige, aufgrund der Haushaltslage des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters verringerte monetäre Zuschuss betrug insgesamt 100,3 T €. Davon wurden 20,5 T € in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Aufwandszuschuss verrechnet. Für den Ergebnisausgleich wurden außerdem 10,6 T € aus überzahlten Zuschüssen der Vorjahre erfolgswirksam vereinnahmt.

Saldiert betrachtet, konnten die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 5 T € gesenkt werden. Während die Kosten für Instandhaltung um 15 T € gesunken sind, stiegen die Mietkosten um 9,3 T € an. Die Kosten für RHB und bezogene Waren belaufen sich insgesamt auf 215 T € (Vj. 219 T €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die Buchführung und den Jahresabschluss in Höhe von 8,2 T € (Vj. 9 T €) sowie die aufgrund des BilMoG notwendige Anpassung der Rückstellungen für Aufbewahrungspflichten in Höhe von 4.4 T €.

Die Gesellschaft finanziert sich über die laufenden Mieterlöse sowie über Gesellschafterzuschüsse, die im Rahmen eines Defizitausgleichs gewährt werden.

### Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25 T € ist voll eingezahlt. Der Bilanzgewinn fällt im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 T € auf 0 T €. Insgesamt verringert sich die Bilanzsumme um 10 T € auf nunmehr 156 T €.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht vorgenommen (Vj. 3 T €).

Das Vorratsvermögen enthält die von der Frieks GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände blieben im Vergleich zum Vorjahr mit 12 T € konstant.

Die Guthaben bei Kreditinstituten verringerten sich auf 109 T € (Vj. 116 T €). Zur Verfügung stehende Kreditlinien in Höhe von 51 T € wurden nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite erhöhten sich die erhaltenen Anzahlungen um 7 T € auf 35 T €. Darin spiegelt sich eine Erhöhung der Nebenkostenvorauszahlung der Mieter wider. Die von den Mietern erhaltenen Anzahlungen übersteigen die unter den Vorräten aktivierten umlegbaren Nebenkosten.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

### c) Voraussichtliche Entwicklung

Die Jahre 2011 und 2012 werden aus Sicht der Frieks GmbH von einem schwierigen Vermietungsgeschäft geprägt sein. Auf die Nachfrage von jungen Unternehmen der IT- und Kommunikationsbranche nach Mietflächen wird sich die überstandene Wirtschafts- und Finanzkrise dennoch weiter auswirken. Zudem ist die Konkurrenz durch neue Büro- und Gewerbeparks in der Region nach wie vor stark. Deshalb wird es nach heutigem Wissensstand zu einem weiteren Rückgang der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2011 kommen. Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2011 signifikant zurück gehen. Grund ist die planmäßige Kürzung der Einzahlungen aus Zuschüssen des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters und die dadurch erforderliche Verwendung eines beträchtlichen Teilbetrages der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus überzahlten Zuschüssen der Vorjahre.

Die Geschäftsführung wird weiter daran arbeiten, die Auslastung des Zentrums zumindest zu halten. Das Objekt wird sowohl in Tageszeitungen als auch im Internet beworben. Auf den Veranstaltungen des Gesellschafters Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH wird das Zentrum ebenfalls präsentiert. In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptgesellschafter wurde das Konzept der Frieks GmbH auf den Prüfstand gestellt und wird voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 entsprechend angepasst. Es kann daher aus heutiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden, ob das Zentrum nach Auslaufen des Mietvertrages im September 2014 weitergeführt wird, auch wenn der Hauptgesellschafter bereits signalisiert hat, das Zentrum über den Zweckbindungszeitraum der Fördermittel hinaus zu unterstützen.

Sollte die Fortführung des Zentrums über September 2014 hinaus nicht erfolgen, muss in den kommenden Jahren mit weiteren Belastungen aufgrund zurück gehender Auslastung gerechnet werden.

Jedoch sieht der Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Betrieb des Technologiezentrums vor, deren maximale Höhe sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres ergibt. Darüber hinaus sollen mit dem Betrauungsakt bzw. der Deckungszusage des Mehrheitsgesellschafters etwaige Fördermittelrisiken ausgeschlossen werden. Mit dem Betrauungsakt einhergehende steuerrechtliche Fragen wurden im Rahmen des Risikomanagements insbesondere mit dem Mehrheitsgesellschafter des Unternehmens eingehend diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass der Betrauungsakt das Ergebnis umfangreicher Untersuchungen und Vorarbeiten ist und verfügbare Hinweise des Deutschen Städtetags bzw. auch diejenigen anderer Städte beachtet wurden. Zusammenfassend ist die Geschäftsführung der Auffassung, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die unrichtige Behandlung der Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters bzw. des Verlustausgleichs zur Folge haben könnten. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Komplexität des Steuerrechts ein gewisses Restrisiko verbleibt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Größere Investitionen in das Anlagevermögen stehen aus heutiger Sicht nicht an. Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2011 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Friedrichshafen, 29. April 2010

- die Geschäftsführer -

Benedikt Otte Michael Mahl

## 11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

### Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH

### 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH

Flughafen 29, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541/284-2010 Fax: 07541/284-211 E-Mail: fps@fly-away.de

Gründungsdatum: Januar 2007

Eintragungsdatum Handelsregister: 23. Mai 2007

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 16. Januar 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	<u> Anteil</u>
Flughafen Friedrichshafen GmbH	18.800	75,2 %
KDS Klinikdienste Service-		
und Beteilgungs GmbH	6.200	24,8 %
	25.000	100,0 %

## 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer: Michael Wosching

Gesellschafterversammlung ist eingerichtet.

### 5. Öffentlicher Zweck

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH. Es liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

### 7. Wesentliche Verträge

keine

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen keine

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen Im Geschäftsjahr waren 57 MitarbeiterInnen beschäftigt.

### 10. Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Auswirkung auf die Lage des Unternehmens Im Bereich des Flugverkehrs besteht ein enormer Kostendruck. Fluggesellschaften unterbieten sich fortwährend mit ihren Flugpreisen. Dementsprechend müssen auch Flughäfen versuchen, ihre Kosten zu senken und ihre Leistungen möglichst kostengünstig zu erbringen. Dies begünstigt auch in diesem Bereich die Entstehung von Servicegesellschaften, die ihre Angestellten zu günstigeren Tarifen beschäftigen können. Der Kostendruck führt zwar zu geringen Gewinnspannen der Servicegesellschaften, sichert aber deren Existenzberechtigung.

Der starke Einfluss der Wirtschaftskrise auf den Luftverkehr war im ersten Quartal 2010 noch deutlich zu spüren. Weiterhin stagnierende Zahlen in der Gesamtbranche machten die Auswirkungen in allen Bereichen deutlich. Dem Einbruch im Geschäftsreisebereich folgten die Nachwirkungen in der Touristik. Die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull bremste den ersten erkennbaren Aufschwung der Branche im April nochmals erheblich. Erst im zweiten Quartal konnten dann deutliche Wachstumsraten erzielt werden. Diese hielten sich dann stabil auf gutem Niveau bis zum Ende des Jahres. Der starke und frühe Winterbegin zu Ende 2010 bremste das Wachstum zum Jahresende etwas ab.

Im gleichen Maß traf es die Luftverkehrsgesellschaften und Reiseveranstalter. Streckenoptimierungen und –streichungen wurden vorgenommen und wirkten sich verstärkt auf die Passagierzahlen aus. Der Ergebnisdruck der Airlines und die sinkenden Marktpreise sorgten für entsprechende Konsequenzen. Der Ergebnisdruck bei den Airlines und die sinkenden Marktpreise sorgten für entsprechende Konsequenzen. Der Ergebnisdruck bei den Airlines sorgt für verhaltene Entscheidungen zu Neustrecken und Ausbau von bestehenden Streckenverbindungen. Nicht zuletzt die Insolvenz der Hamburg International zeigte die Auswirkung sinkender Marktpreise und hatte starke Effekte auf den Markt Friedrichshafen. Aufgrund der starken Koppelung des Umsatz der Flughafen Personal und Service GmbH an die Fluggastzahlen des Flughafens ergaben sich auch Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der FPS.

Die Flughafen Personal und Service GmbH reagierte darauf mit entsprechender Anpassung der Mitarbeiterzahl und Ausweitung der Geschäftsfelder im Drittkundengeschäft, so dass auch 2010 wieder ein stabiles ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden konnte.

### Entwicklung der Gesellschaft und Geschäftsfelder des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Januar 2007 als Dienstleister gegründet und nahm zum 01.03.2007 ihre Tätigkeit auf. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen. Insbesondere von Loading und Winterdienst.

Die Übernahme der Gepäckverladung erfolgte reibungslos und wird ebenso wie die Winterdienstleistungen zur Zufriedenheit des Kunden erbracht. Ebenso konnte mit der Flughafen Friedrichshafen GmbH eine Vertragsergänzung zur Reinigung des Gepäckverladebereichs getroffen werden. Es ist beabsichtigt, die Wartung und Instandhaltung der mehrstufigen Reisegepäckanlage zu übernehmen. Die Gesellschaft konnte inzwischen auch weitere Kunden hinzugewinnen; der Drittgeschäft-Markt wurde weiter ausgebaut. So erhielt sie den Auftrag, den Schließdienst für die Liegenschaften des "Dornier-Areals" zu übernehmen, Das Grünflächenmanagement des Areals wurde ebenfalls übernommen. Ab Oktober 2008 erhielt die Gesellschaft den Auftrag, den Schrankendienst für SD Objektgesellschaft mbH & Co. KG zu übernehmen; ab 01.01.09 erhielt die Gesellschaft den Auftrag, den Schrankendienst für SD Objektgesellschaft mbH & Co. KG zu übernehmen; ab 01.01.09 erhielt die Gesellschaft den Auftrag, die Cockpitscheibenreinigung für Lufthansa zu übernehmen. Mit der Liebherr-Geschäftsreiseflugzeug GbR als Erbbauberechtigter der Halle A konnte ein Winterdienstvertrag Land- und Luftseite geschlossen werden. Aufträge für die Winterdienste am IBIS-Hotel und am Dorniermuseum konnten weiter verbucht werden. Zuletzt konnte mit der Maschinenringe Deutschland GmbH ein Vertrag über die Einbringung von Leistungen im Winterdienst am Bahnhaltepunkt Flughafen abgeschlossen werden.

Der Bereich Feuerwehrausbildung wird weiter vorangetrieben.

Mögliche weitere Ausgliederungen werden diskutiert.

### Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2010 konnte mit einem Umsatz von 632 T € eine Umsatzsteigerung erzielt werden. Dieser lag somit über den Erwartungen. Dies entspricht einem Umsatz von 11 T € je Mitarbeiter.

Für das Jahr 2011 wird mit einem Umsatz von 663 T € gerechnet. Durch das in diesem Jahr erwartete höhere Passagieraufkommen und der damit verbundenen Umsatzsteigerung wird eine Reduzierung der Einzelpreise pro Passagier realisiert werden können.

#### Investitionen

Im Geschäftsjahr 2010 waren Investitionen in Höhe von 1 T € erforderlich, welche für die Anschaffung eines Notebooks verwendet wurden. Die Investitionen konnten aus dem Cash Flow getätigt werden.

### Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Die Gesellschaft konnte bisher ohne die Aufnahme von Krediten auskommen. Für das Jahr 2011 sind keine Investitionen vorgesehen.

#### Personal

Die Gesellschaft beschäftigte bis zum Ende des Geschäftsjahres 57 Mitarbeiter, von denen 53 geringfügig und 4 sozialversicherungspflichtig beschäftigt wurden. Die Entlohnung erfolgte je nach Art und Umfang der Leistung nach einem vorab erstellten Vergütungsschlüssel.

### b) Darstellung der Lage

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag zum 31.12.2010 bei 218 T €, was eine Eigenkapitalquote von 30,3 % mit sich brachte.

Das Umlaufvermögen repräsentiert die Bilanzsumme zu 99,0 %. Abwertungen des Umlaufvermögens waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Stille Reserven konnten nicht gebildet werden.

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf ca. 40,8% der Bilanzsumme.

### Finanzlage

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31.12.2010 auf 204 T € und damit auf 93,6 % der Bilanzsumme. Die Gesellschaft konnte sich aus Eigenmitteln finanzieren, die Aufnahme von Bankverbindlichkeiten war nicht erforderlich.

### Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte einen Gewinn von 3 T €. Dieser lag somit unter dem erwarteten Bereich. Für das Geschäftsjahr 2011 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Erlös- und Kostenentwicklung: Keine einmaligen oder ungewöhnlichen Ereignisse (mit Auswirkung auf das Ergebnis).

Ergebnisverwendung: Gewinnvortrag

Rechtsstreitigkeiten: keine

Abschluss-/Kündigung wichtiger Verträge: keine

### b) Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist wesentlich abhängig vom Umfeld und der Erholung im Flugverkehr. Die Chance des Flughafens Friedrichshafen bietet seine Lage in einem wirtschaftlich starken Umfeld. Technisch innovative Betriebe sorgen für eine überdurchschnittliche Kaufkraft in der Bevölkerung und bieten somit den Fluggesellschaften die Chance auf kostendeckende Flugtarife. Im neuen Terminal mit deutlich verbesserter Infrastruktur, dem starken Wirtschaftsmarkt und den weiteren Potentialen im Einzugsgebiet liegen die Chancen für die kommenden Monate. Die Anzahl verkaufter Flugtickets im Einzugsgebiet liegt deutlich höher als die tatsächliche Passagierzahl in Friedrichshafen. Hier gilt es weitere Drehkreuzanschlüsse zu bieten um das Angebot markt- und bedarfsgerecht auszubauen. Der hohe Anteil an Premiumbuchungen (Business, First und nicht reduzierte Economy) liefert gute Argumente für den Standort.

So kann mit AirBerlin zum April 2011 eine neue Fluggesellschaft begrüßt werden. Die Strecke Palma de Mallorca und der Anschluss darüber zu momentan 7 spanischen Destinationen zeigen gute Anbuchungszahlen und versprechen den gewünschten Erfolg für Airline und Airport.

Die Deutsche Lufthansa baut ihr Engagement in Friedrichshafen um eine 4. Frequenz nach Frankfurt aus und bekennt sich somit auch zu unserem Markt und seinen wirtschaftlichen Chancen

Als unbekannte Größe gilt allerdings die Auswirkung der Luftverkehrsabgabe. Diese konnte den Aufschwung noch mal deutlich abschwächen.

Die Konkurrenzsituation am Flughafen Memmingen besteht weiterhin. Allerdings auf verändertem Niveau. Es gibt keine parallelen Bedienungen im Linienverkehr mehr. Das innerdeutsche Portfolio in Memmingen ist seit der Einstellung der Strecke Bremen im März dieses Jahres nicht mehr vorhanden. Ryan Air reduziert aufgrund der Luftverkehrsabgabe zudem ihr weiteres Engagement. Für die Strecke Friedrichshafen-Wien wird es durch die Airline-Neugründung am Flughafen Altenrhein allerdings weiteren Wettbewerb geben. Das Potenzial für neue Streckenentwicklungen ab Friedrichshafen und den Ausbau der bestehenden Verbindungen ist nicht erschöpft. Die Gespräche mit am Markt erfolgreich agierenden Fluggesellschaften laufen intensiv und versprechen Möglichkeiten. Der Schlüssel liegt im Ausbau der Anbindung an die Drehkreuze, der Verstärkung im touristischen Verkehr und der Stärkung des Home-Carrier InterSky.

Es ist also zusammenfassend davon auszugehen, dass die Fluggastzahlen am Flughafen Friedrichshafen mittelfristig stetig stetigen. Dies führt zu einer weiteren Ausdehnung der Tätigkeit für die FPS im Bereich Loading, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Ertragslage sich weiterhin stabil gestalten lässt.

Sollten allerdings die Passagierzahlen des Flughafens Friedrichshafen sich nicht wie geplant entwickeln, so hat dies auch direkte Auswirkungen auf die Gesellschaft, da unter Umständen weniger Leistung bei der Flughafen Personal und Service GmbH abgerufen wird.

Dies ist aber auch die Chance für die Flughafen Personal und Service GmbH, da der Flughafen hierdurch auf deren kostengünstigen Leistungen angewiesen ist und damit zu rechnen ist, dass weitere Dienstleistungen auf die Gesellschaft ausgelagert werden.

Der Drittgeschäft-Markt wird ungeachtet dessen weiter ausgebaut. Es laufen Gespräche über die Übernahme weiterer Winterdienst-Leistungen und anderer Flughafen-affinen Dienstleistungen.

### d) Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, sind nicht zu verzeichnen.

### e) Ausblick

Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2011 mit leicht steigenden Umsätzen. Durch die abgeschlossenen Verträge sind die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2011 insgesamt als gesichert zu bezeichnen.

Die mittelfristige Entwicklung, die abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen ist, zeigt bedingt durch die vom Flughafen Friedrichshafen prognostizierten steigenden Passagierzahlen ebenfalls einen Aufwärtstrend.

Friedrichshafen, den 21. April 2011 Michael Wosching, Geschäftsführer

### 11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele,

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft GmbH

### **Gesundheitsakademie Tettnang GmbH**

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Gesundheitsakademie Tettnang GmbH Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettnang

Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178

E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de

Gründungsdatum: 10. Mai 2006

Eintragungsdatum Handelsregister: 29. Juni 2006

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 11. Mai 2006

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tettnang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheitsschulung und Behandlung.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tettnang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil in %
Klinik Tettnang GmbH	12.750	51 %
Dr. Martin Pfeifer	5.500	22 %
Dr. Andreas Kost	5.500	22 %
Karl Peter Sohler	1.250	<u>5 %</u>
	25.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

### 5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

## 7. Wesentliche Verträge

Keine

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen Keine

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen keine

## 10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

## 11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

### Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH

Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettnang

Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178

E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de

Gründungsdatum: 29. November 2005

Eintragungsdatum Handelsregister: 21. Februar 2006

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 29. November 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nicht medizinischem Personal.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	<u>Stammkapital</u>	Anteil in %
Klinik Tettnang GmbH	12.750	51 %
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs Gmb	H 12.250	49 %
	25.000	100 %

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Jürgen Sachsenmaier

### 5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

## 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

### 7. Wesentliche Verträge

Keine

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen Keine

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen Die Gesellschaft hat insgesamt 20 Mitarbeiter.

### 10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebraucht gemacht.

### 11. Abschlussprüfer

Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

## Waldburg-Zeil Personalservice GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Waldburg-Zeil Personalservice GmbH Geschäftsstelle: Riedstraße 16, 88316 Isny-Neutrauchburg

Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178

E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de

Gründungsdatum: 06. April 2009

Eintragungsdatum im

Handelsregister: 11. Mai 2009 (HRB 723613)

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 6. April 2009 mit Nachtrag vom 4. Mai 2009

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Personaldienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bereitstellung von Personal, Personalvermittlung, Personalbetreuung, Beratung in Personalfragen und die Übernahme von Personalverwaltungsaufgaben.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettnang GmbH gehalten.

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Ellio Schneider

### 5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

### 7. Wesentliche Verträge

Keine

### 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

# <u>9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen</u> Die Gesellschaft hat insgesamt 2 Mitarbeiter.

## 10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

## 11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

# Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ)

Tettnang GmbH

Geschäftsstelle: Emil-Münch-Str. 16, 8806 Tettnang

Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178

E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de

Gründungsdatum: 06. Dezember 2007

Eintragungsdatum Handelsregister:28. Januar 2008

Notarielles Datum neuester

Gesellschaftsvertrag: 07. Dezember 2007

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zudem die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

#### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettnang GmbH gehalten.

### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr Jürgen Sachsenmaier

### 5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

### 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

# 7. Wesentliche Verträge

Keine

# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen Keine

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen Die Gesellschaft hat insgesamt 24 Mitarbeiter.

# 10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

# 11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

# VI. Sonstige Mitgliedschaften des Landkreises

# Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

# 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

Geschäftsstelle: Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell

Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: Info@bfhb.de

Homepage: www.bauen-am-bodensee.de

Gründungsdatum: 1. März 1950

Eintragungsdatum GR: 24. Juli 2001

Letzte Änderung am 2. Januar 2010 (9. April 2009)

Satzungsänderung: 11. Juni 2008

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimmobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen.

Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

# 3. Beteiligungsverhältnisse

Die Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG hält folgende Beteiligungen:

- ⇒ Wohnbau Bodensee GbR (Anteil 50 %)
- ⇒ BHS Städtebau Bodensee/Hegau GmbH (Anteil 17%).

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2010 insgesamt 2.580 Mitglieder mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.322.883 € an.

Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € beteiligt.

#### 4. Organe des Unternehmens

Vorstand: Wilhelm Stiefet, Henryk Conz

# 5. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.385 genossenschaftseigene Wohnungen und bewirtschaftet 508 Garagen.

In der Miethausverwaltung zeigten sich keine nennswerte Probleme. Der Stand der Forderungen aus Vermietungen lag bei 48 T €. Die Erlösschmälerung von ca. 2 T € ergab sich hauptsächlich aufgrund von modernisierungsbedingten und verkaufsbedingten Leerständen bei Mieterwechseln.

Die Ertragslage ist insgesamt zufriedenstellend. Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Jahresüberschuss von 467 T € erzielt.

# 6. Wesentliche Verträge

Keine

<u>7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen</u> Für das Geschäftsjahr 2010 wurde im Jahr 2011 eine Dividende von 4 % (6,40 € je Anteil) ausgeschüttet.

# Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG

# 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG Geschäftsstelle: Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541 - 3011-0 Fax: 07541 - 3011-80

E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de

Gründungsdatum: 8. Juli 1949

Eintragungsdatum Handelsregister:23. August 1949

Satzung: 21. Dezember 2005

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2010 insgesamt 1.580 Mitglieder (Vj. 1.591) mit 8.019 Geschäftsanteilen an.

Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 €.

#### 4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

# 5. Öffentlicher Zweck

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2010 insgesamt 1.160 Wohneinheiten in 112 Gebäuden, 12 gewerbliche Räume sowie 513 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 74.482 m² beträgt - ohne Betriebskosten - 5,71 € pro m².

Neubauprojekte sind im Jahr 2010 nicht entstanden. Das im Jahr 2004 in der Allmandstraße erworbene Grundstück mit dem alten Finanzamtsgebäude ist vermietet. Ab 2013 ist beabsichtigt, auf dem über 6.900 m² großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage frei finanzierte Mietwohnungen, Praxis- und Gewerberäume sowie betreute Seniorenwohnungen und Räume für Kurzzeitpflege zu errichten. Dieses Bauvorhaben wird im Rahmen der soli-

den Bilanzstruktur geplant. Der im Rahmen der Objektfinanzierungsbelastung notwendige Eigenkapitalanteil wird mit eingebracht.

# 6. Wesentliche Verträge

Keine

<u>7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen</u> Für das Geschäftsjahr 2010 wurde im Jahr 2011 eine Dividende von 3 %, insgesamt 54,00 €, an den Bodenseekreis ausgeschüttet.

# Baugenossenschaft Überlingen eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Baugenossenschaft Überlingen eG Geschäftsstelle: Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen

> Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740

E-Mail: info@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de

Gründungsdatum: 20. Mai 1949

Eintragungsdatum GR: 1949

Satzung: September 2009

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder. Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Wohnungen in allen Rechtsund Nutzungsformen, darunter Eigentumswohnungen und Eigenheime. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2010 insgesamt 874 Mitglieder mit 12.169 Geschäftsanteilen an.

Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt. Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

#### 4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

### 5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2010 57 Häuser mit 473 Wohnungen, zwei Gewerbeeinheiten, eine Geschäftsstelle, 29 Garagen, 130 Tiefgaragenstellplätze, 172 Abstellplätze und 5 Carports.

Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 34.971 m² beträgt - ohne Betriebskosten - 5,87 € pro m².

# 6. Wesentliche Verträge

Keine

<u>7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen</u> Für das Geschäftsjahr 2010 wurde im Jahr 2011 eine Dividende von 4 % (6,20 € je Anteil) an den Bodenseekreis ausgeschüttet.

# **Regionalverband Bodensee-Oberschwaben**

# 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Geschäftsstelle: Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg

Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de

Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de

Gründungsdatum: 1. Januar 1973

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung. Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.

Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

# 3. Beteiligungsverhältnisse

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat allerdings weder den Charakter einer Gebietskörperschaft noch den eines Zweckverbandes, daher gibt es keine echten Verbandsmitglieder.

Die Landkreise und Kommunen entsenden keine weisungsgebundenen Vertreter in die Gremien des Regionalverbandes und können somit nicht unmittelbar Einfluss auf dessen Willensbildung nehmen.

# 4. Organe und Geschäftsführung

Hauptorgan ist die <u>Verbandsversammlung</u>. Ihr gehören derzeit 56 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Bodenseekreis entsendet 19 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. 12 Mitglieder.

Es sind zwei <u>beschließende Ausschüsse</u> eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit 10 Mitgliedern.

Der <u>Verbandsvorsitzende</u> ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Verbandsvorsitzender Hermann Vogler, Oberbürgermeister a.D.

Stv. Verbandsvorsitzende Landrat Dirk Gaerte, Sigmaringen

Peter Allgaier, Bürgermeister a.D., Salem

Jürgen Lang, Ravensburg

Der <u>Verbandsdirektor</u> vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre.

Verbandsdirektor Wilfried Franke, Dipl.-Geogr.

# 5. Öffentlicher Zweck

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung. Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. Obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

### 6. Wichtige Verträge

keine

# 7. Finanzierung/Finanzbeziehungen

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 € je Einwohner und 17,90 € je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuerkraftsummen aufgeteilt.

Die Gesamtumlage im Jahr 2010 betrug 865.600 €. Der Bodenseekreis hat davon 320.100 € (36,98 %) gezahlt. Die restliche Umlage wurde von den Landkreises Sigmaringen und Ravensburg geleistet.

Der Bodenseekreis hat sich im Jahr 2010 darüber hinaus an verschiedenen Projekten (Ausgleichsflächenmanagement, Verkehrsstudie Ost) mit weiteren 11.167 € beteiligt.

# 8. Wirtschaftsführung

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindewirtschaft entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen In der Geschäftsstelle waren im Bezugsjahr 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer für die Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen.

# **Zweckverband PROTEC Orsingen**

# 1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Zweckverband PROTEC Orsingen

Geschäftsstelle: Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz

Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166

E-Mail: ludwig.egenhofer@landkreis-konstanz.de

Homepage: www.protec-orsingen.de

Verbandssatzung vom: 21. Juni 1987 gilt i.d.F. vom 20. November 2001

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

# 3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen.

Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

# 4. Organe des Unternehmens

### Verbandsversammlung:

Vertreten durch die Landräte der beteiligten Landkreise und dem Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises.

<u>Vorsitzender</u> Herr Frank Hämmerle, Landrat Kreis Konstanz stv. Vorsitzender Herr Lothar Wölfle, Landrat Kreis Bodenseekreis

# 5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.

# 6. Wesentliche Verträge

Am 25. Januar 2007 wurde ein <u>Kooperationsvertrag</u> mit den folgenden baden-württembergischen Tierkörperbeseitigungs-Zweckverbänden abgeschlossen:

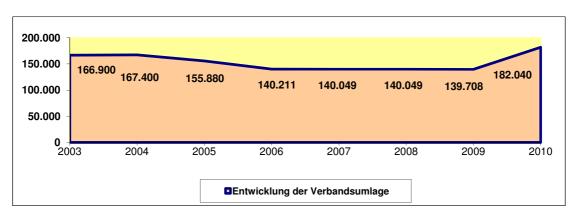
- ⇒ Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen
- ⇒ Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ztn)

Basis der Kooperation ist eine Lieferverpflichtung von Rohware der Kategorie 1 des ztn gegenüber dem ZV Protec.

# 7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Bodenseekreis zahlte 2010 eine Verbandsumlage von 182.040 €. Das Gesamtaufkommen lag bei 2.106.000 €.

# 8. Entwicklung der Verbandsumlage



# **Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm**

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens: Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung

Reutlingen-Ulm

Geschäftsstelle: Schule-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm

Tel.: 0731 / 9455-0 Fax: 0731 / 9455-47190 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de

Gründungsdatum: 1. Januar 2002

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- ⇒ Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung.
- ⇒ Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.

Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

# 3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

#### 4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Manfred Allgaier

Als weitere Organe sind der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung eingerichtet. Der Stimmenanteil bei der Verbandsversammlung betrug 120 Stimmen von insgesamt 5.027 Stimmen.

# 5. Öffentlicher Zweck

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrag ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

# 6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (Einlage: 383.468 €, Anteil: 25 %)
- ⇒ DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (Einlage: 63.911 €, Anteil: 13,89 %)
- ⇒ Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (Einlage: 1 Mio. €, Anteil: 100 %)
- → Hauseigentümergesellschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum Ulm -GbR Ulm (Einlage: 920.325 €, Anteil: 90 %)

# 7. Wichtige Verträge

Keine

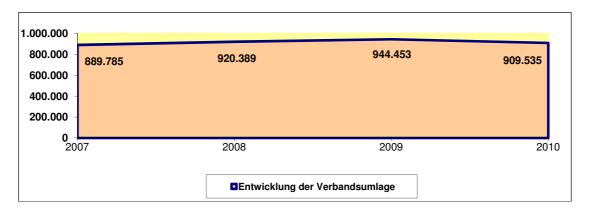
# 8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Der Umsatz des Bodenseekreises betrug im Jahr 2010 insgesamt 909.535 €.

# 9. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2010 beträgt 356 und gliedert sich wie folgt: 53 Beamte und 303 Angestellte.

# 10. Entwicklung der Zahlungen an den ZV KIRU



# VII. Stiftungen des Landkreises

# Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises

# 1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung: Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises

Geschäftsstelle: c/o Kulturamt Landratsamt, Schloss Salem, 88682 Salem

Tel.: 07553/91675-11 Fax: 07553/91675-20

E-Mail: feucht@kultur-bodenseekreis.de Homepage: - im Internet aufnehmen?

Gründungsdatum: 24.01.2001 (Rechtskraft)

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

### 2. Gegenstand der Stiftung

Die Stiftung des bürgerlichen Rechts strebt die nachhaltige Förderung der Kunst, Kultur und Geschichte auf Dauer an, das reichhaltige kulturelle Erbe der Region zu erhalten und zu mehren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

# 3. Stifter/Stiftungsgeber

Die Mittel der OEW-Sonderausschüttung von 766.937,82 € (1,5 Mio. DM) wurden als Stiftungsvermögen eingebracht.

Als Stiftungsgeber gilt der Bodenseekreis.

# 4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind die der Vorstand und der Stiftungsrat.

Geschäftsführer: Dr. Stefan Feucht

# 5. Stiftungszweck

Die Stiftung dient der Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte des Bodenseekreises und der Bodenseeregion und nimmt hierfür insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ der Erwerb von Kunstwerken und Kulturgütern mit Bezug auf den Raum
- ⇒ die Förderung von Ausstellungen und Veröffentlichungen zu Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Organisation und Betrieb von Ausstellungen und Veranstaltungen nichtgewerblicher Art über Kunst, Kultur und Geschichte
- Vergabe eines Preises für herausragende kulturelle Leistungen oder zur Förderung von wissenschaftlichen Forschungen

# 6. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Der Bodenseekreis stellt für die Verwaltung der Stiftung Personal zur Verfügung.

### 7. Finanzbeziehungen

Neben dem Stiftungsvermögen werden keine weiteren laufenden Zuschüsse vom Bodenseekreis an die Stiftung gezahlt.

# Stiftung "Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee" (KOB)

# 1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung: Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee

Geschäftsstelle: Schuhmacherhof 6, 88213 Ravensburg - Bavendorf

Tel.: 0751/7903-0 Fax: 0751/790-33 22

E-Mail: poststelle@kob-bavendorf.de Homepage: www.kob-bavendorf.de

Gründungsdatum: 15. September 2000

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand der Stiftung

Der Schwerpunkt der gemeinnützigen Stiftung des bürgerlichen Rechts ist die Forschung in folgenden Arbeitsbereichen:

- ⇒ Nacherntephysiologie
- ⇒ Kulturführung Kern- und Steinobst
- ⇒ Sortenprüfung inkl. Sortenerhaltungszentrale BW
- ⇒ Ökologischer Obstbau
- ⇒ Betriebswirtschaft und Markt
- ⇒ Übergebietliche Pflanzenschutzberatung und Versuchswesen im Obstbau
- ⇒ Streuobst- und Landschaftspflege

# 3. Stiftungsgründer

- ⇒ Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg
- ⇒ Universität Hohenheim
- ⇒ Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Konstanz
- ⇒ Württembergische Obst-und Gemüse-Genossenschaft (WOG)
- ⇒ Marktgemeinschaft Bodenseeobst (MABO)
- ⇒ Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) und
- ⇒ Landesverband Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V.
- ⇒ Ökobo GmbH
- ⇒ Obstgroßmarkt Oberkirch

# 4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Beirat.

Geschäftsführer: Dr. Manfred Büchele Vorstandsvorsitzender: Joachim Hauck, MDG

# 5. Stiftungszweck

Die Förderung des Obstanbaus in der Bodenseeregion und damit auch der Erhalt der dort gewachsenen Kulturlandschaft. Die Stiftung übernimmt dabei Aufgaben an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Hierzu zählt einerseits die an den Standort gebundene grundlagenorientierte Forschung. Andererseits soll durch anwendungsorientierte Untersuchungen und Beratung, aber auch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Einrichtungen anderer Obstbauregionen die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die obstbauliche Praxis gefördert werden.

# 6. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Direkt bei der Stiftung dauerhaft angestellt waren 15 Mitarbeiter. Vom Land wurden weitere 70 Mitarbeiter angestellt. Zusätzlich wurden vom Land 5 Personen überlassen.

# 7. Finanzbeziehungen

Der Bodenseekreis gewährt jährlich Projektmittel von 40.903 €.

# Stiftung "Naturschutzzentrum Eriskirch"

# 1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung: Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 24, 88097 Eriskirch

Tel.: 07541/81-888 Fax: 07541/81-899

E-Mail: info@naz-eriskirch.de Homepage: www.naz-eriskirch.de

Gründungsdatum: 16. Juni 1992 (Rechtskraft)

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand der Stiftung

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Betrieb eines Naturschutzzentrums.

# 3. Stifter/Stiftungsgeber

Gründer der Stiftung sind der Landkreis Bodenseekreis, das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Eriskirch.

# 4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und das Kuratorium.

Geschäftsführer Gerhard Kersting

# 5. Stiftungszweck

Die Stiftung "Naturschutzzentrum Eriskirch" dient der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Betreiben eines Naturschutzzentrums in Eriskirch als Schwerpunkt der Naturschutzbildungsarbeit
- ⇒ Betreuung und Organisation der Pflege des Naturschutzgebietes "Eriskircher Ried" sowie des nördlichen Bodenseeufers in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verbänden
- ⇒ Präsentation von Ausstellungen mit natur- und landeskundlichem Bezug
- ⇒ Organisation von Informationsveranstaltungen zu Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes
- ⇒ Durchführung von Maßnahmen der Besucherlenkung, insbesondere in Naturschutzgebieten
- ⇒ Erarbeitung von Informationsmaterial über Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie über den Schutz des nördlichen Bodenseeufers
- ⇒ Organisation von Fachtagungen und Seminaren
- ⇒ Auswertung von Forschungsergebnissen über Natur und Landschaft am Bodensee
- ⇒ Unterstützung der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Naturschutzwarte
- ⇒ praktische Unterstützung der Naturschutzarbeit im Bodenseekreis.

Mit Zustimmung der Naturschutzbehörde kann die Stiftung Pflege und Betreuung sonstiger Schutzgebiete im Bodenseekreis übernehmen.

# 6. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer gab es eine Sekretariatskraft (65 %), eine 400 €-Kraft, eine Praktikantin des Freiwilligen Ökologischen Jahres sowie einen Zivildienstleistenden.

# 7. Finanzbeziehungen

Im Stiftungsgeschäft von 01.04.1992 ist festgehalten, dass die zum Betrieb notwendigen Mittel vom Land Baden-Württemberg zu 70 % und vom Bodenseekreis zu 30 % gestellt werden. Die Gemeinde Eriskirch stellt das Gebäude kosten- und abgabefrei zur Verfügung. Im Jahr 2010 betrug der Anteil für den Bodenseekreis 45.400 €.

In den Jahren 2009 bis 2011 wurde das Naturschutzzentrum umgebaut und die Dauerausstellung neugestaltet. Dafür gewährte der Bodenseekreis einmalige Zuschüsse. Für die Neugestaltung der Dauerausstellung zahlte der Bodenseekreis 53.980 € (80.000 € abzgl. 26.020 € Zuschuss vom Land, der nach Abrechnung 70 % beträgt) und gewährte der Gemeinde Eriskirch für den Umbau des Naturschutzzentrums einen Zuschuss von insgesamt 40.000 €.

# Stiftung "Perspektive Jugend im Bodenseekreis"

# 1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung: Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis

Geschäftsstelle: c/o Sozialdezernat Landratsamt

Albrechtstraße 75, 88045 Friedrichshafen

Tel.: 07541/204-5713 Fax: 07541/204-7713

E-Mail: christine.bougerra@bodenseekreis.de

Homepage: www.bodenseekreis.de

Gründungsdatum: 26. August 2009 (Rechtskraft)

Wirtschaftsjahr: 1. Januar - 31. Dezember

# 2. Gegenstand der Stiftung

Der Stiftungszweck soll verwirklicht werden durch:

- ⇒ Die Unterstützung und Begleitung von Netzwerken relevanter Akteure im Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt
- Die F\u00f6rderung von Bildungseinrichtungen bzw. Projekten zur Begleitung des \u00dcbergangs Schule Beruf, zur vertieften Berufsorientierung oder zur F\u00f6rderung von chancenbenachteiligten Jugendlichen
- ⇒ Die Unterstützung von Schülern, Auszubildenden und Studenten durch
  - Regelmäßige Berufsinformationsbörsen
  - Regelmäßige Informationsveranstaltungen/Öffentlichkeitsarbeit an Kindergärten, Schulen und Ausbildungsbetrieben
  - o Förderung ehrenamtlichen Engagements im Bereich Jugendberufshilfe
  - Preisausschreiben/Preisverleihungen für Gruppenleiter und Multiplikatoren, die mit chancenbenachteiligten Jugendlichen arbeiten
  - Ausbildungspatenschaften

### 3. Stifter/Stiftungsgeber

Stiftungsgeber ist der Bodenseekreis.

# 4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat. Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich

# 5. Stiftungszweck

Satzungsmäßiger Stiftungszweck ist die Förderung von Erziehung und Bildung.

### 6. Anzahl der 2010 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet.

7. Finanzbeziehungen Die Stiftung finanziert sich aus Spendeneinnahmen und den Erträgen des Stiftungskapitals in Höhe von 100.000 €.

Laufende Zuschüsse des Bodenseekreises sind nicht vorgesehen.

# VII. Anhang

# 1. Rechtsgrundlagen

# § 105 Gemeindeordnung (GemO)

# Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des <u>Haushaltsgrundsätzegesetzes</u> bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
  - 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben.
  - 2. dafür zu sorgen, dass
    - der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
    - b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
  - 1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens.
  - 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
  - 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.
    - Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.
- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

# § 48 Landkreisordnung (LKrO) Anzuwendende Vorschriften

"Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindewirtschaft entsprechende Anwendung…."

#### Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

# A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität <u>Anlagevermögen</u> x 100

Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamt-

vermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität Umlaufvermögen \* 100

Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamt-

vermögen.

# B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote <u>Eigenkapital</u> x 100

Gesamtkapital (=Bilanzsumme)

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine

hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines

Unternehmens.

Fremdkapitalquote Fremdkapital \* 100

Gesamtkapital (=Bilanzsumme)

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I Eigenkapital \* 100

Anlagevermögen

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die

Anlagendeckung dient der B€teilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristi-

ges Kapital finanziert werden).

### C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität <u>Betriebsergebnis</u> x 100

Umsatz

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzer-

lösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der

Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität <u>Jahresüberschuss</u> x 100

Eigenkapital

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital.

Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das einge-

setzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Gesamtkapitalrentabilität Jahresüberschuss x 100

+ Fremdkapitalzinsen

Gesamtkapital (=Bilanzsumme)

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamt-

kapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Kostendeckung <u>Umsatzerlöse \* 100</u>

Gesamtaufwand

Erläuterung: Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand.

Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken

kann.

Cashflow Jahresüberschuss

+ Abschreibungen auf Sachanlagevermögen

+ Erhöhung der Rückstellungen- Verminderung der Rückstellungen

= Cash Flow

Erläuterung: Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjah-

res, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur

Verfügung stehen.